

Die Neue Gesellschaft

5

Herausgeber:

Willy Brandt

Otto Brenner †

Prof. Dr. Reimut Jochimsen

Prof. Dr. Karl Schiller

Friedel Schirmer

Prof. Dr. Carlo Schmid

Prof. Dr. Dr. Theodor Stroh

Redaktion:

Leo Bauer (Chefredakteur)

Dr. Heinz Dieter Bauer

Dr. Karl-Ludolf Hübener

Hans Schumacher

Anschrift der Redaktion:

53 Bonn, Baunscheidtsstraße 17

Telefon 23 13 35, 23 13 20

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner

Hans-Eberhard Dingsels

Bruno Friedrich

Wolfgang Jansen

Dr. Jens Litten

Dr. Günther Müller

Joachim Raffert

Dr. Werner Thönnessen

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,

Telefon (02229) 70 31

Postcheckkonto Köln 560 70

Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,

Bonn, Nr. 10 11 35 06

Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,

Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende. Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreise siehe Nr. 7

Seite

307	Herbert Wehner Im Gedenken an Otto Brenner
310	Holger Börner Sozialer Rechtsstaat und Frieden
315	Leo Bauer Politik für den Frieden Zusammen in Frieden und Freiheit leben
317	Gespräch mit dem niederländischen Außenminister Dr. W. K. Norbert Schmelzer
324	Carlo Schmid Staat und Nation der Deutschen
335	Franz Klüber Katholische Kirche und christliche Zusammenarbeit
335	Bernd Weber Reise in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
342	Dieter Bauer Jusos – Wähleranreiz oder Wählerschrecken?
349	Rolf Menzel Zwischen den Gipfeln in Peking und Moskau
354	Hans-Jürgen Fink Europa kam zu kurz Zum KPI-Parteitag in Mailand Analysen – Diskussion
358	Peter Christian Ludz Die Ideologie des „Sozialdemokratismus“ in der Sicht der Kommunisten
363	Klaus Harpprecht Abkehr von der Geschichte
367	Horst Heidermann Methodisches zum Langzeitprogramm
369	Ferdinand Wiebecke Die Einheit der Bildungsreform
373	Erich Rumpf Arbeitsgemeinschaften in der SPD Gelesen und zur Diskussion gestellt
378	Arne Gejer Problematik „Umwelt“ aus schwedischer Sicht Dokumentation
381	Heinz Fischer Politische Strategie Probleme des Regierungssozialismus
384	Leserbriefe

388	Kritik
392	Bei der Redaktion eingegangene Bücher
392	Mitarbeiter dieses Heftes

Zum Inhalt

Der Tod des Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner – einer der Herausgeber und Autor zahlreicher Artikel der „Neuen Gesellschaft“ –, hat eine kaum zu schließende Lücke in der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung hinterlassen. Herbert Wehner würdigt Verdienste und Wirken des verstorbenen Gewerkschafters, der sich erfolgreich und unermüdlich für die Verbesserung der gesellschaftlichen Lage der Arbeitnehmer einsetzte. Die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung steht weiterhin im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Trotz breiter Zustimmung zur Bonner Politik für den Frieden im In- und Ausland schießt die CDU/CSU-Opposition mit schärfster Munition, größtenteils aus der nationalistischen Trickkiste geklaut, gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Wie wenig sie auf dem Boden der Realität steht, wird in diesem Heft von verschiedenen Seiten beleuchtet: Der SPD-Bundesgeschäftsführer, Holger Börner, stellt zum Tag der Arbeit den Zusammenhang zwischen Friedenssicherung und Sicherung des sozialen Rechtsstaates her. In einem Interview mit Chefredakteur Leo Bauer gibt der niederländische Außenminister Schmelzer – Mitglied der Katholischen Volkspartei und damit ideologisch eher der CDU/CSU verbunden – unmißverständlich zu verstehen, daß das Kabinett in Den Haag die Politik Brandt/Scheels positiv beurteilt. Und vom amerikanischen Verbündeten kann sich die Opposition schon gar keine argumentative Hilfe erwarten. Rolf Menzel analysiert, wie sehr die Ostpolitik Bonns als gewichtiger Baustein im geplanten und in Angriff genommenen globalen Entspannungsgebäude der Nixon-Regierung einkalkuliert ist. Nationale bis nationalistische Töne schlägt die CDU/CSU in der Ostdebatte an, sie klingen nur zu oft falsch. Carlo Schmid, der sich bereits während der 1. Beratung der Ostverträge fundiert mit dem Begriff der Nation auseinandergesetzt, ordnet in einem Artikel den Nationalgedanken historisch und in seiner heutigen Bedeutung ein. Christliche Töne meint die CDU/CSU des öfteren von sich zu geben. Zu Unrecht, denn der Regensburger Professor für katholische Gesellschaftslehre, Franz Klüber, weist in seinem Aufsatz „Katholische Kirche und christliche Politik“ den Mißbrauch des christlichen Namens durch eine Partei nach – anhand von Stellungnahmen und Dekreten höchster kirchlicher Autoritäten.

Redaktionsachluß dieses Heftes: 18. April.
Der Umbruch erfolgte am 21. April.

Im Gedenken an Otto Brenner

Der Tod hat Otto Brenner von unserer Seite gerissen. Europas Vorarbeiter ist verstummt. Diesem Mann haben viele vieles zu verdanken. Geboren am 8. November 1907 und gestorben am 15. April 1972, hat er die Jahre, die ihm gegeben waren, rastlos denkend und wirkend genutzt.

Seine Werkstatt war die Gewerkschaftsbewegung. Er leistete in ihr Qualitätsarbeit. Was er modelliert und geformt hat, bildete Normen drinnen und draußen. Er war in der Tat dabei „überall wo gewirtschaftet wird“, wie es Hans Böckler, dem Wiederbegründer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vorgeschwebt hatte, als er nach dem Kriege beschwörend sagte, die Gewerkschaften wollten nicht wieder zu bloßen Lohn- und Tarifmaschinen werden, sondern dabei sein überall, wo gewirtschaftet wird. Brenner hatte erlebt, wie das, was im Kriege zerstört und verwüstet worden war, aus Trümmern und Schutt wieder zu einer leistungsfähigen Wirtschaftsgrundlage aufgebaut und in Gang gebracht worden ist. Er hatte auch erfahren, wie nach getaner Aufbauarbeit alte Gewohnheiten wieder zu einer Art von Naturgesetzen erhoben wurden. „Immer noch gibt es in unserer Gesellschaft Ungerechtigkeit und Ausbeutung, einseitige Verteilung von Macht und Besitz, ungleiche Lebens-Chancen und zahllose andere Widersprüche, gegen die man angehen muß“, konstatierte er und betonte: „Das aber kann nicht durch Zureden geschehen. Dazu ist der einzelne auch nicht in der Lage. Hier bedarf es des gemeinsamen Handelns, der Solidarität.“

„Damit unsere Gesellschaft zu einer wahrhaft sozialen, wahrhaft demokratischen wird“ darf die Gewerkschaft „nicht nur Reformen von anderen verlangen; sie muß alles in ihren Kräften Stehende tun, um diese Reformen durchzusetzen“, sagte er den Delegierten seiner eigenen Gewerkschaft, der Industriengewerkschaft Metall, an deren Spitze er fast volle 20 Jahre gewirkt hat, nachdem er in den unmittelbaren Nachkriegsjahren in Hannover



und im Lande Niedersachsen gewerkschaftliche Pionierarbeit geleistet und auch einige Jahre Abgeordneter im Landtag gewesen war.

Otto Brenner war Gewerkschafter aus der Erfahrung der Krisenjahre unserer ersten Republik. Er war gehärtet in den Jahren, in denen in der bebänderten Zwangsjacke der „Deutschen Arbeitsfront“ Solidarität umfunktioniert worden war in Gleichschritt und Funktion. Er wußte und lehrte, „daß eine wirksame Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer nur durch eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung gewährleistet werden kann, eine Gewerkschaftsbewegung also, die weder konfessionell noch parteipolitisch gebunden ist und die in voller Unabhängigkeit von den Regierungen oder anderen Institutionen ihre Politik formuliert und betreibt“.

Brenners Lebenserfahrung spricht aus dem Bekenntnis: „Wir glauben nicht an die spontane Entwicklung zum Besseren in der sozialen Frage. Genau so wenig wie an das freie Spiel der Kräfte in der Wirtschaft. Die Lösung sozialer Probleme erfordert die klare Definition sozialer Ziele und eine bewußte Politik, um diese Ziele auch zu erreichen.“ Dabei war ihm klar, „daß die Gewerkschaften nicht die einzige fortschrittliche Kraft in unserer Gesellschaft sind“. Er konnte heftig werden und ausrufen: „Wie oft sollen wir es eigentlich noch sagen: Die Gewerkschaften sind kein Parteiersatz, sie können und wollen es auch nicht sein. Das bedeutet aber nicht, daß wir unpolitisch sind. Ganz im Gegenteil.“ Für ihn stand fest: „Es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, also auch der Gewerkschaften, die Demokratie zu sichern und weiter auszubauen.“ Als wesentliches Merkmal der demokratischen Ordnung verstand er „ihre Offenheit“ oder anders ausgedrückt „ihren Pluralismus“. Das bedeutete für ihn: „In dieser Gesellschaft können sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen organisieren und ihre Vorstellungen und Forderungen vor der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber vertreten.“ Das bedeutet „nicht nur ein Nebeneinander der verschiedensten Gruppen, sondern auch ein Gegeneinander“. Der erfahrene Gewerkschaftsführer rät: „Um so wichtiger ist es für jeden Gewerkschafter, einen klaren Kopf zu behalten und alle jene politischen Kräfte zu stärken, die tatsächlich bereit sind, den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts zu gehen. Kein Parlament wird auf die Dauer gegen den erklär-

ten Willen einer bewußten und kritischen Mehrheit der Bevölkerung handeln können. Ist diese Mehrheit tatsächlich vorhanden, drängt sie unablässig auf Reformen, dann wird das Parlament in Gesetze gießen müssen, was die Arbeiter und Angestellten wollen.“

In der Bundesrepublik Deutschland hat Otto Brenner entscheidende Vorarbeit für wesentliche soziale Veränderungen geleistet. In manchen Fällen hat es Jahre gedauert, bis gesetzlichen Niederschlag finden konnte, was Gegenstand gewerkschaftlichen Kampfs gewesen war und wofür sogar mit schneidenden höchstarbeitsgerichtlichen Urteilen (zum Beispiel Regreßpflicht der Gewerkschaft) geantwortet worden ist: Lohnfortzahlung für gewerbliche Arbeitnehmer im Krankheitsfall, in anderen Fällen hat im autonomen Bereich der Tarifparteien allmählich Schule gemacht, was die Gewerkschaft in zähen Verhandlungen ausgehandelt und errungen hatte: Stufenplan zur Einführung der Vierzigstunden-Arbeitswoche.

Otto Brenner hat früh begriffen, daß es notwendig wird, in der neuen Dimension „Europa“ zu planen und zu handeln. Er hat als „wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft“ bezeichnet, „die grundsätzliche Konzeption zu formulieren, die so konkret ist, daß sie die Politik in Bewegung bringen kann“. Grundzüge dieser „Konzeption“ hat er skizziert in seinem Artikel „Europa und die soziale Frage“, der in der April-Nummer dieser Zeitschrift veröffentlicht ist. Dieser Artikel ist für die Redaktion und die Leser der Zeitschrift zum Vermächtnis Otto Brenners geworden. „Die Neue Gesellschaft“ hatte in Otto Brenner einen treuen und hilfreichen Herausgeber.

Daß Otto Brenner als Präsident des Internationalen Metallarbeiter-Bundes und als Initiator des Europäischen Bundes der Freien Gewerkschaften wirksam wurde, ergab sich aus der Anerkennung der Leistungen dieses modernen Gewerkschaftsführers. Er hat vom Beginn an auch zu den inspirierenden Kräften des Aktions-Komitees für die Vereinigten Staaten Europas gehört, das unter Jean Monnets Präsidentschaft seit 1955 wirkt. „Die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit“ ist für Brenner „ein entscheidender Faktor für die soziale Zukunft Europas“ geworden, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen der gewerkschaftlichen Zersplitterung die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Gemeinschaft nicht wirksam beeinflußt werden

kann. Dabei warnte Otto Brenner davor, „eine bloße formale Einheit“ als ausreichend anzusehen. „Die gewerkschaftliche Einheit in Europa wird sich nur in der Auseinandersetzung der politischen Ideen und unter Wahrung der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität durchsetzen lassen.“ Besonderes Gewicht hat er der gemeinsamen Überzeugung von Demokratie als der einzig möglichen politischen Grundlage gewerkschaftlicher Tätigkeit und der gemeinsamen Erkenntnis, daß auch eine einheitliche europäische Gewerkschaftsbewegung sich nicht den internationalen Verpflichtungen entziehen kann, beigemessen.

Die Sorge um die Demokratie und die Einsicht in die Verbindlichkeit internationaler Verpflichtungen waren für Otto Brenner keine leicht zu tragenden Bürden. Es hat politische Wegstunden gegeben, durch die hindurch er schwer am Widerstreit der Gefühle, der Erfahrungen und der Einsichten litt. So beim Ringen um den militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik, so im langen Streiten um die „Notstandsgesetzgebung“. Gesiegt hat bei ihm jeweils die Einsicht in die Notwendigkeiten, die sich für die Stärkung der politischen Kräfte ergaben, die tatsächlich bereit sind, den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts zu gehen, hin zu einer menschenwürdigen, solidarischen Gesellschaft der Völker und Rassen in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Wir Sozialdemokraten und viele mit uns werden Otto Brenner schmerzlich vermissen.

„... steht der demokratische Staat in der spätkapitalistischen Gesellschaft vor der Alternative, sich entweder zu einer sozialen Demokratie, die demokratische Willensbildung und den Gleichheitsgrundsatz in die Wirtschaftsgesellschaft überträgt, zu erweitern, oder vor den Wirtschaftsleitern und ihren politischen Verbündeten zu kapitulieren. An dieser vor fast vier Jahrzehnten ausgesprochenen Notwendigkeit hat sich bis heute nichts geändert.“ (Otto Brenner in NG 5/71)

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kurt Möller

Die Entwicklungshilfe
Osteuropas

274 Seiten, broschiert 28,— DM

Nach Strategie und Taktik untersucht der Verfasser im ersten Teil der Arbeit die Ergebnisse der Politik Osteuropas in der Dritten Welt; Erfolge und Mißerfolge, die zu Revisionen der Konzeption führten, werden analysiert. Die von kommunistischen Entwicklungsländer-Experten jetzt aufgeworfenen Fragen, ob das sowjetische Modell in den Entwicklungsländern anwendbar und eine Industrialisierung bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie möglich ist, werden gründlich behandelt.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Schwerpunkte der Entwicklungshilfepolitik Osteuropas untersucht. Der Autor teilt diese in drei Ländergruppen ein: 1. Länder, die schon traditionell eine Politik der positiven Neutralität betreiben; 2. Staaten des CENTO-Paktes, die bisher westlich gebunden und orientiert waren; 3. Länder des arabischen Raumes, die gleichzeitig Brückenköpfe einer nichtkapitalistischen Entwicklung sind.

Der Verfasser vermittelt ein ausführliches Bild über die Kredit- und technische Hilfe, über das Bauprogramm und den Außenhandel Osteuropas mit den Entwicklungsländern.

Verlag für Literatur
und Zeitgeschehen GmbH
Hannover

Sozialer Rechtsstaat und Frieden

Der Auftrag des 1. Mai

Es ist in den vergangenen Jahren sehr viel darüber geredet und geschrieben worden, ob der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung angesichts der großen Erfolge der Gewerkschaften in unserem Lande seine ursprüngliche Bedeutung zu einem erheblichem Teil eingebüßt habe. Sicher hat sich die Form der Demonstrationen in den letzten zwanzig Jahren erheblich gewandelt, und vieles, was in früheren Jahrzehnten auf Markunggebungen gefordert wurde, ist heute praktische Wirklichkeit in den Betrieben geworden. Diese Erfolge aber waren nur Meilensteine auf einem langen Wege. Das Ziel selbst, eine Gesellschaftsordnung frei von Furcht vor Krieg und sozialer Unterdrückung zu schaffen, ist heute wie damals vor über hundert Jahren durchaus noch die Forderung des Tages.

Gerade in diesem Jahr wird deutlich werden, daß der Maitag kein Tag der Bequemlichkeit ist. In einer Zeit grundlegender Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Landes werden die Arbeitnehmer ihre Entschlossenheit zur Wahrung und Durchsetzung einer Politik der Inneren Reformen und der Friedenssicherung unter Beweis stellen.

Der 1. Mai erinnert uns an den historischen Kampf um den Acht-Stunden-Tag und an die Ursprünge der Arbeiterbewegung. Er erinnert uns als Tag internationaler Solidarität aber in gleicher Eindringlichkeit an die große Friedenssehnsucht, die die Menschen bewegt.

Dieses gemeinsame Ringen um den Frieden fand in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts seinen Niederschlag in der Diskussion um den politischen Generalstreik als Kampfmittel gegen den Krieg. Im Gegensatz zu den damals demokratisch regierten Ländern, wo die sozialistischen Parteien im Staat Einfluß erlangen konnten, waren die Sozialdemokraten im Wilhelminischen Deutschland nach der Zeit der Unterdrückung noch immer Außenseiter, die nicht die Macht besaßen, sich im Falle des Kriegsausbruchs gegen die Staatsmacht zu wehren. Dieser Zweifel an der Durchsetzbarkeit gesellte sich zu dem Bekenntnis zur Verteidigung des Vaterlandes, wie es in dieser Zeit betont wurde in Anknüpfung an die Tradition von 1848 und im Bewußtsein der aus eigener Kraft errungenen sozialen Fortschritte. Im Schicksalsjahr 1914 waren dann große Teile der deutschen Arbeiterbewegung davon überzeugt, zu einem Verteidigungskrieg aufgerufen zu sein.

Ich habe diesen historischen Konflikt erwähnt, weil er noch heute in vielen Diskussionen eine Rolle spielt — und leider häufig verzerrt wiedergegeben wird.

Der großen Friedenssehnsucht gilt nach dem schrecklichen Erlebnis zweier Kriege heute noch stärker das Bemühen der internationalen Arbeiterbewegung. Ein sicherlich realistischeres und darum wohl auch erfolversprechenderes Bemühen.



Holger Börner

Die erste sozialdemokratisch geführte Regierung seit 1928 hat aus dieser Verpflichtung gegenüber unserem Volk eine neue Friedenspolitik eingeleitet. Ich erinnere an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt vom 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag, in der er dies gleich im ersten Satz deutlich unterstrich: *„Wir sind entschlossen, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und den Zusammenhalt der deutschen Nation zu wahren, den Frieden zu erhalten und an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten, die Freiheitsrechte und den Wohlstand unseres Volkes zu erweitern und unser Land so zu entwickeln, daß sein Rang in der Welt von morgen anerkannt und gesichert sein wird. Die Politik dieser Regierung wird im Zeichen der Kontinuität und im Zeichen der Erneuerung stehen“.*

Eine konsequente Friedenspolitik betreiben heißt nicht, das berechtigte Sicherheitsbedürfnis vernachlässigen. Aber im Atomzeitalter ist Sicherheitspolitik nicht denkbar ohne das ernsthafte Bemühen um dauerhaften Frieden.

Willy Brandt hat dazu in der Regierungserklärung dargelegt: *„Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ersten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen“.*

Eine nüchterne Analyse im Jahre 1969 zeigte ein für die bevorstehende Arbeit keineswegs ermutigendes Bild. Die sogenannte „Politik der Stärke“ der CDU-Regierung hatte die deutsche Frage keinen Schritt vorangebracht! Nicht zu menschlichen Erleichterungen und schon gar nicht zur Wiedervereinigung. Im Gegenteil: der Graben zwischen der Bundesrepublik und der DDR war immer tiefer geworden. Berlin und die Zufahrtswege nach Berlin waren in zwanzig Jahren vergangener Politik nicht sicherer geworden. Der Reiseverkehr wurde gedrosselt, die Mauer riegelt beide Teile Berlins gegeneinander ab.

Die Diagnose war klar: Erleichterungen für Deutsche, Entkrampfung der innerdeutschen Situation — von der Paketkontrolle bis zum Schießbefehl — wird es nur geben, wenn die Bundesrepublik die Verständigung mit Osteuropa anstrebt und ihren Entspannungswillen beweist.

Eine Politik der Vernunft muß davon ausgehen, daß die Grenzen nicht mehr veränderbar sind. Denn Gewalt hat mehr denn je als Mittel der Politik abgedankt. Die Schlußfolgerung daraus hat Helmut Schmidt einfach und eindringlich dargelegt: *„Da wir die Teilung unseres Kontinentes und unseres Landes nicht überwinden können, müssen wir zunächst die Trennung der Völker überwinden wollen; da man die Grenzen nicht mehr hin und her schieben kann, müssen wir alles daransetzen, um die Grenzen erträglicher zu machen. Das ist im Grunde, worum es geht.“*

Nur der Abbau der Spannungen eröffnet die Chance, Erleichterungen für die Menschen durchzusetzen. Erleichterungen, die greifbar und täglich erfahrbar sind. Als gleichwertiges Ergebnis neben dem langfristigen Ziel, zu einer dauerhaften Friedensordnung beizutragen.

Viele wollen den Frieden. Aber das Wollen allein genügt schon lange nicht mehr. Unsere Politik muß den Frieden aktiv organisieren. Wir müssen mit unserem Gegenüber reden und versuchen, zu einem geregelten Nebeneinander zu kommen. Und für die beiden Teile Deutschlands wieder ein Miteinander zu erreichen.

Für den Politiker stellt sich damit die Frage, ob er bereit ist, das in seinen Kräften Stehende für den Frieden zu tun, auch wenn es für den einen oder anderen schmerzhaft ist. Wir können uns nicht mit dem Blick in die Vergangenheit auf eine Bank setzen und warten. Wir müssen im Interesse der jungen Generation, unserer Kinder, endlich Schluß machen mit den alten Rechnungen. Die markige Durchhalteparole der Opposition hilft uns nicht weiter.

Einer der ersten entscheidenden Schritte der Bundesregierung zur Sicherung des Friedens und zur Verständigung war die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Diese Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag, von uns aus innerer Überzeugung gegen die Querschüsse der Opposition durchgesetzt, hatte eine fühlbare Verbesserung des politischen Klimas in Europa zur Folge. In dieser bereinigten Atomsphäre wurde 1970 der deutsch-sowjetische Vertrag über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit unterzeichnet.

Dies war ein wichtiger Augenblick in unserer Nachkriegsgeschichte. Fünfundzwanzig Jahre nach der Kapitulation des von Hitler zerstörten Deutschen Reiches und fünfzehn Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wurde unser Verhältnis zum Osten auf eine neue Grundlage gestellt. Auf den uneingeschränkten gegenseitigen Verzicht auf Gewalt, ausgehend von der politischen Lage, wie sie in Europa besteht. Dieser Vertrag unterstreicht die Bereitschaft, alles zu tun, daß sich diese Katastrophe, die vor einem Vierteljahrhundert unsägliche Opfer gefordert hat, nicht noch einmal wiederholen kann.

Und mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag wurden die Voraussetzungen für das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin geschaffen, das inzwischen in Verhandlungen beider Teile Deutschlands mit einer vernünftigen Berlin-Regelung ausgefüllt worden ist. Die Treffen von Bundeskanzler Brandt mit DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt und Kassel haben diesen Dialog eingeleitet. Und inzwischen ist deutlich geworden, daß unter dem Dach normalisierter deutsch-sowjetischer Beziehungen noch weitere Vereinbarungen möglich werden, die den Deutschen nützen.

Ein konkreter Erfolg des deutsch-polnischen Vertrages ist die Familienzusammenführung, die noch vor der Ratifizierung vielen Menschen geholfen hat.

Die Zusammenarbeit der sozial-liberalen Bundesregierung mit ihren Partnern ist die Grundlage jedes Fortschritts in den Fragen der West-Ost-Politik gewesen. Die Tatsache, daß die deutsche Politik auch von den vorwiegend konservativen Regierungen des Westens gestützt wird, macht deutlich, wie sehr sich die CDU/CSU-Opposition in die Isolierung manövriert hat. Es geht eben nicht nur darum, daß unsere Verbündeten einen Schritt der Bonner Ostpolitik billigen, sondern es geht auch um ihre eigene weitgespannte Politik. So ist insbesondere die Planung der europäischen Sicherheitskonferenz an die Berlin-Regelung gebunden.

Die Verbesserungen für Berlin und die menschlichen Erleichterungen im Reise- und Besuchsverkehr sind ohne die Verträge nicht denkbar. Wer ein Scheitern der Verträge ins Auge faßt, stellt sich nicht nur gegen unsere Verbündeten, sondern kalkuliert eine neue politische Frostperiode ein. Unser Land und ganz Europa würden um die Früchte der von Willy Brandt eingeleiteten Friedenspolitik gebracht.

Wer heute auf die zweieinhalb Jahre Regierungsarbeit zurücksieht, wird feststellen können, daß ein gut Teil des Weges bereits zurückgelegt ist, um die Selbstermächtigung der Regierungserklärung zu verwirklichen: *„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen“*.

Es ist gut zu wissen, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung diese Friedenspolitik nachdrücklich unterstützt. Denn wir alle wissen: Was nützen uns z. B. die mühsam erkämpften Erfolge der Sozialpolitik aus den vergangenen Jahren, wenn der Frieden nicht bewahrt bleibt.

Jede sozialdemokratische Regierung wird sich aus Überzeugung verpflichtet fühlen, die Vollbeschäftigung zu erhalten, da sie *„den Arbeitnehmer aus der sklavischen Abhängigkeit seines jeweiligen Arbeitsverhältnisses befreit“*, wie dies der amerikanische Ökonom Galbraith formuliert hat. Über diese Existenzsicherung hinausgehend muß versucht werden, die historisch gewachsenen und durch die bestehenden Verhältnisse konservierten Abhängigkeitsverhältnisse zu überwinden.

In der Nachkriegsgeschichte wurde ein erfolgreicher Weg zurückgelegt: Die Montan-Mitbestimmung wurde im Kampf erstritten. Die Lohnfortzahlung für Arbeiter beseitigt eine schwere Diskriminierung; die Sozialversicherung wird auch weiterhin durch grundlegende Umstrukturierung den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft angepaßt. Die Arbeitszeitverkürzung schafft die Möglichkeit der Entfaltung und Selbstverwirklichung in der Freizeit. In den nächsten Jahren wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit der Abbau der Bildungsschranken sein — gegen den hartnäckigen Widerstand der konservativen Kräfte.

Demokratie ist unteilbar. Demokratie muß das gesellschaftliche Sein der Menschen durchdringen. Demokratie im Staat funktioniert auf die Dauer nicht, wenn sie nicht im unmittelbaren Bereich jedes Menschen geübt und immer neu verwirklicht wird, im Alltag, als Mitwirkung und Mitbestimmung in Betrieb, Hochschule, in der gesamten Gesellschaft.

Die Betriebsverfassung ist immer wieder mit der Staatsverfassung verglichen worden. Dem monarchischen Staat entspricht der patriarchalische Betrieb, in den ersten demokratischen Geh-

versuchen der Weimarer Republik und der Nachkriegsjahre verbreitete sich die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. In der Tat besteht ein innerer Zusammenhang. Man denke nur daran, daß die Berufstätigen den größten Teil ihres Tagesablaufs in den Betrieben verbringen und damit ihre Erlebniswelt und ihre Erfahrungen geprägt werden. Zu einem demokratischen Staat gehört daher eine demokratische Betriebsverfassung.

Die Welt der Arbeiter ist aus ihrer Erfahrung heraus noch immer zweigeteilt. Die Arbeiter sind nicht die „Nachbarn“, sie fühlen sich – weil man sie so behandelt – als „die unten“, denen „die da oben“ gegenüberstehen. Diese strukturelle Vertrauenskrise in vielen unserer Industriebetriebe erhält Nahrung aus dem Konflikt mit den Arbeitsanforderungen. Ich meine hier nicht die Forderung nach Leistung – die werden wir immer brauchen –, sondern das Gefühl der Fremdbestimmung, das Gefühl des Arbeiters, er sei eine Figur, die nach Gutdünken hin- und hergeschoben wird. Wann geschieht es denn schon, daß Arbeiter bei der Einführung technischer Neuerungen nach ihrer Meinung gefragt werden?

Die Idee der Demokratie verträgt sich nicht mit der Vorstellung des „die da oben“ und „wir unten“. Diese Vorstellungen müssen überwunden werden, indem das hierarchische System der Betriebe durchsichtiger gemacht wird. Wir Sozialdemokraten haben deshalb den Entwurf eines modernen Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt. Diese Neufassung der Betriebsverfassung ist inzwischen abgeschlossen, beschlossen und in Kraft getreten, obwohl die Opposition wieder einmal versucht hat, diese wichtige Reform auf dem Umweg über den Bundesrat zu blockieren. Erfolglos – In diesen Wochen werden die neuen Betriebsräte gewählt. Es wird jetzt darauf ankommen, nach diesem Erfolg der Arbeiterbewegung das Gesetz mit Leben zu erfüllen und die neuen Rechte zu nutzen. Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer im betrieblichen Bereich eröffnen einen zukunftsweisenden Weg.

Dies ist der Auftrag des 1. Mai 1972: Den Frieden sicher machen und den sozialen Rechtsstaat weiter ausbauen.

FRIEDRICH EBERT

1871 1925



Mit einem Geleitwort von
Bundespräsident D. Dr. Dr. Gustav Heinemann
und einem einführenden Aufsatz
von Peter-Christian Witt

216 Seiten, davon 127 Seiten Bilder und
Dokumente und 18 Seiten Bibliographie.
Format 23 x 28 cm.
Ganzleinen im Schuber 78,- DM.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Einführung in das Wirtschaftsverfassungsrecht

von Prof. Dr. Will Thiele,
Präsident des Verwaltungsbezirks Braunschweig
1970. 158 Seiten. ISBN 3 509 00500 7. Kart. 9,80 DM

„Verfasser hat mit dem Werk, das mehr als eine ‚Einführung‘ ist, eine erste zusammenfassende Darstellung des Wirtschaftsverfassungsrechts geschaffen, die insbesondere für Studierende an den Universitäten und Hochschulen, aber auch für Hörer der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademien und für die Teilnehmer an den Lehrgängen der Verwaltungsschulen des öffentlichen Dienstes eine wertvolle Arbeitsgrundlage für dieses heute so bedeutungsvolle Wissensgebiet darstellt. Darin werden u. a. das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Wirtschaft und Individuum, die moderne Industriegesellschaft und die Entstehung von neuen Wirtschaftsräumen behandelt. Verfasser geht des weiteren auf die geschichtliche Entwicklung und das Verhältnis der verschiedenen Verfassungen zur Wirtschaft und auf die nationalökonomischen Schulen und Theorien ein. Besonders verdienstvoll und gelungen ist der Versuch, die Verfassungen seit dem Bismarckschen Reich bis heute auf ihre Aussagen in wirtschaftsverfassungsrechtlicher Hinsicht zu untersuchen. Schließlich werden als Spezialthema eingehend das Stabilitätsgesetz, die Konzentrierte Aktion und der Konjunkturrat abgehandelt, um an Beispielen die Fortentwicklung und Neugestaltung der sozialen Marktwirtschaft zu demonstrieren. Zutreffend ist m. E. die im Rahmen dieser Untersuchung getroffene Feststellung, daß sich auch durch die Änderungen, die das Grundgesetz erfahren hat, an dessen wirtschaftspolitischer Grundkonzeption nichts geändert hat. Auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – soweit sie sich mit dem Wirtschaftsrecht befaßt – ist in das Werk aufgenommen. Die systematische Darstellung erleichtert dem Leser den Zugang zu den Erkenntnissen dieses Wissenschaftszweiges und bedeutet eine erfreuliche Bereicherung der Literatur auf diesem Gebiet.“

„Der öffentliche Dienst“ Heft 10/1970, S. 199



Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen

Politik für den Frieden

Im Moment, da diese Zeilen geschrieben werden, steht das Resultat der Ratifizierungsabstimmung über die Verträge mit Moskau und Warschau noch nicht fest. Was auch dabei herauskommen mag (für mich persönlich ist es sicher, daß beide Verträge ratifiziert werden) — künftige Historiker werden, wenn sie die ganze Skala der wechselnden Argumente der Opposition gegen die Verträge nennen wollen, Schwerstarbeit leisten müssen.

In dieser Zeitschrift ist schon ausführlich von jenen Ideologen der Opposition gesprochen worden, die aus prinzipiellen Gründen nicht bereit sind, Verträge mit kommunistischen Ländern abzuschließen. Aber selbst diese Ideologen à la Strauß, Marx, u. a. wagten nur ab und zu, ehrlich zu argumentieren. Sie fanden Ausflüchte über Ausflüchte. Und wurden die Argumente der Opposition durch Tatsachen widerlegt, so leugnete man entweder die Tatsachen oder aber — wo dies nicht möglich war — erfand man neue Argumente.

Das Nein zu den Verträgen — von einer Anzahl CDU-Abgeordneter nach eigenen Aussagen wider bessere Überzeugung ausgesprochen — stand von Anfang an fest. Denn hinter diesem Nein verbarg sich eine andere Absicht. Natürlich ist es das Recht und die Pflicht der Opposition, mit den jeweils gegebenen Mitteln zu versuchen, die Regierung zu stürzen und selbst die Regierungsgewalt zu übernehmen. Mit den jeweils gegebenen Mitteln! Zu ihnen sollen und dürfen — das lehrt die Geschichte — nicht jene Probleme gehören, die für das Wohl und Weh eines Volkes bestimmend sind.

Herr Schröder hat wider seine Überzeugung am Ende seiner Rede anläßlich der ersten Lesung über die Ratifizierungsgesetze erklärt, die Ablehnung der Ratifizierung würde nicht ein Unglück für das deutsche Volk, sondern nur für die jetzige Bundesregierung bedeuten. Er weiß es besser. Um so schlimmer für ihn, daß er sich zu einer solchen demagogischen Feststellung hinreißen ließ.

A propos Gerhard Schröder: Seit Wochen und Monaten meint die Opposition, ihr Nein u. a. damit begründen zu können, daß die Regierung ihr nicht die volle Einsicht in die Protokolle gestatte. Als Herr Schröder dieses Argument in einer Diskussion in Trier benutzte, wurde er vom Verfasser dieser Zeilen daran erinnert, daß er — Schröder — sich selbst als den Mann der Exekutive bezeichnet habe, und gefragt, ob er der Opposition jemals gestattet hätte, Protokolle dieser Art einzusehen. Die Antwort: „Natürlich nicht! Aber schließlich hat die Regierung uns es ja angeboten.“

Es wäre sicherlich im Interesse der Sache nützlich gewesen, wenn die Regierung im Laufe der nun fast zwei Jahre währenden Diskussion über die Verträge zwei Weißbücher veröffentlicht hätte:

1. Ein Weißbuch über die Tätigkeiten und Aktivitäten der früheren, von CDU geführten Bundesregierungen für die Wiedervereinigung Deutschlands und für menschliche Erleichterungen der West-Berliner.
2. Ein Weißbuch über die wechselnden Argumente der Opposition gegenüber den Verträgen von Moskau und Warschau.

*

Zu den Argumenten der ersten Stunde gehörte die bis vor einigen Monaten immer wiederkehrende Behauptung, die Verträge mit Moskau und Warschau würden das Verhältnis zu unseren westlichen Partnern und Verbündeten belasten. Wenn dieses Argument in den letzten Wochen und Monaten nicht mehr verwendet wird, so deswegen, weil die CDU/CSU erkannt hat, daß sie mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Ostverträgen im wahrsten Sinn des Wortes isoliert dasteht. Selbst ihre christlich-demokratischen Freunde in den anderen europäischen Ländern belahen und unterstützen die Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel. Das ist bitter für die Opposition.

Noch bitterer ist, daß die westlichen Freunde der CDU/CSU kein Verständnis dafür aufbringen, daß die deutsche Opposition sich darum bemüht, ausgerechnet über die Ostverträge die Regierung Brandt/Scheel zu stürzen. Denn — das sei wiederholt — darum geht es ausschließlich.

Einer der Journalisten der „Welt“, die zum bedingungslosen Kampf gegen die Ostverträge und darüber hinaus gegen die Regierung Brandt/Scheel angetreten sind, hat dies unverblümt in der Ausgabe vom 6. April 1972 dieser Zeitung ausgesprochen. Die Ostverträge seien nicht gut, aber man könne mit ihnen leben — allerdings nur unter der Bedingung, daß nach der Ratifizierung eine neue Bundesregierung die sozial-liberale Koalition ablöse. Daß es dabei nicht um die Verträge geht, wird in dieser Zeitung offen ausgesprochen. Es geht um die ganze Richtung, es geht um die gesellschaftspolitische Konzeption. Man möchte wieder restaurieren, man möchte wieder die „historische Mission“ erfüllen, von der Franz Josef Strauß für die Deutschen träumt (s. a. NG 10/71 Leo Bauer „Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?“), man möchte keine Experimente, man möchte wieder da beginnen, wo Dr. Adenauer aufhörte. Daß dies unmöglich ist, den Interessen des deutschen Volkes widerspricht, bekümmert die Kämpfer gegen die sozial-liberale Koalition wenig. Mit Verblissenheit und Fanatismus wird um sich geschlagen und alle Mittel dazu sind recht. Wie gesagt — Historiker werden erstaunt und bestürzt das gefährliche Spiel der Opposition gegen die Regierung Brandt/Scheel analysieren.

*

Es wurde schon erwähnt, daß zu den Standardargumenten der Opposition lange Zeit die Behauptung gehörte, die West-West-Politik der Bundesrepublik würde durch die Ost-West-Politik der jetzigen Bundesregierung empfindlich gestört. Das Gespräch, das der Autor dieser Zeilen mit dem Außenminister der Niederlande, Seiner Exzellenz Drs. Schmelzer, führen konnte, beweist das Gegenteil. Außenminister Schmelzer gehört, wie er im Verlauf des Gesprächs betont, der katholischen Volkspartei an, steht also der Politik der CSU/CDU-Opposition näher als der SPD.

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gerhard Eisfeld Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870

Studie zu den Organisationen und
Programmen der Liberalen
und Demokraten
240 Seiten, broschiert 24,80 DM

Im Gegensatz zur bisherigen überwiegend ideengeschichtlichen Betrachtung des Liberalismus stellt Eisfeld in den Mittelpunkt seiner Arbeit die politische Wirklichkeit: Organisation und Führungsstruktur der liberalen Parteien in Deutschland werden auf Grund von Parteibeschlüssen und -programmen untersucht. Im Kongreß Deutscher Volkswirte, in den Fortschrittsparteien und der National-liberalen Partei zeigt sich schon früh die Trennung zwischen den National-liberalen, denen es vor allem um die Einigungspolitik ging, und den Demokraten, die sich für einen parlamentarisch-demokratischen, sozialen Staat einsetzten.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Zusammen in Frieden und Freiheit leben

Gespräch mit dem niederländischen Außenminister
Drs. W. K. Norbert Schmelzer

L.B.:

Exzellenz, möglicherweise werden die Jahre 1972 und 1973 in die Geschichte als „Europäische Jahre“ eingehen? Es ist zu hoffen, daß am 1. Januar 1973 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft um vier Länder erweitert wird. Die Vorbereitungen für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollen in Bälde beginnen, d. h. der Entspannungsprozeß in Europa läuft parallel zur Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wie sehen Sie diese Entwicklung in Europa?

Drs. Schmelzer:

Herr Bauer, es gibt zwischen den zwei Themen, die Sie hervorheben, der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und des Planes, um zu einer Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit zu kommen, gewisse Zusammenhänge.

Man kann sie aber auch zum Teil getrennt voneinander sehen. Damit meine ich: Auch wenn die Europäische Gemeinschaft nicht erweitert würde, was ich besonders bedauernswert fände, daß dennoch eine Europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit denkbar wäre und daß daraus auch gewisse, vielleicht bescheidene, aber doch gewisse Resultate kommen könnten. Vielleicht darf ich in diesem Sinne einige Bemerkungen machen: die Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft, die von der Bundesrepublik und von der Niederländischen Regierung schon seit vielen Jahren befürwortet wird, ist, glaube ich, für die Zukunft Europas von außerordentlicher Bedeutung, und zwar aus zwei Gründen:

1. Weil in der Welt, in der wir heute leben, eine vergrößerte Gemeinschaft notwendig ist, um die sozialökonomischen Probleme, aber auch den Fortschritt des Wohstandes für unsere eigene Bevölkerung besser bewältigen, besser zustandebringen zu können, und



Drs. W. K. Norbert Schmelzer

2. weil eine erweiterte Gemeinschaft mit ihren größeren Möglichkeiten wirtschaftlich, geistig und politisch einen besseren Dienst der Welt leisten kann.

Jeder, der vor dem Krieg geboren ist, der die Kontroversen, der die Kriege mitgemacht hat, und jeder, der etwas versteht von den modernen Verhältnissen in der heutigen Welt, muß wohl zu dieser Überzeugung kommen. Ich möchte die zwei Ziele — besseren Dienst an unserer eigenen Bevölkerung und einen besseren Dienst der Welt gegenüber (auf dem Gebiet besserer Entwicklungshilfe, besserer wirtschaftlicher Strategie in der Welt, besserer politischer Stabilität, besserem Beitrag zum Frieden) —, ich möchte, sage ich, die zwei Ziele also intern und extern auf gleiche Ebene setzen. Bei der Vorbereitung der „Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit“ wird es möglich sein, daß die Zehn jedenfalls wirtschaftlich den Kontakt mit den Ländern des „Warschauer Paktes“ verbessern können, weil ich davon überzeugt bin, daß wir, wenn wir eine Wirtschaftsgemeinschaft sind, auch zu effektiv besseren Resultaten auf ökonomisch/technologischem Gebiet kommen können. Und die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten werden nicht darum herum können, die Gemeinschaft jedenfalls als eine Realität anzuerkennen.

L. B.:

Was jetzt geschehen ist durch Herrn Breschnew...

Dra. Schmetzer:

Geschehen durch Herrn Breschnew unter gewissen Bedingungen. Wir haben als Beneluxländer eine gewisse Geduld gehabt. Es hat jahrelang gedauert, bis die Sowjetunion die Benelux als solche anerkannt hat. Wir haben gesagt, wir schließen kein separates Handelsabkommen ab mit der Sowjetunion, sondern das machen wir als Benelux. Wir haben einige Jahre Geduld gehabt, und Benelux wurde als Realität anerkannt. Es ist geschehen. Außer dem Wirtschaftlichen ist es natürlich so, daß die zehn Länder der Gemeinschaft, glücklicherweise alle zehn — und sonst gehörten sie nicht in die Gemeinschaft —, im Grunde dieselben geistigen und demokratischen Werte vertreten. Daher werden sie auch in einen Kontakt mit dem Ostblock, sicherlich auf wesentliche Themen — wie freieren Austausch von Ideen, von Personen — über die Prinzipien, die akzeptiert werden müssen (zwischenstaatlich nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Staaten im Westen und zwischen Staaten im Osten), zu gemeinsamen Standpunkten kommen — übrigens im engen Zusammenhang mit den anderen Partnern der Atlantischen Allianz.

L. B.:

Sie haben von der Rolle Europas in der Welt gesprochen, und das führt mich zu einer zweiten Frage. Es gibt Politiker, die den Standpunkt vertreten, daß durch den Besuch von Nixon in China eine neue weltpolitische Konstellation entstanden sei und daß wir in Zukunft sozusagen fünf Pfeiler in der Weltpolitik haben: die beiden alten, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjetunion und ihre Verbündeten, und dazu China, Japan und als fünften Europa. Daraus erwächst die Forderung, nicht nur die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erweitern, sondern zur politischen Union zu entwickeln. Glauben Sie, daß das Zukunftsmusik ist und glauben Sie, daß an diesem Wechsel von der Bi-Polarität zu einer Fünf-Polarität — wenn man das so sagen darf — etwas Wahres dran ist?

Dra. Schmetzer:

Vielleicht darf ich zuerst dies sagen, und das mag romantisch klingen, aber lassen Sie uns doch einmal hervorheben: Ideal gesehen, wäre es natürlich

am besten, wenn es zu einer Weltregierung mit einem Weltparlament kommen könnte, das nicht alle Fragen löst, weil – so ist es in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch – die supranationalen Organe nicht alles entscheiden, es bleibt noch etwas für nationale und regionale Organe, aber Ideal wäre das natürlich in einer Welt, in der man nicht mehr unabhängig voneinander ist, sondern immer mehr abhängig wird und die Interrelation aller Probleme von den Fragen der Technologie, der Umwelt, der Wirtschaft bis hin zur politischen Entscheidung über Krieg und Frieden immer stärker wird. Das wäre das Beste. Aber das ist in absehbarer Zukunft überhaupt noch nicht zu realisieren. Es ist also in der Welt, in der wir leben, noch notwendig, regionale Kraftzentren zu haben, die konstruktiv arbeiten können. Ich sehe diese Kraftzentren am liebsten nicht als Konkurrenten, als einander bestreitende Mächte, als abgeschlossene Blöcke, sondern als Gruppen, die als Gruppen funktionieren können, aber die dann doch versuchen, miteinander in Frieden und Zusammenarbeit zu leben.

Jetzt komme ich zurück auf Ihre Frage, was Europa, was die politische Einigung Europas angeht. Zwei Bemerkungen dazu: die eine ist, daß ein politisch geeinigteres Europa einen effektiveren Beitrag in der Weltpolitik geben kann, und das ist gut, weil Europa der Welt viel Gutes zu bringen hat. Wir sind keine idealen Gesellschaften, wir können uns sicherlich auch noch verbessern – sozial, geistig, ökonomisch, usw. –, aber wir haben der Welt doch etwas zu bieten. Also politisch ist es wohl günstig für die Welt, wenn eine politische Gemeinschaft in Europa entsteht, die ich übrigens niemals – und das tut Ihre Regierung auch nicht – in einer Kontroverse mit der Atlantischen Allianz sehen will. Nein, ich glaube, daß sie eher ein verstärktes Element in der Atlantischen Allianz sein kann.

Die zweite Bemerkung: Wenn man erst einmal eine Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat, ist es unvermeidlich – wie lange es auch dauern und entlang welcher Zwischenstationen es auch gehen mag –, daß diese unaufhaltsam auf die Dauer zu einer politischen Gemeinschaft führen muß. Wir haben Landwirtschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Transportpolitik, aber wir sehen, daß das alles eigentlich nicht funktioniert, wenn wir nicht auch eine gemeinsame monetäre Politik, eine gemeinsame Politik den Entwicklungsländern gegenüber und eine gemeinsame Außenpolitik haben. All diese Gebiete hängen miteinander zusammen. Über dieses Prinzip gibt es noch nicht völlige Einigung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Aber ich sehe, daß da absolut integrale Zusammenhänge sind, und man kann keine Außenpolitik mehr führen, ohne die Agrarpolitik zu berücksichtigen, die weitweite Konsequenzen hat, ohne an die Transportpolitik, an die Handelspolitik und ihre weltweiten Konsequenzen zu denken. Die Außenpolitik muß all diese Gebiete mit benutzen als Instrument, das ist ein integraler Zusammenhang. Gemeinsame monetäre Politik heißt das Streben nach einer gemeinsamen Valutareserve, d. h. das Streben nach einer gemeinsamen budgetären Politik, nach einer gemeinsamen Kreditpolitik, nach einer gemeinsamen Wechselkurspolitik. Aber wie ist das alles möglich, wenn man nicht die gemeinsamen Organe, die das ausführen, und ein gemeinsames Parlament hat, das das kontrolliert. Also schon aus der Wirtschaftsgemeinschaft heraus – will man sie gut funktionieren lassen – wird sich auf die Dauer die Notwendigkeit einer gemeinsamen politisch-demokratischen Struktur ergeben, und ob man über Föderation, über Konföderation als Zwischenstation oder über alle anderen Formeln spricht, eine Art der politischen Gemeinschaft ist nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig.

L. B.: Wir sprechen nun immer von Europa und denken dabei an Westeuropa. Nun gibt es aber noch einen anderen Teil von Europa, der eindeutig zu Europa gehört. Kürzlich wurde gesagt, die EWG könne von der anderen Seite anerkannt werden unter der Bedingung, daß die EWG bereit sei, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe – COMECON genannt – anzuerkennen. Wie sehen Sie die Möglichkeit einer Zusammenarbeit oder eines Beginns einer Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Wirtschaftsgemeinschaften in Europa?

Drs. Schmelzer: Ja, das ist eine besonders delikate Frage; aber ich werde doch versuchen, darauf zu antworten. Nach meiner Meinung ist es jedenfalls notwendig, daß auf die eine oder andere Weise die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft anerkannt wird. Das heißt also, daß die – wie wir hoffen – erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Kontakte haben wird, Verträge abschließen kann mit Ländern Osteuropas. Was mich persönlich anbelangt, hätte ich keine Bedenken dagegen, dies mit allen Ländern Osteuropas separat zu machen, und ich kann mir sogar vorstellen, daß es bei den osteuropäischen Staaten auch einige gibt, die auch keine Bedenken dagegen haben. Hier stellt sich jetzt die Frage, inwiefern der COMECON überhaupt vergleichbar ist mit der EWG. Die Struktur des COMECON ist völlig anders. Ich hätte persönlich keine Bedenken gegen einen Kontakt zwischen Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und COMECON, aber ich glaube, daß die Frage, wer der Gesprächspartner der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist, primär nicht von der EWG entschieden wird, sondern bestimmt wird von anderen Seiten.

L. B.: Exzellenz, die Nachkriegsgeschichte Europas hat ergeben, daß im Herzen Europas ein Land liegt – Deutschland –, das nicht nur gespalten ist, sondern dessen beide Staaten jeweils einer der beiden Gemeinschaften angehören, die DDR dem COMECON und dem Warschauer Pakt, die Bundesrepublik der EWG und dem Atlantischen Bündnis. Es ist immer wieder betont worden, daß diese Tatsache nach wie vor ein Spannungszentrum nicht nur für Europa darstellt, sondern für die Welt. Es haben sich daraus bestimmte Konsequenzen ergeben, gerade in den letzten Monaten und Jahren: Die Bindung der Bundesrepublik an die Allianz und an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist sehr stark. Umgekehrt ist die DDR eingebunden in den Warschauer Pakt und in den COMECON. Wie sieht der Außenminister Hollands dieses Deutschland?

Drs. Schmelzer: Darf ich vorausschicken, daß ich volles Verständnis für all diejenigen habe, die noch immer tief beeindruckt und auch betrübt sind darüber, daß diese Grenze zwischen den zwei Deutschlands besteht. Aber es ist natürlich nicht genügend, sich niederzusetzen, wie Johann Sebastian Bach in der Matthäus-Passion sagt, mit Tränen. Es sind Tatsachen, und keiner wünscht im Westen, und ich hoffe auch im Osten, die Lage mit Gewalt zu ändern. Was ist dann die Antwort? Zuerst einmal glaube ich, daß realistische Politik von uns verlangt wird, daß wir einsehen, daß so, wie die Dinge jetzt sind, die politischen Ziele, wie sie verwurzelt sind in den politischen Systemen, wie sie jetzt bestehen im Ostblock, andere Ziele, andere Ideale sind, als wie wir sie im Westen haben. Aber doch müssen wir zusammen in Frieden und Sicherheit leben. Ich bin persönlich – ich darf das vielleicht hier ganz offen sagen, und Sie wissen es – Christlicher Demokrat. Aber ich anerkenne das Leben und die Politik natürlich mit all ihren praktischen Konsequenzen. Für mich hat Politik mit Menschen zu tun, und Menschen stammen nach meiner Über-

zeugung — ob sie jetzt westlich oder östlich von einer gewissen Grenze leben — von demselben Schöpfer und haben auch dasselbe Endziel. Menschen sind nicht gleich, aber sie sind gleich würdig, unabhängig von Rasse, sozialer Gruppe, aus der sie kommen, geistiger Überzeugung, Nationalität. Und sie haben — Ich wiederhole es — also gewisse gleiche Elemente in sich, die durch die Schöpfung bedingt sind. Und wenn man die Dinge langfristig sieht: Es ist nie in der Weltgeschichte vorgekommen, daß Diktaturen und totalitäre Systeme endlos dagewesen sind. Es ist also eine Veränderung möglich; aber das ist ein Prozeß des langsamen Wachstums, den man geduldig und konkret, vielleicht nicht spektakulär, aber mit Geduld und mit Klugheit und Realismus, aber auch mit einem gewissen Idealismus ins Auge fassen muß. Daher glaube ich, daß es möglich sein muß, zumindest in Frieden zu leben, wenn der Westen

a) ehrlich arbeitet an seiner eigenen Verbesserung, des eigenen sozialen Systems, des wirtschaftlichen Systems, geistigen Lebens, usw.,

b) die Opfer bringt, die für ein defensives Gleichgewicht notwendig sind, so daß die aggressiven Kräfte an der anderen Seite nicht provoziert und nicht stimuliert werden, und

c) auf all den Gebieten, wo es möglich ist, politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell, touristisch, sportlich Kontakte fördert und intensiviert.

Ich hoffe aber, daß wir auch auf längere Zeit einander besser verstehen, und dann finde ich auf lange Sicht gesehen eine Entwicklung nicht unmöglich, wo wir entdecken, daß doch eine gewisse Veränderung in dem Menschen aufgetreten ist. Nochmals: Ich habe keine Illusionen, aber hoffnungslos dürfen wir nicht sein. Und ich sage das als Christlicher Demokrat, wobei ich als Christlicher Demokrat nicht das Monopol für diese These in Anspruch nehme.

L. B.: Wenn ich Sie richtig verstehe, beantworten Sie meine Frage dahingehend, daß die Spaltung Deutschlands kurzfristig nicht zu lösen ist, sondern nur im Rahmen dessen, was langfristig als Veränderung in der Welt erfolgen mag ...

Drs. Schmelzer: Und daß totalitäre Systeme sich in der Geschichte niemals endlos behauptet haben.

L. B.: Damit komme ich eigentlich schon zu einer Frage, zu der Sie schon mehrmals Stellung genommen haben.

Sie haben in Ihren ersten Antworten, die Sie mir gegeben haben, darauf hingewiesen, daß Europa nach ihrer Überzeugung eine Rolle spielen sollte im Interesse des Friedens, der Entspannung. Sie wandten sich dagegen, daß man von fünf Blöcken spricht, die gegeneinander stehen, sondern ihnen schwebte die Utopie einer Weltregierung vor. Sie sprachen selbst von einer Utopie. Nun ist Ihnen bekannt, daß die Ost-Politik der Bundesregierung in der Bundesrepublik umstritten ist.

Drs. Schmelzer: Vielleicht, Herr Bauer, darf ich dieses dazu sagen: Erstens, alle meine Kontakte, nicht nur mit meinen christlich-demokratischen Freunden, sondern auch mit Freunden aus anderen politischen Parteien in Deutschland, die ich am besten kennengelernt habe in dem „Komitee Monnet für die Vereinigten

Staaten von Europa", die meine Kontakte mit Ihrem Land direkt nach dem Krieg – schon 1946 –, meine Kontakte beim Staatsbesuch von Bundespräsident Heinemann in Holland und von Königin Juliana und Prinz Bernhard in Deutschland, all diese Kontakte haben mir die Überzeugung gegeben, daß jedenfalls die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes keine nationalstaatliche Großmachtposition befürwortet und auch nicht eine Position der ungebundenen Neutralität. Ich habe die Überzeugung, daß die übergroße Mehrheit nicht nur der deutschen Politiker, sondern auch des ganzen deutschen Volkes wünscht, sehr aktiv und intensiv mitzuarbeiten an der Schaffung einer wirklichen europäischen Gemeinschaft und zur Stärkung einer Atlantischen Allianz beizutragen, die wir für unsere Freiheit brauchen.

Das vorige holländische Kabinett unter Leitung von Herrn de Jong mit meinem eminenten Vorgänger, Herrn Luns, der „19jährige“ Außenminister – was seine ministeriellen Jahre anbelangt –, das vorige holländische Kabinett und auch das heutige Kabinett von Herrn Biesheuvel, in dem ich seit 9 Monaten Außenminister bin, hat immer die Politik der Bundesregierung unter der Leitung von Bundeskanzler Brandt so verstanden, daß die deutsche Bundesregierung als absolute Bedingung für eine erfolgreiche Ostpolitik sieht: Einen starken deutschen Beitrag für die Europäische Integration und einen starken deutschen Beitrag für die Atlantische Allianz und daß man die zwei Sachen als eine Bedingung für einen Erfolg der Ostpolitik sieht. In diesem Lichte hat das vorige holländische Kabinett und hat das heutige auch öffentlich ausgesprochen, daß sie diese Politik der Bundesregierung positiv beurteilt. Und ich habe keinen Anlaß, heute darüber anders zu denken. Ich stimme mit der Aussage der vorigen und der heutigen Regierung völlig überein.

L. B.:

Exzellenz, ich darf Ihnen für das Gespräch sehr herzlich danken.

„Die europäische Integration kann und darf nicht nur wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Der Abbau der Zölle und sonstigen Handelsbeschränkungen innerhalb der EWG hat zwar ohne Zweifel einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der Produktivität und auf das Wirtschaftswachstum ausgeübt und von dieser Seite zur Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards beigetragen. Diese Entwicklung muß weitergeführt und zu einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgebaut werden. Die Gewerkschaften unterstützen diesen Prozeß, weil ein stabiles, störungsfreies und die Produktionsmöglichkeiten voll ausschöpfendes Wirtschaftswachstum eine wichtige Grundlage für soziale Sicherheit

und sozialen Fortschritt ist. Aber die Annahme, die von der Integration ausgehende wirtschaftliche Antriebskraft werde automatisch den Lebensstandard erhöhen, die sozialen Unterschiede in der Gemeinschaft ausgleichen und die soziale Sicherheit für alle gewährleisten, wird von uns nicht geteilt. Wir glauben nicht an die spontane Entwicklung zum Besseren in der sozialen Frage. Genauso wenig wie an das freie Spiel der Kräfte in der Wirtschaft. Die Lösung sozialer Probleme erfordert die klare Definition sozialer Ziele und eine bewußte Politik, um diese Ziele auch zu erreichen.“ (Otto Brenner in NG 4/72)

...auf dem Weg in eine bessere Zukunft

grafik: schäfer & kremer

1950		1970
1200 000	IGM-Mitgliederstand	2 223 000
100	Brutto-Realeinkommen (gewerbliche Arbeitnehmer)	240
48 Stunden	Arbeitszeit je Woche	40 Stunden
3 Wochen	Urlaub (für 30-jährige)	über 4 Wochen
nein	zusätzliches Urlaubsgeld	Durchschnitt ca. 300 DM
nein	Lohnfortzahlung bei Krankheit	für 6 Wochen voller Lohn
nein	Freizeit-Unfallversicherung	ja
Unterstützungskleistungen der IG Metall an ihre Mitglieder seit 1950 über 590,9 Mill. DM		

IG Metall

Staat und Nation der Deutschen

Bemerkungen zu einem umstrittenen Begriff
und seiner Wirklichkeit

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Mitherausgeber der „Neuen Gesellschaft“ hat der Redaktion eine ausführliche Arbeit zum Begriff der Nation zur Verfügung gestellt. Angesichts der Aktualität hat sich die Redaktion mit Zustimmung des Autors entschlossen, in dieser Nummer den zweiten Teil der Arbeit Prof. Schmid's zu veröffentlichen, der sich aus historischer und politischer Sicht mit der Frage „deutsche Nation“ beschäftigt. In der Juni-Nummer wird der erste Teil der Arbeit abgedruckt. Darüber hinaus wird die Arbeit von Prof. Schmid im Sommer dieses Jahres als Sonderdruck erscheinen.

L

Der französische Historiker Gaxotte beginnt seine Geschichte Deutschlands mit dem Satz, die Deutschen seien ein unglückliches Volk, denn fast nie in ihrer Geschichte seien sie in einem einzigen Staat vereinigt gewesen.

Wie steht es nun um die deutsche Nation? Uns scheint, und nicht zu Unrecht, es gäbe sie schon lange. Aber waren die Deutschen, die Menschen deutscher Zunge immer eine Nation? Und seit wann sind sie eine Nation? Ist es wahr, daß diese Nation immer unteilbar war und sein wird? Zeigt die Geschichte nicht vielmehr, daß sie geteilt werden konnte oder – besser ausgedrückt – daß Teile sich absonderten und ein eigenes nationales Dasein begannen und immer spezifischer gestalteten und dabei zum Teil ein eigenes kulturelles Bewußtsein entwickelten, zum Teil am deutschen Geistesleben weiter teilhaben wollten, nicht nur als Empfangende, sondern auch als Gebende und Mitgestaltende?

Die Geschichte hat es den Deutschen besonders schwer gemacht, eine eigene nationale Identität zu entwickeln, die sich nicht in einem kulturellen Selbstbewußtsein erschöpfte, sondern über einen eigenen Staat gestaltenden Einfluß auf den Gang der Geschichte nahm, wie es den Nationen gelang, die relativ früh um



Prof. Dr. Carlo Schmid

festen Zentren herum einen Staat zur Verfügung hatten, wie dies bei den Franzosen und Briten mit ihren Hauptstädten Paris und London der Fall war. Wien ist in den entscheidenden Epochen nicht zu einem solchen Zentrum geworden und Berlin erst spät, und auch dann nicht, ohne ja und je in seinem gesamtdeutschen Anspruch bestritten zu werden. Heute droht eine neue Polarisierung, die von außen her den Deutschen auferlegt wurde und aufrecht erhalten wird: die Frage neu aufzurollen, was denn heute die deutsche Nation sei.

Wie ist die deutsche Nation entstanden? Ist sie Germanien in moderner Gestalt? Oder ist sie nicht vielmehr das Produkt einer Geschichte unendlich vieler Wechselfälle, vieler in sich selber unterschiedlicher Ursprünge? Ergebnis vieler Einschmelzungen? Ist sie eher das Ergebnis geistiger Prozesse als biologischer Abstammungsgesetze?

Die deutsche Nation ist nicht die bloße Veräusserung der durch die germanischen Stämme der Völkerwanderungszeit geschaffenen Realitäten. Arminius der Cherusker ist kein „Deutscher“ gewesen, sondern ein Chatte. Unser Karl der Große, der in der Pfalzkapelle zu Aachen ruht und den die Franzosen als ihren Charlemagne in Anspruch nehmen, war kein Deutscher und war kein Franzose; er war ein Franke, und er empfand sich selber als kaiserliches Oberhaupt eines erneuerten, verchristlichten Römischen Reiches, dessen Randbezirke ihm und seinen Nachfolgern von jenem anderen Römischen Kaiser, der in Konstantinopel regierte, streitig gemacht wurden. Er hatte mit heidnischen Sachsen zu kämpfen, die nichts von ihm wissen wollten, und gleichermaßen mit den arianischen Langobarden in Italien. Der Sieg über diese, der Rom und damit das Oberhaupt der katholischen Kirche frei werden ließ, machte ihn zum Schutzherrn der Christenheit, den der Papst am Weihnachtstag in der Peterskirche zu Rom zum legitimen Römischen Kaiser salbte.

Unter seinen Nachkommen wurde das Reich geteilt; es entwickelten sich verschiedene Volkssprachen – neben der Sprache des Staates, der Kirche, der Gelehrten, die für lange Jahrhunderte das Latein blieb –, romanische Idiome und das „theodisk“, das wohl zunächst nur die Sprache bezeichnet hat, die von den Stämmen der nördlichen Reichshälfte gesprochen wurde. Dies ist der Ursprung des Wortes „deutsch“ – ein Wort, das ursprünglich keinen besonderen politischen Charakter hatte und schlicht die Gesamtheit der Idiome bezeichnete, die in den verschiedenen Teilen des Heiligen Römischen Reiches gesprochen wurden, deren Volkssprachen nicht aus dem Lateinischen kamen. Diese Sprachfamilie wurde die Quelle des nationalen Bewußtseins der Deutschen.

Das Bewußtsein, daß es eine eigene deutsche Nation gäbe, die mehr ist als die Zusammenfassung von Stämmen und Herzogtümern, setzt mit dem Stolz auf die Glorie der Römerzüge ein, dem Walther von der Vogelweide den lautersten und schönsten Ausdruck gab. Die Völker des Reiches vergleichend rief er aus, daß „deutsche Zucht“, das heißt die den Deutschen eigene Tugend der Treue zum Reich, der Ehrenhaftigkeit und der Gerechtigkeit, sowie der Minne Gottes und zur hölischen Sitte allen vorgehe –, nicht ohne gleichzeitig zu klagen, daß es mit der rechten Ordnung in

deutschen Landen schlecht bestellt sei: „*daz nu du mugge ir künec hat / und daz du ere also zergat*“ und daß nun überall die rechte Ordnung sich verkehre, wodurch statt des Rechtes die Gewalt aufgehe.

Hier sind also schon die Vorstellungen lebendig, daß es bestimmte Werte sind, die das Deutsche ausmachen. Doch dürfen wir dabei nicht übersehen, daß dieses Bewußtsein seinen Ursprung auch darin hat, daß man sich von den „Welschen“ betrogen fühlt, vor allem durch die römische Kirche, die Politik mache und unter simonistischer Inanspruchnahme geistlicher Waffen die Deutschen spalte und ihr Silber in ihren welschen Schrein fülle, statt ihnen christliche Tugenden vorzuleben. Ich führe dieses aus, weil dieses Ressentiment das Grundelement eines ausgesprochen negativistischen Nationalbewußtseins bleiben wird, das darin gipfelt, daß man zusammenhalten müsse, um welscher Begehrlichkeit und Arroganz wirksam begegnen zu können. Ulrich von Hutten wird in seinen Liedern in dasselbe Horn stoßen, wie manche anderen deutschen Humanisten auch. Bis ins 19. Jahrhundert, und auf Nebengebieten noch später, hat diese „antiwelsche“ Haltung, die gelegentlich zu einer geschichtsphilosophischen Ideologie werden konnte, gewirkt. Was ursprünglich ein Akt der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung war, vermochte in der neueren Geschichte einen verhängnisvollen Nationalismus anzubahnen.

Es entstand der Barbarossa-Mythos vom Kaiser, der in Bergestiefen verborgen wartet, um eines Tages ans Licht zu treten und der Welt wieder ihre rechte Ordnung zu geben – als läge die Erfüllung der irdischen Heilserwartung der Welt bei den Deutschen. Später hieß es dann, am deutschen Wesen könne einmal die Welt genesen... In Italien entstand in negativer Parallellität ein entsprechender Anspruch: zwar hätten die Deutschen die Macht gehabt, den politischen Rang des römischen Italien zu zerstören, aber – so schrieb Lorenzo Valla – kraft der lateinischen Sprache beherrsche Rom immer noch das Erdreich, und wo die römische Sprache herrsche, sei das römische Reich lebendig geblieben. Solche Worte riefen die deutschen Humanisten auf den Plan, um es den Welschen gleichzutun. Ich erinnere an Huttens Lied „*Latein ich vor geschrieben hab... / jetzt schrei ich an das Vaterland / teutsch Nation in ihrer Sprach / ...*“ Man beruft sich auf Arminius, der die Römer besiegt habe,

und auf die besondere Tugendhaftigkeit der Germanen, von der Tacitus berichtet. Der Elsässer Wimpfeling hält den „Welschen“ vor, die Deutschen seien inzwischen zu besseren Kennern des lateinischen und des griechischen Altertums geworden als sie – wo sei dann noch ihr Vorrang?

Es entstand eine deutsche Bildungssprache. Kaiser Karl IV. aus dem Hause der Luxemburger, der selbst französisch erzogen war und in Prag unter Deutschen und Tschechen residierte und von Italienern beraten wurde (die seit Dante ihre gemeinsame italienische Sprache hatten – *la lingua volgare* –, die von allen Bewohnern der Halbinsel verstanden und auch gesprochen wurde), ließ von seinen Gelehrten auf der Grundlage der in Deutschland gesprochenen Idome eine Kanzleisprache schaffen, die von der kursächsischen Kanzlei in Meißen übernommen wurde und deren sich Martin Luther bei seiner Bibelübersetzung bediente. Sie wurde rasch zur Sprache der Prediger und der Theologen und schließlich zur gemeindeutschen Literatursprache, ohne freilich die heimischen Idome auszurotten. Diese gemeindeutsche Sprache hat mächtig dazu beigetragen, daß sich die Deutschen als Nation fühlen konnten, trotz der Spaltung in Katholische und Evangelische, die mangels einer einheitlichen und machtvollen Reichsgewalt immer wieder das Bewußtsein des gemeinsamen Schicksals bedrohte, bis der Durchbruch der klassischen deutschen Philosophie und Literatur diese Bedrohung gegenstandslos machen konnte.

Die Reformation wurde zu einer echten Revolution in Europa, an erster Stelle in Deutschland, wo jedoch das „*cuius regio eius religio*“ die durch sie geweckten nationalen Impulse in die Innerlichkeit zurückdrängte. Der Eigennutz vieler protestantischer Landesfürsten, die oft genug die Handlanger fremder Reichszerstörer wurden, sorgte dafür, daß sie nicht zum bestimmenden Faktor eines sich an einem deutschen Staat orientierenden nationalen Bewußtseins werden konnte, anders als die Tat des Johann Hus, die den Tschechen das Bewußtsein, eine eigene Nation zu sein, schenkte, das in den Hussitenstürmen freilich alsbald in einen aggressiven Nationalismus umschlug. Um dieselbe Zeit ereignete sich – zum Teil angeregt durch die reformatorischen Schriften über die Freiheit des Christenmenschen – eine zweite deutsche Revolution, der Aufstand der Bauern in Süddeutschland und in Norddeutsch-

land. Diese Bauernrevolution hatte ebenso sozialen wie nationalen Charakter. Den Bauern war es im 15. Jahrhundert besonders schlecht ergangen. Das Territoriaalfürstentum, vor allem aber der kleinere Adel und die Klöster hatten die Bauern in eine schreckliche Leibeigenschaft hinabgestoßen, darin sie so gut wie völlig rechtlos jeglicher Art räuberischer Willkür ausgesetzt waren. Schon früh ging der Vers um: *„Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“*. In dem „Gebet des Volkes zu Gott“, das Wimpfeling 1515 verfaßte, hieß es: *„Wir Bauern bearbeiten die Erde und ernähren durch unseren Schweiß die ganze Menschheit. Aber wir sind darin wie unsere Zugtiere, denen der Hafer vorenthalten wird. Auch wir sind doch durch Christi Blut erkaufte.“* In einer Eingabe der Stühlinger Bauern an das Reichskammergericht von 1515 heißt es: *„Wie wir von Anfang an frei geboren sind“* – nicht anders als es Jahrhunderte später in den Menschenrechtsdeklarationen heißen wird, daß die Menschen frei geboren werden.

In Ihren Artikel-Briefen forderten die Bauern das alte Recht, die alten Freiheiten, Freiheit und Gleichheit aller Christenmenschen. Vor allem aber verlangten sie ein starkes Reichsregiment, einen Volkskaiser, der nichts zu eigen habe, sondern von dem gemeinen Nutzen leben solle. Man wolle die Freiheit der deutschen Nation verteidigen, die durch das Volk vergegenwärtigt werde und nicht durch die Edelknechte und Herren. Dieser Volkskaiser – es hieß, er werde als Sohn armer Bauern aus dem „Schwarzen Walde“ kommen – sollte durch einen Ältestenrat abgesetzt und mit einem Bauernhütlein auf dem Kopf ins Elend geschickt werden können ... Hier wurde also schon eine Republik deutscher Nation gefordert. Am radikalsten war die von Thomas Münzer im Nordwesten ausgelöste Bewegung. Dieser gewaltige und gewalttätige Mann wollte in der Tat durch den Umsturz aller geltenden Herrschaftsverhältnisse das Reich Gottes auf Erden aufrichten, nicht weniger als was wir heute die klassenlose Gesellschaft nennen.

Der Bauernaufstand, gegen den Martin Luther eine böse Streitschrift ins Land hinaus sandte, wurde von den Fürsten auf das Grausamste niedergeschlagen. Dieser „weiße Terror“ hat nicht nur die Bauern weit zurückgeworfen; er hat insgesamt in Deutschland dem „gemeinen Volk“ das Kreuz gebrochen und es für lange Zeit als nationalen Faktor ausgeschaltet.

Der Dreißigjährige Krieg konnte nichts dazu beitragen, das Bewußtsein zu festigen, daß die Deutschen eine Nation seien; er war ein Bürgerkrieg zum Nutzen fremder Mächte, der anders als die Kriege der französischen Protestanten und der Heere des Königs und Richelieus nicht der Festigung einer Reichsgewalt und der Fundierung der Möglichkeit einer gesamt nationalen Geschichte zu dienen hatte, sondern in erster Linie ein Krieg fremder Mächte gegen das Haus Österreich war, darin deutsche Reichsfürsten auf der einen oder auf der anderen Seite ihren Hausmachtinteressen zu dienen suchten. Man war kaiserlich oder schwedisch oder bayrisch, aber diese Namen hatten nicht viel mehr Bedeutung als die Feldschärpen der die Armee kommandierenden fürstlichen Generale. Gewiß, dieser Krieg hat als Religionskrieg begonnen, aber die Fronten bildeten sich in der Folge weniger aus den Tiefen des Glaubens heraus als aus der Divergenz fürstlicher Machtinteressen. Später freilich konnte sich um den schwedischen König Gustav Adolf etwas wie eine protestantische Reichslegende bilden.

Der Westfälische Friede hat die Reste der Reichseinheit durch Sanktionierung der „Liberäten“ der deutschen Fürsten zerstört und faktisch unabhängig gewordene Teile des Reichsgebietes im Norden und im Süden in ihrer Souveränität legalisiert. Die Niederlande und die Schweiz sind seitdem als eigene souveräne Staaten anerkannt, und in beiden konnte sich ein kräftiges nationales Selbstbewußtsein herausbilden.

Die Türkenkriege freilich haben ein gesamtdeutsches Bewußtsein zu schaffen vermocht, und einige ihrer Feldherren ließen, unbeschadet ihrer eigenen Nationalität, deutschen Nationalstolz und damit ein naives deutsches Nationalgefühl lebendig werden. „Prinz Eugen, der edle Ritter ...“ war für die Deutschen nicht nur ein Soldatenlied.

Ein großer Deutscher jener Zeit hat 1679 einen Traktat geschrieben: „*Ermahnung an die Deutschen, ihren Verstand und Sprache besser zu üben, samt beigefügtem Vorschlag einer deutsch gesinnten Gesellschaft*“. Leibniz hat damals darüber mit dem Prinzen Eugen einen Briefwechsel geführt; ihm schwebte eine gesamtdeutsche Institution vor, die ähnlich der Académie Française Richelieus mithelfen sollte, die Deutsche Nation – die Mitte Europas – gemäß ihren besonderen Eigenschaften zur

Nation zu integrieren, freilich nicht aus Haß gegen die Franzosen, sondern um der Christenheit die Balance zu halten und einen Wall zu bilden, hinter dem sich Europa zur Ruhe geben könnte. Denn: Deutschland werde nicht aufhören, seines und fremden Blutvergießens Materie zu sein, als bis es aufwache und sich vereine. Hier ist schon Patriotismus als weltbürgerlicher Geist lebendig, der einst den Ruhm unseres klassischen Zeitalters ausmachen wird: Man will die Einheit des Vaterlandes aus Gründen der Humanität und um des Friedens willen. Doch dann kamen die großen Kriege.

Friedrich des Großen Siege und partiell aufgeklärte Regierungsweise haben im Volke der Deutschen nach zwei Seiten gewirkt. Preußen wurde für viele ein Anlaß zu kollektivem Stolz und zu einer Art von Ersatz für das Reichsbewußtsein alter Zeit. Der preußische Patriotismus, der bei vielen lebendig wurde, wurde zu einer Vorstufe für ein neues und anders geartetes deutsches nationales Bewußtsein. Zwar hatten vor allem die Süd- und Westdeutschen mit Preußen nicht viel im Sinn – wie Goethes Familie war man mehr gut französisch als gut preußisch gesinnt, „*denn was ging uns Preußen an? Es war die Persönlichkeit des großen Königs, die auf alle Gemüter wirkte*“. Der große König selbst hatte für eine deutsche Nationalkultur nichts übrig. Er verachtete die deutsche Sprache und Literatur und lebte ganz in der französischen Geisteswelt. Der große französische Historiker Michelet nennt ihn „den großen Franzosen in Sanssouci“. Der Staat war für Friedrich reinen Machtkörper ohne inneren Bezug auf das Volk. Er dachte quantitativ und dynastisch und beurteilte es nach den Kategorien und Kriterien der Staatsraison. Man rühmte seine Toleranz und die mechanistische Präzision des Staatsapparates, den er schuf, aber große Deutsche wie Winckelmann („*mein Vaterland drückt der größte Despotismus, welcher irgend erdacht war*“) und Lessing („*Preußen, das sklavischste Land in Europa*“) übten harte Kritik. Novalis bezeichnete Preußen als seelenlosen Maschinenstaat, und selbst Ernst Moritz Arndt schrieb noch 1806: „*alles nur Maschine! Ja, Maschine, Maschine!*“. Mirabeau, einer der Väter des französischen Nationalstaates, wird nach einem langen Aufenthalt in Preußen in einem Buch über Preußen schreiben, Preußen sei nicht ein Staat, der eine Armee, sondern eine Armee, die einen Staat besitze.

Aber es gab nichtsdestoweniger einen preußischen Staatspatriotismus, der manche Seele ergriff. Der Pietismus schuf daraus eine Art von vaterländischer Erweckungsbewegung, darin sich das Verhältnis des Untertanen zum Staat verinnerlichte. Für viele wurde er zu einer Art von irdischer Heilsanstalt und unmittelbar nach der offenbarten Wahrheit der Heiligen Schrift zum höchsten irdischen Wert. Patriotismus wurde dort verstanden als Dankbarkeit der Rechtschaffenen für die vom Fürsten empfangenen Wohltaten; so formulierte der in preußischen Diensten stehende Schwabe Thomas Abbt.

II.

Herder war es, der in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ (1787) einen neuen Volksbegriff definierte, von dem in Deutschland und in den westslawischen Völkern ein neuer Begriff der Nation ausging, der unendlich fruchtbar und oft schrecklich mißverstanden und nationalistisch mißbraucht wurde, obwohl er ganz und gar in weltbürgerlicher Absicht konzipiert worden war. Herder lehrte, die Völker sind Geschöpfe Gottes, die wachsen und vergehen; ihren Wert und ihre Würde beziehen sie aus dem ihnen angeborenen und sich erzeugenden Charakter, in dem ein ganz eigentümlicher Volksgeist waltet. Freilich beruht der Ruhm der Nation nicht auf dem barbarischen Geist der Erorberung, und unter den Völkern sind keine vor Gott besonders ausgewählt. Indem jedes Volk sich selber sucht, wird von allen auf besonderen Wegen die Wahrheit gesucht und so der Garten der Menschheit von allen bebaut. Die Menschen müssen ihre Nation lieben, aber diese Liebe darf nicht verhindern, das allgemein Gute zu erkennen. Je mehr eine Nation von jeder anderen deren Bestes zu sich holt, desto mehr wird sie das ihr Angelegte zum Besten der Menschheit und zu ihrem eigenen Besten entwickeln und entfalten können. Die „politischen Maschinen“ mögen von den Kabinetten gegeneinander gerückt werden, bis die eine die andere zersprengt. Vaterländer rücken nicht auf diese Weise aneinander, sie liegen ruhig nebeneinander und stehen sich als Familien bei.

Vaterland gegen Vaterland im Blutkampf sei der ärgste Barbarismus der menschlichen Sprache. Der natürliche Staat kenne allerdings nur ein Volk mit einem Nationalcharakter. Darum dürfe es keine Verschmelzung der

Nationen geben. Später hat Mazzini für Italien diese Lehre übernommen und mit dem voluntaristischen Prinzip gekoppelt, auch er nicht aus aggressivem Nationalismus, sondern weil er der optimistischen Meinung war: wenn alle Völker ihren Staat gefunden haben, sind sie saturiert und werden keine Forderungen mehr gegen einander stellen. Eine Welt aus lauter ethnisch saturierten Nationalstaaten werde eine Welt des Friedens sein.

Es kam die Französische Revolution; ihr Leid und ihr Pathos begannen mächtig auf Denken und Gemüt der besten Deutschen zu wirken: Klopstock, Fichte, Schiller, Hölderlin, Hegel, Görres ... Überall pflanzte man Freiheitsbäume, bis dann der blutige Schrecken die Schwärmer ernüchterte. Zwar sang Hölderlin noch sein „Heilig Herz der Völker, Vaterland,“ aber er sieht Germanien als Ratgeberin der Könige und der Völker. Novalis schrieb „Die Christenheit oder Europa“, worin es heißt, der Europäer stehe so hoch über dem Deutschen, als dieser über dem Sachsen. Es werde so lange Blut über Europa strömen, bis die Nationen ihren fürchterlichen Wahnsinn gewahr würden. Fichte entwickelte den Begriff der Kultur-nation, die ebenso universal sei wie national: Europa sei das Vaterland aller, insoweit es sich um das allgemeine handelt; wo es um das Besondere gehe, gelte das Gesetz der Nation, und da sei der vornehmste Staat jener, der auf der Höhe der Kultur stehe. In den Xenien verkündeten Goethe und Schiller: „Zur Nation Euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens. Bildet, ihr könnt es, dafür freier als Menschen Euch aus.“ Und Humboldt setzt an die Stelle des jakobinischen Etatismus das Streben nach individueller Bildung als den einzigen Weg, die menschliche Persönlichkeit in allen ihren Vermögen harmonisch zu entfalten.

Die napoleonischen Kriege und Preußens Wiedergeburt in den Freiheitskriegen weckten andere Töne. Nun gilt es, „ganz deutsch“ zu sein, das Welsche aus dem deutschen Wesen zu verbannen; nun gilt es, sich als die Nation zu begreifen, der es aufgegeben ist, das Unwesen eines Volkes, das unter der Trikolore in alle Völker eingedrungen ist und sie zu verfälschen droht, auszulöschen. Es kam zu dem schrecklichen Wort Kleists in der „Hermannschlacht“: „Schlagt ihn tot! Das Weltgericht tragt nach Euren Gründen nicht.“ Und 1813 schreibt Ernst Moritz Arndt sein Lied, „Was ist des Deutschen Vaterland“, in dem er, nach dem Lobe der spe-

zifisch deutschen Tugenden, schließt: „Das ist des Deutschen Vaterland/wo Zorn vertilgt den welschen Tand/wo jeder Franzmann heißet Feind/wo jeder Deutsche heißet Freund.“ Der Turnvater Jahn, der in einer gewissen deutschen Tradition als Demokrat gilt, verdammt in seiner Schrift „Deutscher Volksgeist“ das „*öde Elend wahngeschaffener Weltbürgerlichkeit*“ und fordert die Verbrennung undeutscher Bücher durch Henkershand. Eine Reihe deutscher Universitäten machte ihn zum Ehren doktor.

Auf dem Wiener Kongreß weigerten die Mächte im Verbund mit den deutschen Fürsten der deutschen Nation den Nationalstaat. Es geschah sowohl aus Eigensucht als auch aus Staatsräson: ein so volkreicher Nationalstaat im Herzen Europas werde Europa sprengen, zumindest aber das Gleichgewicht der Macht in gefährlicher Weise und auf Kosten des Friedens in Frage stellen. Es gab viele patriotische Deutsche, die diese Notwendigkeit einsahen und den Deutschen Bund als eine mögliche Lösung der Probleme betrachteten, wie die Existenz einer sich politisch begreifenden deutschen Nation mit den Erfordernissen der politischen Dynamik der Staatenwelt zu vereinen wäre. Dieser schöne Gedanke sei ein künstlicher Gedanke gewesen, meint Golo Mann und hat wohl recht damit. Jedenfalls konnte man die deutsche Jugend damit nicht begeistern, auch nicht jene, die die Impulse aufgenommen hatte, die von der Französischen Revolution ausgegangen waren, ganz zu schweigen von jener, die Hegel gelesen hatte.

Nun konnte und mußte man von einer kulturellen und politischen deutschen Nation sprechen. Doch wer gehörte wirklich dazu und wie sollte sich ihr politischer Charakter manifestieren? Die Deutschen in Österreich fühlten sich als Glieder der deutschen Nation; die Polen in Preußen mochten sich vielleicht als Preußen fühlen, als Glieder der deutschen Nation fühlten sie sich nicht. Die deutsche Nationalbewegung ist durch dieses Dilemma erheblich mitgeprägt worden. Die große demokratische und gerade darum nationale Bewegung, die zur deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche geführt hat, hat zum Teil darum nicht ihre Aufgabe erfüllen können. Die österreichisch-ungarische Monarchie, dieser Vielvölkerstaat und immer noch Großmacht, wäre zerbrochen, wenn ihre Deutschen in einen deutschen Nationalstaat eingegangen wären. Im-

merhin: die Farben Schwarz-Rot-Gold wurden zum Ausdruck des demokratischen deutschen Nationalgefühls.

Schließlich standen sich in der deutschen Diskussion Einheit und Freiheit gegenüber. Sollten zuerst in den Einzelstaaten die demokratischen Freiheitsrechte verwirklicht werden, die dann sicher zur Einheit führen würden? Oder sollte man zuerst auf die Einheit ausgehen, die sicher bald zur Demokratisierung des einen Deutschland führen würde? Der Streit, bei dem die liberalen politischen Kräfte Norddeutschlands, die sich vom englischen Liberalismus inspirieren ließen, und jene demokratischen politischen Kräfte Süddeutschlands, denen die politischen Bewegungen im nachnapoleonischen Frankreich vorschwebten, sich gegenüberstanden, wurde nicht ausgetragen. Der politische Kampf um Deutschland wurde zu einer Auseinandersetzung um die Führung im Deutschen Bunde. Bismarck trat auf die Szene und machte 1866 Preußen zum Kernstück eines politischen Prozesses, der 1870/71 zur Konstitution des Deutschen Reiches führte, dessen Kaiser der König von Preußen sein sollte. Für Bismarck stand dabei nicht die Deutsche Nation als Selbstwert im Vordergrund; er wollte sie unter Preußens Führung einigen, um Preußens Rolle in Deutschland zu sichern und auszubauen. Der Nationalstaat wurde zum Machtinstrument.

Vielen Deutschen war dies fremd. Doch der einstige Paulskirchenmann Julius Fröbel traf wohl das Richtige, als er 1859 schrieb: „*Die deutsche Nation ist der Prinzipien und Doktrinen, der literarischen Größe und theoretischen Existenz satt. Was sie verlangt, ist Macht, Macht, Macht. Und wer ihr diese Macht gibt, dem wird sie Ehre geben.*“ Für den Umschlag des Denkens der Gebildeten in jener Zeit ist folgende Geschichte charakteristisch: Vor dem Kriege von 1866 erklärte der berühmte Jurist von Ihering diesen Krieg als einen Frevel gegen alle Grundsätze von Recht und Moral: „*Welch grauenvolle Zukunft steht uns bevor!*“ Einige Monate später, nach dem Krieg, erklärte er: „*Ich habe dem Mann (Bismarck) alles, was er bisher getan hat, vergeben ... Ich gebe für einen solchen Mann der Tat hundert Männer der machtlosen Ehrlichkeit ...*“

So siegte in Deutschland eine politische Moral, welcher der Erfolg als das eigentliche Kriterium galt, und da man bei uns normalerweise keine silbernen Löffel stiehlt, fühlten wir uns trotz der Politik von Blut und Eisen als ein moralisches

Volk. Im Frankfurter Frieden von 1871 wurden gegen nur geringen Widerspruch Elsaß und Lothringen gegen den Willen ihrer Bevölkerung annektiert. Die Elsässer redeten zwar deutsch, aber seit der Französischen Revolution fühlten sie sich als Franzosen, und Franzosen wollten sie auch sein. Wir sehen darin die Bereinigung des Unrechts des „Raubs Straßburgs“ durch Ludwig XIV. und vergessen den durch die Französische Revolution herbeigeführten Bewußtseinswandel. Die Einheit der Nation erschien nun endlich hergestellt. Den wenigen, die Bedenken trugen, hielt Treitschke entgegen, die Annexionen seien eine heilige Notwendigkeit: *„Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden.“* Nun sei die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller deutschen Stämme, diese lockende Losung vaterlandsloser Demagogen jämmerlich zu Schanden geworden . . .

Zu jenen „vaterlandslosen“ Demagogen gehörten die Sozialdemokraten August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die im Reichstage gegen die Annexion stimmten. Wozu diese Politik geführt hat, wissen wir heute; sie hat die Völker Deutschlands und Frankreichs in verhängnisvoller Weise einander entfremdet. Wir waren besten Glaubens, aber Deutsche und Franzosen redeten heillos aneinander vorbei, weil die Deutschen sich auf den Herderschen Begriff der Nation (den sie freilich auf ihre Weise auslegten) stützten und die Franzosen auf den voluntaristischen Begriff, wonach die Völker selbst bestimmen, zu welcher Staatsnation sie je und je gehören wollen; die Nation sei ein Plebiszit, das sich jeden Tag im konkreten Verhalten der Menschen wiederholt, und nicht das Produkt der Sprache und der Abstammung.

Im Bismarck-Reich schlen eindeutig klar zu sein, was die deutsche Nation ist: die Summe der Staatsangehörigen des Deutschen Reiches und, gewissermaßen à la suite, die Österreicher, die sich der deutschen kulturellen Tradition verbunden fühlten. Das Bewußtsein, das diese Menschen verband, war fest und stark. Es waren darin alle Komponenten vertreten, die wir auf den verschiedenen Etappen des Werdegangs der deutschen Nation gefunden haben: Vorstellungen der Aufklärung, der Liberalen und Demokraten, viele Gedanken Herders, wenn auch oft unverstanden und Ideolo-

gisch zurechtgemacht; auf weltbürgerliche Zukunftshoffnungen gerichtete humanitäre Vorstellungen; starke Elemente, die man aus der Klassik und Romantik schöpfte; „Wacht am Rhein“-Fanfaren; ein immer wachsendes Bewußtsein der sozialen Verpflichtung der Nation gegenüber denen, die sich nicht selber helfen können; ein kräftiger, organisatorischer und technologischer Zukunftsoptimismus; das Gefühl einer besonderen deutschen Tüchtigkeit und Solidität; die Überzeugung von der Überlegenheit unseres Bildungswesens, und überall schimmerte etwas von der Hoffnung durch, am deutschen Wesen könne einmal die Welt genesen. Im konkreten Ausdruck dieser Vorstellungen gab es manches Lächerliche, manche Arroganz und auch manche doppelte Moral. Aber im großen und ganzen waren die Deutschen ernsthaft überzeugt, daß die Deutsche Nation so ihren adäquaten staatlichen Ausdruck gefunden habe. Die Ideologie-Kritik des Marxismus wurde nicht ernst genommen, höchstens von einigen Gelehrten und „Literaten“, denen man oft bestritt, ein positives Verhältnis zur Deutschen Nation zu haben.

Die schwere Zerreißprobe des Ersten Weltkrieges hat die Nation unter Schmerzen und Verstümmelungen bestanden. In den durch den Versailler Vertrag angeordneten Volksabstimmungen im Osten und im Norden haben erstaunlich viele Stimmberechtigte der betroffenen Gebiete sich zur Deutschen Nation bekannt. Es ist bemerkenswert, daß dabei der Teil der Bevölkerung, deren politischer Führer die angeblich vaterlandslosen Gesellen der Linken waren, mit diesem Bekenntnis hinter niemandem zurückstand.

Die Weimarer Republik hat das nationale Selbstbewußtsein der Deutschen nicht verändert. Es nahm demokratischere Formen an als bisher, insbesondere weil sich die organisierte Arbeiterschaft leidenschaftlich zum gesamtdeutschen Schicksal bekannte. Die Versuche ihrer Führer, den Begriff der Nation mit sozialen Inhalten zu füllen, scheiterte oft am Widerstand konservativer Kreise, deren Patriotismus häufig die zeitgemäße Fortsetzung abgestandener Traditionen und Gemütsbedürfnisse war und oft ein Klasseninteresse verhüllen sollte. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß sich das Bewußtsein verstärkte, daß das Wort Carlyles von den zwei Nationen in England — hier die Besitzlosen, dort die Besitzenden — nur dann gegenstandslos werden könne, wenn

sich die Nation auch als ein sozialökonomischer Konsensus begriff. Diese Vorstellung sollte sich nach dem Zweiten Weltkrieg beträchtlich verstärken.

Doch vorher kam die nationalsozialistische Epoche. Über deren Nation-Begriff brauchen nicht viele Worte verloren zu werden. Der darwinistisch-biologische-materialistische Begriff des Volkes, der von vielen geglaubt wurde und darin so manche Unart aus deutscher Vergangenheit zu mythischer Ungetümlichkeit verabsolutiert worden ist, ist ausgebrannt und abgetan. Es soll darum nicht weiter davon gehandelt werden.

Im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, der von den deutschen Machthabern in zynischer Verachtung jeder Art von Selbstbestimmungsrecht der Völker geführt worden ist, ist der deutsche Staat zunächst handlungsunfähig gemacht, dann von den Siegermächten in zwei Teile aufgespalten worden, in denen, zunächst für eine geschichtlich kurze Übergangszeit gedacht, zwei Staaten entstanden sind. Staatliche Einheit kann von fremden Siegern zerbrochen werden, die Einheit der Nation kann nicht von außen her zunichte gemacht werden. Solange die Deutschen sich als Nation wollen, lebt die Nation weiter, allerdings in einem anderen Aggregatzustand als bisher. Durch Manipulation und Gehirnwäsche totaler Regime läßt sich dieser Wille lähmen und auf Surrogate und neue Bildungen übertragen. Gelingt dies, so mag der Name bleiben, aber er bezeichnet dann eine andere Wirklichkeit.

III.

Auf beiden Seiten von Eibe und Werra spricht man von Deutscher Nation, in den Staatsverfassungen so gut wie in der Apologetik für den eigenen politischen Standpunkt und in der Polemik. Aber offenbar versteht man darunter beiderseits etwas anderes als der andere, sowohl in der Begriffssprache als auch im Gegenständlichen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik geht davon aus, daß trotz aller politischen Ereignisse die Einheit der Deutschen Nation nicht aufgelöst worden ist. Die politische Spaltung Deutschlands ist nicht von den Deutschen, sondern von den Siegermächten hervorgerufen und durchgeführt worden. Die Aufhebung dieser Spaltung ist ein Problem der staatlichen Politik, bei dem die Machtverhältnisse ihre Rolle spielen. Die Einheit der Nation aber

konnte von den Siegern nicht aufgehoben werden, denn ihre Existenz ist ausschließlich eine Frage des Willens der Deutschen, eine Nation zu sein. Daran dachte wohl Stalin, als er am Ende des Krieges davon sprach, die Regime könnten in Deutschland kommen und vergehen, aber die Deutsche Nation werde es immer geben. So ist einst trotz der polnischen Teilung und Zuordnung seiner Teile an fremde Staaten zwar der polnische Staat, aber nicht die Polnische Nation untergegangen, weil die Polen nicht aufhörten, sich als Glieder der einen Polnischen Nation zu fühlen. Es gab für Menschen polnischen Nationalbewußtseins drei verschiedene Staatsangehörigkeiten, doch ihrem nationalen Wesen und nationalen Anspruch nach blieben diese Menschen Polen, solange sie nicht aus eigenem Willen „konvertierten“ oder überhaupt ihr nationales Bewußtsein erlöschen ließen und sich damit begnügten, nicht mehr als bloße „Staatsangehörige“ zu sein, die ohne innere Beteiligung die Staatsgewalt, die sich von außen her bei ihnen eingerichtet hatte, erduldeten. So wird auch die Deutsche Nation bestehen, so lange die Deutschen sie wollen und so lange sie daraus für ihr Denken und Fühlen die Konsequenzen ziehen, was mit loyalen Verhalten gegenüber dem Staatsapparat, unter dem sie leben, durchaus vereinbar ist. Für diese politischen Konsequenzen ist jedoch von Bedeutung, was auf beiden Seiten die bestehenden Regime unter Nation verstehen.

Die Auffassungen in der Bundesrepublik lassen sich auf die Feststellung beschränken, daß sie die Nation als eine historisch entstandene pluralistische Lebensgemeinschaft ansieht, deren Glieder sich durch das gemeinsame Bewußtsein von einer „rechten“ Ordnung des Zusammenlebens und von den Werten, die den Sinn des Lebens ausmachen, verbunden fühlen und entschlossen sind, durch gemeinsame politische Wirksamkeit diese Lebensgemeinschaft zu erhalten. Wir verstehen darunter die politische Ordnung einer durch freie, geheime, unmittelbare, direkte Wahlen, bei denen kein Unterschied zwischen den einzelnen Bürgern gemacht wird, geordnete Demokratie, die Einbettung des menschlichen Lebens in das Recht, Gelbes- und Glaubensfreiheit, das Recht auf Eigentum, Ausschluß obrigkeitlicher Willkür, gleiches Recht für alle, das Recht aller, sich ohne Diskriminierung am öffentlichen Leben zu beteiligen, den Anspruch aller auf Ausbildung ihrer geistigen und seelischen Fähigkeiten,

Freizügigkeit, Sorgspflicht des Staates, kurz, die Werte, von denen das Grundgesetz ausgeht. Die Art der Wirtschaftsverfassung und die Gleichheit von Vermögen und Einkommen erscheinen nicht als begriffsnotwendige Voraussetzungen für die Möglichkeit der Existenz als Nation, doch nichts im Grundgesetz schließt es aus, daß beides zu einem Element des Zusammenlebens gemacht wird.

Nach der sowjetischen Theorie der Nation müssen noch weitere Voraussetzungen erfüllt sein, damit Nation sein könne. Stalin hat seinen Begriff der Nation wie folgt formuliert: eine Nation sei eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, die durch die Gemeinsamkeit der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und die sich in der Gemeinsamkeit der Kultur offenbarende psychische Eigenart geeinigt werden. In der seitdem vergangenen Zeit sind dieser Begriffsbestimmung weitere Elemente zugefügt worden: das nationale Bewußtsein als Bestätigung der Ordnungen, in denen sich das nationale Leben vollzieht, und der aus dem Bewußtsein des nationalen Befreiungskampfes entspringende Nationalstolz, einer auf dem Fundament des spezifischen Klassencharakters der jeweiligen Gesellschaft.

In der DDR wird die Definition der Nation im Kleinen politischen Wörterbuch von 1967 wie folgt gefaßt: *„Nation ist die Entwicklungsform der Produktivkräfte und der Kultur, deren historisch-konkreter Charakter durch die Konstellation und Wirkung der verschiedenen sozialökonomischen Klassen zum Wohl ihrer materiellen und ideologisch kulturellen Interessen geprägt wird.“* Diese Definition kann nur richtig verstanden werden, wenn man sie vor dem Hintergrund der marxistischen Geschichtstheorie zu begreifen versucht, wonach alle Geschichte sich in Klassenkämpfen vollzieht. Der Sinn der Geschichte ist aber Bewegung in Richtung auf den Fortschritt des Humanen, also die Abschaffung der Klassenherrschaft, darin Menschen durch Menschen ausgebeutet werden können. In einem Staat, dessen Wirtschaft und Gesellschaft kapitalistisch bestimmt wird, kann nationale Einheit nur als eine Ideologie gesehen werden, durch die das Klasseninteresse der Ausbeuter gesichert werden soll. Nation im reinen Sinn des Wortes kann es nur dort geben, wo Ausbeutung einer Klasse durch eine andere ausgeschlossen ist. Solange dieser Zu-

stand nicht hergestellt sei, bildeten allein die Werktätigen die Nation, denn ihre emanzipatorische Bewegung sei allein imstande, zu realer Freiheit aller, also zur Verwirklichung des Auftrags der Geschichte zu führen.

Für diese Art zu denken stehe die nationale Frage heute in unlöslichem Zusammenhang mit dem Kampf um die Lösung der Grundprobleme des gesellschaftlichen Fortschritts, und darum verbinde sich die nationale Bewegung heute wie zu allen Zeiten mit den großen revolutionären Bewegungen der jeweiligen Epoche. Heute sei die Zeit angebrochen, darin die Werktätigen ihre Emanzipation vollziehen, indem sie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufheben und damit die Gesellschaft zum ersten Male vermenschlichen.

Die Bundesrepublik dagegen behalte die kapitalistische Wirtschaftsform bei und habe damit alle Gefährdungen beibehalten, die der Menschheit durch den Kapitalismus drohen. Das Problem der deutschen Frage könne darum heute nicht die politische Vereinigung der deutschen Nation sein, sondern nur der Abbau aller imperialistischen und militaristischen Realitäten in der Bundesrepublik.

Der Bonner Staat sei ein Stück der amerikanischen Welt, die die Vergangenheit verkörpere, darum sei er vor dem Hintergrund des geschichtlichen Auftrages dieser Zeit historisch ausgehöhlt. Die humanistische Tradition der Arbeiterklasse habe eine höhere Qualität als die bürgerlich bestimmten Traditionen der Bundesrepublik. Das historisch Zeitgemäße und darum Höhere dürfe aber nicht dem Geringeren weichen. Die revolutionären Bewegungen der Arbeitnehmer stellten die wahre humanistische Tradition der Deutschen dar. Von ihr her müßten die anderen politischen und kulturellen Traditionen der deutschen Geschichte interpretiert werden. Die Werktätigen der DDR tragen ihren Staat; dieser sei darum der sozialistische Staat deutscher Nation und darum der Bezugspunkt für jede mögliche deutsche Einigung. Folgerichtig erklärte Ulbricht auf dem 7. Parteitag der SED 1967: *„Die Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten wird die Nation wieder zusammenführen.“*

Dies ist die Lage, vor der wir stehen. Nach der Ideologie der SED sind die Werktätigen beider Staaten die Deutsche Nation. Darum sei die DDR der wahre nationale Kernstaat der Deutschen. Die Bundesrepublik Deutschland sei antinational.

Ideologien totalitärer Staatsparteien sind nicht nur Privatmeinungen politischer Vereinigungen, sondern die Grundmaximen für das politische Handeln des Regimes, dem diese Parteien dienen. Auch wenn gewiß ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung anders denkt, muß man davon ausgehen, daß die DDR, solange sie sich als das wahre Gefäß und das historische Instrument der Deutschen Nation betrachtet, ihr politisches Verhalten nicht ändern wird. Sie kann, was sie als „Abgrenzung“ gegenüber der Bundesrepublik bezeichnet, mindern; aber auch ein schmaler Graben ist ein Graben.

Die Regierungen beider Staaten können miteinander Verträge schließen, um in Frieden nebeneinander zu existieren; aber solange diese beiden Staaten so sind wie heute, wird jeder nur sich als das Gefäß und das historische Instrument der Deutschen Nation betrachten können.

Dies kann uns von der moralischen Verpflichtung nicht befreien, alle seelischen und geistigen Kräfte, die auf die Existenz der einen Deutschen Nation Bezug haben, in uns selber immer lebendiger werden zu lassen, denn ohne ihren Beistand wird keine Regierung die politischen Voraussetzungen für die Erfüllung des Zieles, das uns das Grundgesetz stellt, schaffen können.

Ideen und Argumente des kritischen Rationalismus in Konfrontation mit Neomarxismus, Parteilichkeit des Denkens und Politisierung der Wissenschaft.

Hans Albert: **Konstruktion und Kritik**

392 Seiten, Leinen, DM 29,80
Kartoniert DM 22,—

Im Kontrast zu den heute vorherrschenden philosophischen Strömungen stellt Hans Albert als zentrale Problematik das Überbrückungsproblem heraus, die Frage, wie es möglich ist, die verschiedenen Bereiche unseres Lebens und Denkens — ihre Probleme und Lösungen — für einander kritisch und konstruktiv fruchtbar zu machen; eine Frage, die für das Verhältnis der Einzelwissenschaften zueinander, aber vor allem für das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis — Technik, Wirtschaft, Recht und Politik — von zentraler Bedeutung ist. — Hans Albert ist Ordinarius für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Universität Mannheim.

Hoffmann und Campe

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Klaus Günther

Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik Adenauer — Erhard — Kiesinger

Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge.

203 Seiten, broschiert 24,80 DM.

Zwanzig Jahre lang — von 1949 bis 1969 — stellte die CDU/CSU die Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Autor untersucht in seiner Studie die Auseinandersetzungen um die Kanzlernachfolge innerhalb der CDU/CSU seit Mitte der 50er Jahre. In vergleichender Perspektive zeigt er, welche Kräfte den Wechsel (Adenauer — Erhard, Erhard — Kiesinger) vorbereiteten und vollzogen, von welchen Maßstäben der Kanzlereignung eben diese Kräfte geleitet wurden und welchen zeitlichen Verlauf beide Nachfolgekämpfe nahmen. Die vorliegende Arbeit bietet mit dieser Analyse der intraparteilichen Kanzlerwechsel in der CDU/CSU einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Verständnis der deutschen Verfassungsgewirklichkeit seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

Günter Ebeholz

Altenhilfe als Gegenstand rationeller Infrastrukturplanung

Die Entwicklung eines methodisch verbesserten und empirisch abgesicherten Planungskonzepts im Bereich der Altenhilfe-Investitionen ist Gegenstand der vorliegenden Studie. Der Verfasser hat eine Bedarfsanalyse vorgenommen, die eine exakte Aussage über den zukünftigen Bedarf an Alten- und Pflegeheimplätzen möglich macht. Bemerkenswert ist, daß diese Bedarfsanalyse ganz erheblich von den amtlichen Statistiken abweicht. Mit Hilfe der Cost-Benefit-Analyse wird eindrucksvoll nachgewiesen, daß der Bau zusätzlicher Altenheime mit erheblichen ökonomischen Vorteilen verbunden sein kann.

Oktav, 207 Seiten, 1970, broch. DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV G M B H — H A M B U R G

Katholische Kirche und christliche Politik

Die Kirche als Institution gehört nicht dem staatlich-politischen Bereich, sondern dem der Gesellschaft an. Die Aufgabe des von den Prinzipien der Parität und der weltanschaulichen Neutralität bestimmten Staates gegenüber der Kirche ist die gleiche wie gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen: Er muß ihr nach Maßgabe des Gemeinwohls jenen Freiheitsraum gewähren, dessen sie zur Erfüllung ihres Auftrags bedarf. Die Kirche selbst hat im Staat und ihm gegenüber nur die Rechte, die ihren Gliedern als Staatsbürgern zustehen, und kann darüber hinaus gegenüber der staatlichen Rechtsordnung, keine Eigenrechte geltend machen. Das Kirchenrecht hat im Verhältnis zum Staat den Charakter einer privatrechtlichen Verbandssatzung. Staatskirchentum und öffentlich-rechtlicher Status der Kirche stehen in Widerspruch sowohl zur katholischen Staatslehre als auch zum Selbstverständnis der Kirche, so wie es sich in den Verlautbarungen des II. Vatikanischen Konzils darstellt.

Es ist deshalb irrig, von einer Partnerschaft zwischen Staat und Kirche zu sprechen. Der Staat ist so wenig Partner der Kirche wie er Partner etwa der Gewerkschaften oder der Arbeitgeberverbände sein kann. Partnerschaft ist möglich zwischen gleichgeordneten, innerhalb der Ordnung des gesellschaftlichen Ganzen auf der gleichen rechtlichen Ebene nebeneinander stehenden Personen oder Gemeinschaften. Staat und Kirche aber sind disparate, inkommensurable Gebilde. Der Staat ist oberste und abschließende diesseitige Gemeinschaft. Er ist gehalten, im Aufbau des Gemeinwohls das irdische Wohl und die natürliche Entfaltung seiner Bürger zu gewährleisten und mit den Mitteln des Rechts jedem einzelnen die Chance der Persönlichkeitsentfaltung zu sichern. Die Kirche dagegen ist die übernatürliche Heilsgemeinschaft der Christusgläubigen, die den Auftrag hat, das Evangelium, die im Liebesgebot gipfelnde Glaubensbotschaft, zu verkünden und auf ihre Verwirklichung im Leben der Gläubigen zu drängen. Nicht ohne

Grund betonen kirchliche Verlautbarungen nachdrücklich die völlige Verschiedenheit und Geschiedenheit von Staat und Kirche, in jüngster Zeit vor allem die Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils (vgl. Pastoralkonstitution n. 42, 76).

Die Kirche ist nicht in der Lage, kraft ihrer Sendung konkrete Normen politischen Verhaltens und Handelns aufzustellen. Deren Formulierung erfordert umfangreiches Sachwissen: Kenntnis der Eigengesetzlichkeit der natürlichen Sachbereiche, Analyse der jeweiligen gesellschaftlichen Situation, Kenntnis der Mittel, die geeignet sind gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu verhindern oder abzustellen. Die Kirche als solche kann keine politischen und gesellschaftspolitischen Leitsätze aufstellen, sie ist nicht in der Lage, Grundsatzklärungen abzugeben und Richtlinien zu bezeichnen, die für die Entscheidungen des Staates maßgeblich sein können. Sie ist nicht zuständig für Fragen der Rechtsordnung, der Sozial- und Wirtschaftspolitik, der Familienpolitik, der Schul- und Bildungspolitik. Die Lösung dieser Fragen obliegt allein der politischen Gemeinschaft der Staatsbürger und letztverantwortlich der sie repräsentierenden Staatsgewalt. Die Kirche, die allein dem Evangelium verpflichtet ist, läßt keine Zweifel darüber aufkommen, daß sie hier unzuständig ist: *„Die ihr eigene Sendung, die Christus der Kirche übertragen hat, bezieht sich nicht auf die politische, wirtschaftliche oder soziale Ordnung: Das Ziel, das Christus ihr gesetzt hat, gehört der religiösen Ordnung an“* (Pastoralkonstitution, n. 42).

Die Aufstellung politischer Handlungsmaximen und Ordnungsnormen ist also nicht Aufgabe kirchlicher Autoritäten, sondern der mit Sachverstand und Fachkenntnis ausgerüsteten Staatsbürger, insbesondere der Laien. Im Interesse einer deutlichen Abgrenzung der Zuständigkeit der Kirche von der des Staates bezeichnet es die Pastoralkonstitution als notwendig, daß *„klar unterschieden wird zwischen*

dem, was die Christen als einzelne oder in Verbänden im eigenen Namen als von ihrem christlichen Gewissen geleitete Staatsbürger tun, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Oberhirten tun" (n. 76). Ebenso eindeutig erklärt die Dogmatische Konstitution über die Kirche, daß *„die irdische Gesellschaft mit Recht den weltlichen Sorgen zugeordnet ist und darin von eigenen Prinzipien gefaltet wird“* (n. 36). Als Kirche, also „im Namen der Kirche zusammen mit ihren Oberhirten“, können die Christen nur das Evangelium verkünden, aber keine politischen Leitsätze aufstellen. Die Kirche ist nicht berechtigt, an den Staat Forderungen zu stellen, diesen oder jenen Lebensbereich im Sinne ihrer Lehren und Normen zu ordnen. Die Christen können nur als Staatsbürger, also „im eigenen Namen“, dem Staat gegenüber ihre Ordnungsvorstellungen zur Geltung bringen, dürfen sich dafür aber nicht auf die Autorität der Kirche berufen.

Weil aber für die Formulierung politischer, Richtlinien vorgegebene, oft schwer zu durchschauende und zu bewertende Sachzusammenhänge maßgeblich sind, können über politische Fragen *„auch unter Katholiken, selbst wenn sie ehrlichen Willens sind, Meinungsverschiedenheiten aufkommen“*, so erklärte schon Johannes XXIII. (Mater et Magistra, n. 239). Das II. Vatikanische Konzil nimmt diesen Gedanken auf und fügt hinzu, daß in solchen Fällen unterschiedlicher und gegensätzlicher Auffassungen über politische Ziele und Mittel *„niemand das Recht hat, die kirchliche Autorität ausschließlich für sich und seine eigene Meinung zu beanspruchen“* (Pastoralkonstitution, n. 43). Und an anderer Stelle der gleichen Verlautbarung wird den Christen die Pflicht auferlegt, *„berechtigte Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Ordnung irdischer Dinge anzuerkennen und die anderen, die solche Meinungen in angemessener Form als einzelne oder kollektiv verteidigen, zu achten“* (n. 75). Es ist leider nicht überflüssig festzustellen, daß diese Erklärungen des Konzils unterschiedslos für alle Katholiken gelten, für Laien, Priester und Bischöfe. Es ist keinem Bischof verwehrt, in einer bestimmten politischen Frage als Staatsbürger seine private Meinung zu äußern, es ist ihm aber nicht erlaubt, den Gläubigen diese seine private politische Meinung im Namen der Kirche als eine verbindliche, die Gewissen verpflichtende Norm aufzuerlegen.

Die Kirche vermittelt den Christen in der Verkündigung des Evangeliums die Kraft zur Erfüllung ihres Dienstes an der Welt, die tatsächliche Gestaltung der staatlichen Ordnung aber ist allein Sache der Staatsbürger. Um hier die letzten Zweifel zu beseitigen, weist das II. Vatikanische Konzil die Laien darauf hin, sie möchten sich nicht darauf verlassen, daß ihre Oberhirten in den jeweils andrängenden politischen Fragen sachkundig seien, daß sie *„konkrete Lösungen vorlegen könnten oder die Sendung dazu hätten“* (Pastoralkonstitution, n. 43). Ebenso deutlich weist Paul VI. alle Versuche zurück, politisches Handeln vorweg durch kirchliche Rückendeckung abzusichern: Die Laien mögen die Gestaltung der irdischen Ordnungen als *„ihre eigentliche Aufgabe“* in Angriff nehmen, und zwar *„in freier Initiative und ohne erst Weisungen und Direktiven abzuwarten“* (Populorum progressio, n. 81). Als „Trägheit“ bezeichnet der Papst das Verhalten jener, die nicht ohne geistlichen Rückenwind zu politischen Initiativen fähig sind. Daraus folgt auch, daß es kirchlichen Autoritäten nicht erlaubt ist, die Gläubigen auf eine bestimmte politische Partei festzulegen und ihr durch Wahlhirtenbriefe offene oder versteckte Wahlhilfe zu leisten.

Es muß der Entscheidung des einzelnen überlassen bleiben, welche Partei er für besser geeignet hält, dem Gemeinwohl zu dienen. Ganz im Sinne des Konzils und der Verlautbarungen Pauls VI. erklärte der Wiener Erzbischof, Kardinal König, daß die Kirche keine politischen Ratschläge erteilen könne, weil die Gläubigen selbst nach ihrem Gewissen entscheiden müßten, und die kirchlichen Amtsträger nicht in der Lage seien, ihnen diese Entscheidung abzunehmen. Politisch handeln könnten nur die einzelnen Gläubigen, so daß es eine tragische Verkennung der Situation sei, wenn katholische Laien der Ansicht seien, sie müßten im politischen Raum nach Weisungen der Bischöfe handeln oder auf solche Weisungen warten (vgl. Orientierung, 29, 141).

Der dem Gemeinwohl verpflichtete Staat hat — in strenger Beachtung der Gleichheit der Personenwürde aller Staatsbürger und ihrer unterschiedlichen weltanschaulichen Überzeugungen — das Recht jedes einzelnen zu sichern. Dieses aus der Personalität des Menschen resultierende Prinzip des Gemeinwohls ist das Grundgesetz jeder staatlichen Ordnung. Alle aus dem Raum der Gesellschaft an den

Staat herangetragenen Forderungen unterliegen der Norm der Gemeinwohlgerechtigkeit. Die Kirche kann also ihre ethischen Normen und Überzeugungen nur ihren Gläubigen verbindlich auferlegen, nicht aber als politisch zu verwirklichende Forderungen aussprechen. Sie hat nach ihrem eigenen, durch das II. Vatikanische Konzil unmißverständlich formulierten Selbstverständnis als Kirche nicht das Recht, vom Staat zu verlangen, eine bestimmte religiös-ethische Norm rechtlich zu sanktionieren. Das ist ausschließlich Sache der Staatsbürger. Über deren Verlangen, eine ethische Norm zur Rechtsnorm zu erklären, hat allein der Staat in der Orientierung am Gemeinwohl zu entscheiden. Normen des Sittengesetzes haben niemals als solche rechtliche Verbindlichkeit, sondern nur in der Vermittlung durch das vom Staat aufzubauende Gemeinwohl. Die mit Hilfe des Rechts zu gestaltende, den geschichtlichen Wandlungen unterworfenen Ordnung des Staates steht unter anderen Bedingungen und verfolgt andere Zielsetzungen als das von der Kirche auf der Grundlage der Offenbarung verkündete, auf das endzeitliche Heil des Menschen gerichtete Sittengesetz. Der Staat darf sich nicht als dessen Hüter verstehen und ist nicht befugt, religiösen Wahrheiten und sittlichen Normen der Kirche zur Geltung zu verhelfen. Die Grundsätze Karls des Großen, Bonifaz' VIII., des Kardinals Ottaviani und seiner Imitatoren sind von rechtsstaatlichen Prinzipien durch einen Abgrund geschieden. Der Staat hat nur die eine Aufgabe, seinen Bürgern jenen Freiheitsraum zu gewähren, der es ihnen ermöglicht, entsprechend ihrer persönlichen Überzeugung ihrem Dasein eine sinnvolle Erfüllung zu geben.

Mit Recht wird also katholischen Politikern von der Kirche die Illusion genommen, von ihren Oberhirten Wegweisungen für ihr politisches Handeln zu erwarten. Als Politiker sind auch christliche Politiker nur dem Gesetz des Gemeinwohls und dem in dieses eingeschlossene Gebot der Toleranz verpflichtet und deshalb gehalten, „auch andere Auffassungen mit dem gebührenden Wohlwollen zu prüfen“ und „nicht überall auf ihr eigenes Interesse zu schauen“ (Mater et Magistra, n. 239; vgl. auch Pastoralkonstitution, n. 75). Auch wenn es politisch möglich wäre, bleibt es Katholiken unerlaubt, Andersdenkenden katholische Normen und Verhaltensweisen aufzudrängen, die deren Gewissen belasten. Ein katholischer Politiker

kann höchst unkatholisch handeln, wenn er eine Norm der katholischen Ethik ohne Orientierung am Gemeinwohl, also unter Verletzung der Sachgerechtigkeit, politisch durchzusetzen versucht. Es kann einer Regierung nicht der Vorwurf unchristlicher Haltung gemacht werden, wenn sie die Forderung nach Juridifizierung der ethischen Norm einer christlichen Konfession, gemessen am Gesetz des Gemeinwohls, als zu leicht befunden zurückweist. Dem Anspruch der Gemeinwohlgerechtigkeit als dem obersten staatlichen Ordnungsprinzip ist auch die Kirche unterstellt.

In der Politik geht es darum, unter der Wegweisung des Gemeinwohls Probleme anzugehen, die vor dem Hintergrund eines komplexen Gefüges vorgegebener religiöser, weltanschaulicher, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Komponenten gelöst sein wollen. Christentum und christliche Lehre in ihrer geschichtlichen Gestalt sind für den Politiker nur ein Element des vielschichtigen gesamtgesellschaftlichen Sachzusammenhangs, der den Horizont jeder politischen Einzelentscheidung bilden muß. Sie ist sachgerecht nur möglich unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Interdependenz, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die verschiedenen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens in Wechselwirkung und Abhängigkeit zueinander stehen und Infolge dieses Gesamtzusammenhangs jede politische Entscheidung das Ganze des staatlich-gesellschaftlichen Gefüges und also jeden einzelnen trifft. So kann beispielsweise die Gewährung staatlicher Beihilfen an konfessionelle Privatschulen nicht isoliert, unter Begrenzung auf den religiösen Aspekt, beurteilt werden, da sie auch kulturelle, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen hat.

Gegenwärtig ist die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung von stärkster Aktualität. Es geht nicht darum, ungeborenes Leben dem Schutz des Staates zu entziehen, sondern nur um die eine Tatsache, daß es nicht möglich ist, mit Hilfe strafrechtlicher Regelungen das Leben des ungeborenen Kindes zu schützen. Die Dunkelziffer, die Zahl der strafrechtlich nicht erfaßbaren Tatbestandsverletzungen, läßt sich selbstverständlich nicht exakt ermitteln. Sie liegt, wenn man sich an den Durchschnitt der vorliegenden Schätzungen hält, etwa bei 99,7 Prozent, wobei man über die Ziffern hinter dem Komma streiten mag. Entscheidend ist die Tatsache, daß sich die verschwindend geringe Zahl

der strafrechtlich erfaßbaren Fälle ausnahmslos zusammensetzt aus Angehörigen der unterprivilegierten, der wirtschaftlich schwachen und benachteiligten Schichten, aus armen und hilflosen Mädchen und Frauen, die in einer schwierigen Lebenslage keinen Ausweg gefunden haben; die dann vielleicht noch in die Hände eines Pflüschers geraten sind, der ihnen lebensgefährliche gesundheitliche Schäden zufügt. Und ausgerechnet diese unglücklichen Menschen sollen in ihrer Not auch noch bestraft werden. So will es das Gesetz, und so will es ein Teil der sich christlich nennenden Staatsbürger. Der § 218 ist unter den gegebenen Umständen niederträchtiges Gesetzes-Unrecht. Daß Christen sich hergeben, dieses Unrecht zu verteidigen, gehört zu den empörendsten Verletzungen des christlichen Liebesgebotes, die überhaupt denkbar sind.

Unter der Überschrift „Braune Gespenster stehen auf“ stellt die „Neue Bildpost“ fest: *„Geht man einmal davon ab, menschliches Leben uneingeschränkt unter den Schutz des Staates zu stellen, so gelangt man nach Abtreibung und Sterilisation auch eines Tages zur Euthanasie“* (vgl. KNA, 1972, Nr. 8). Die grenzenlose Verlogenheit und Volksverhetzung des CDU/CSU-Christentums gehört zum Bild unserer politischen Landschaft. Hier erreicht sie einen Höhepunkt, der kaum zu überbieten ist. Wer unter denen, die sich für eine Reform des § 218 einsetzen, will menschliches Leben dem Schutz des Staates entziehen? Es handelt sich nur darum, eine gesetzliche Bestimmung zu ändern, die jenen Schutz nicht gewähren kann und nichts als schreiendes Unrecht darstellt. Und haben sich jene Schreiberlinge auch schon einmal nach den „braunen Gespenstern“ in England und den skandinavischen Staaten umgesehen, in denen die Schwangerschaftsunterbrechung straffrei ist? Die bisherigen Diskussionen haben allerdings gezeigt, daß es ein aussichtsloses Unterfangen ist, sich mit Scheuklappenträgern und Demagogen in sachlicher Argumentation auseinanderzusetzen. Sie sind glücklich darüber, eine Chance entdeckt zu haben, die SPD zu diffamieren. Das gehört zu ihrem Verständnis von Christentum.

Inzwischen ist es schon so weit gekommen, daß kirchliche Amtsträger im Blick auf Entwürfe zur Abänderung des § 218 erklären, jene Abgeordneten, die nicht bereit seien, die Unantastbarkeit ungeborenen Lebens auf der Basis

des § 218 zu gewährleisten, seien für Katholiken nicht wählbar. Abgesehen von der Tatsache, daß hier Politiker in ihrem redlichen Bemühen um die Beseitigung bestehenden Unrechts disqualifiziert werden, zeigt sich in solchen Äußerungen ein Rückfall in die Zeiten des Gewissensterrors und der Inquisition. Hier wird kirchliche Macht über den Staat beansprucht und die politische Atmosphäre vergiftet. Die Katholiken werden auf die Linie der Unionsparteien festgelegt, um zugunsten dieser die nächste Bundestagswahl zu entscheiden. Das Wort des Kardinals König, daß sich die Kirche nicht in ein parteipolitisches Freund-Feind-Verhältnis hineinziehen lassen könne, ohne dabei schweren Schaden zu nehmen (vgl. Orientierung, 29, 141), ist trotz der präzisen Erklärung des II. Vatikanischen Konzils noch immer nicht die allgemeine Überzeugung des deutschen Katholizismus.

Mag es sich in jenen Fällen kirchlicher Propaganda für die CDU/CSU um die Entgleisungen einzelner handeln, so wiegt es bedeutend schwerer, wenn sich die Deutsche Bischofskonferenz in einem an die Regierung gerichteten Protest gegen deren Reformplan zur Änderung des § 218 richtet. Es kann den Bischöfen nicht unbekannt sein, daß das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung moraltheologisch kontrovers ist. Wenn sie es dennoch für geboten erachten, an der traditionellen Lehre kompromißlos festzuhalten, haben sie nur die eine Möglichkeit, sich an die Gläubigen zu wenden und diese zur Einhaltung der überkommenen Normen aufzufordern. Mit ihrem an die Regierung gerichteten Protest gegen eine politisch zu treffende Entscheidung überschreiten die Bischöfe ihre Zuständigkeit, sie verletzen damit eindeutig die ihnen durch die Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils gezogenen Grenzen und desavouieren jene Prinzipien, an deren Formulierung sie selbst mitgewirkt haben. In der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung geht es um eine am Gemeinwohl orientierte, die Gewissensüberzeugung aller Staatsbürger respektierende sachgerechte Entscheidung, für die ausschließlich der Staat zuständig ist, für die der Kirche Sachkunde und Zuständigkeit fehlen.

Die Problematik unseres Themas reicht aber noch weiter. Weil das Gemeinwohl oberste Norm der Staatstätigkeit ist und aus dem Evangelium keine politischen Leitsätze ableitbar

sind, fehlen auch die Voraussetzungen, die eine politische Partei berechtigen könnten, sich als „christliche“ Partei zu bezeichnen. Aus dem Kern der christlichen Ethik, dem Liebesgebot, ergibt sich für den Christen die Verpflichtung zu politischem Handeln, die Verpflichtung zur Mitarbeit am Aufbau einer gerechten Gesellschaftsordnung als einem Dienst am Nächsten. Weil aber Staat und Gesellschaft „den weltlichen Angelegenheiten zugeordnet“ sind und „darin von eigenen Prinzipien geleitet“ werden (Dogmatische Konstitution über die Kirche, n. 36), kann auch ein christlicher Politiker keine christliche, sondern nur sachgerechte Politik treiben, ebenso wie ein Arzt nicht mit Hilfe „christlicher Grundsätze“, sondern nur „lege artis“, nach den Regeln der Medizin, einen Blinddarm operieren kann. Das „Christliche“ kann für den Chirurgen als Chirurgen nur der Impuls sein, mit größter Exaktheit nach den Regeln der Chirurgie zu operieren und nicht mehr nach der Lanzette zu greifen, wenn die Hand zitterig geworden ist. In gleicher Weise kann sein christliches Gewissen den Politiker als Politiker immer nur mahnen, sich in seinen Entscheidungen um ein Höchstmaß an Sachgerechtigkeit zu mühen. Der Begriff einer „christlichen Partei“ und einer „christlichen Politik“ ist ebensowenig zu rechtfertigen wie die Bezeichnung „christliche Medizin“ oder „christliche Müllabfuhr“.

In der Politik geht es um eine von den Prinzipien der personalen Hoheit und Gleichheit jedes einzelnen geleitete sachgerechte Ordnung menschlichen Zusammenlebens. Das hat mit Christentum nichts zu tun. Aus dem Evangelium ergeben sich für den Christen nur Antriebskräfte, sich mit äußerster Intensität um diese Sachgerechtigkeit zu mühen, nicht aber konkrete Wegweisungen für sein politisches Handeln. Die CDU/CSU hat aus wahltaktischen Gründen ihre ganze ideelle Kraft aufgeboten, ihre angeblichen „christlichen Grundsätze“ zu begründen und zu formulieren. Sie mußte darauf verzichten, weil ihr das nicht möglich war, ohne sich zu blamieren, und weil es ihr trotz stärksten Bemühens nicht gelang, sich damit noch länger durchzulügen. Um dennoch die Fassade zu retten, versucht man es neuerdings mit der „Politik aus christlicher Verantwortung“.

Selbstverständlich trägt jeder Christ, der seinen Glauben ernst nimmt, eine ihn in allen Lebensbereichen beanspruchende Verantwortung.

Es ist aber keine *differentia specifica* zu erkennen, die sich von der christlichen Verantwortung her für die Gestaltung des politischen Lebens ergibt und hier zu anderen Leitsätzen führt, die sich von denen verantwortlich handelnder Nichtchristen unterscheiden. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß nach den wiederholten Erklärungen führender Unionspolitiker die CDU/CSU jedem, unabhängig von Konfession und Weltanschauung, offensteht, also auch Nichtchristen und Atheisten. Wie will man unter diesen Umständen die Inhalte einer „christlichen Politik“ und einer „Politik aus christlicher Verantwortung“ bestimmen? Niemand ist in der Lage, darauf eine Antwort zu geben.

Das ideale Fundament der CDU/CSU können also nicht christliche Grundsätze sein, sie hat überhaupt keine Grundsätze. Ihr Prinzip ist die Prinzipienlosigkeit, ein charakterloser Pragmatismus, dessen besondere Verächtlichkeit darin besteht, daß die Religion zum Mittel der Politik degradiert und in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt wird — Geist vom Geist der Restauration des 19. Jahrhunderts, den Charles Maurras klassisch formulierte: *„Je suis athée, mais je suis catholique.“* („Ich bin Atheist, aber katholisch.“) Diese Ideologisierung und Funktionalisierung des Christentums für parteipolitische Zwecke ist die letztmögliche Aufgipfelung eines politischen Nihilismus, der ausschließlich die Macht um der Macht willen erstrebt, ohne Rücksicht darauf, ob dabei die Ordnung des Staates zugrunde geht. Daß dieser politische Nihilismus immer noch mit „nützlichen Idioten“ rechnen kann, wenn er sich nur geschickt genug christlich zu tarnen weiß, und sogar die Unterstützung kirchlicher Amtsträger findet, bezeugt den Tiefstand der Moral und der politischen Ethik innerhalb des deutschen Katholizismus.

Es ist ein Skandal, daß „die Maßstäbe politischer Sauberkeit innerhalb der CSU schlechthin fehlen“ und „die auf die Korruption des öffentlichen Lebens angelegte Persönlichkeit des CSU-Vorsitzenden“ (Spiegel, 1970, Nr. 48), der machtbessenen gegen das Gesetz Verhaftungen zu dekretieren wagte, in einem Rechtsstaat überhaupt eine politische Rolle spielen kann. Daß Männer, die das Parlament belügen, die in Korruptionsaffären und Meinungsprozesse verstrickt sind, sogar noch der Rückendeckung durch kirchliche Autoritäten sicher sein dürfen, ist beschämend für die Ka-

tholische Kirche in Deutschland und für die Bundesrepublik überhaupt. In der Tatsache, daß das Ethos der demokratischen Kräfte nicht ausreicht, solche Männer aus dem politischen Leben zu entfernen, kündigen sich Verfall und Auflösung der freiheitlich-demokratischen Ordnung an. Man beginnt zu begreifen, daß eine Elite der studentischen Jugend den Staat, in dem eine destruktive Partei von der Art der CDU/CSU möglich ist, als Unrechtsstaat versteht. Es trifft durchaus zu, wenn Günter Grass behauptet: *„Ausgelöst durch Politiker wie Strauß und Barzel, Kiesinger und Heck ist eine politische Atmosphäre in der Bundesrepublik entstanden, die den politischen Mord in den Bereich des tagtäglich Möglichen gerückt hat. Die Kirchen schweigen nicht nur dazu, die Katholische Kirche deckt sogar diese Vorgänge“* (Evangelische Kommentare, 1, 1971).

Die Unionsparteien nehmen in allen entscheidenden politischen und sozialen Grundfragen die genaue Gegenposition zur katholischen Soziallehre ein. Während kirchliche Verlautbarungen unaufhörlich und mit einer nicht mehr zu steigenden Eindringlichkeit die Völker zur Politik des Friedens aufrufen, hat die CDU/CSU der Friedenspolitik der Regierung Brandt nur die Alternative des Kalten Krieges entgegenzusetzen und scheut nicht davor zurück, mit Hilfe der Ideologie des Anti-Kommunismus, der dumm-zynischen Apologetik des Faschismus und Militarismus, die Menschheit in die Katastrophe eines dritten Weltkrieges zu stürzen. Faschisten, Nationalisten und Revanchisten haben in der CDU/CSU ihre politische Heimat gefunden, um in diesem Sammelbecken des Rechtsradikalismus das Erbe der Harzburger Front zu mobilisieren und die Demokratie zu zerstören. „Der Feind steht rechts!“ Dieses Wort des Reichskanzlers Wirth ist in der Weimarer Republik wirkungslos verhallt und hat ihre Zerstörung durch das nationalsozialistische Verbrecher-Regime nicht aufhalten können. Sein Wort hat gegenwärtig angesichts der Bedrohung unseres demokratischen Staatswesens durch den Faschismus eine erschreckende Aktualität erlangt. Möge es von den Verantwortlichen gehört werden, bevor es erneut zu spät ist.

Wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch haben sich die Unionsparteien auf eine betont antisoziale Linie festgelegt und verstehen sich als politische Organisation des Großkapitals, des Großgrundbesitzes, der gesellschaftlich privi-

legierten Schichten. Immer dann, wenn die Demokratisierung der Gesellschaft, wenn Arbeiterinteressen, Mitbestimmung, Eigentumsbildung, Bodenreform, Steuergerechtigkeit und Gleichheit der Bildungsschancen zur Diskussion stehen, führt die CDU/CSU ihren Kampf gegen die wirtschaftlich schwachen, die unterprivilegierten und vom Kapitalismus ausgebeuteten Schichten, dies selbstverständlich sozial getarnt, so insbesondere mit Hilfe der verlogenen Phrase der „sozialen Marktwirtschaft“, die bislang von ihren Ideologen und Propagandisten weder theoretisch exakt definiert noch hinsichtlich ihrer Praktizierung erläutert werden konnte, da das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik vom antisozialen Kapitalismus monopolistischer Großbetriebe beherrscht wird. Das Erbe der christlich-sozialen Bewegung aber ist längst auf den Sozialismus übergegangen und hat in ihm seinen letzten Hort gefunden.

Infolgedessen hat die CDU/CSU nur die Möglichkeit, das soziale Anliegen des Sozialismus, das sich völlig mit dem der katholischen Soziallehre deckt, als Kommunismus zu diffamieren, um sich auf diese Weise als antisozialistische Sammlungsbewegung profilieren zu können. Sozialismus im Sinne des Godesberger Programms bedeutet die Forderung nach einem Höchstmaß an Gerechtigkeit auf der Basis des Prinzips personaler Gleichheit und Solidarität. Im Horizont einer so verstandenen sozialistischen Gesellschaftspolitik kann sich auch die katholische Gesellschaftslehre nicht anders als Sozialismus verstehen. Wollte man die katholische Soziallehre in ein Programm fassen, könnte man es nicht besser tun als in den Formulierungen des Godesberger Programms der SPD, das in katholischer Sicht eine Zusammenfassung christlicher Sozialprinzipien ist, *„kein Papst könnte es schöner sagen“* (O. v. Nell-Breuning). Und Paul VI. selbst hat das Godesberger Programm mit hoher Anerkennung bedacht.

Wenn jemals ein klärendes Wort der Bischöfe an die Gläubigen zur politischen Situation notwendig wäre, dann als Protest gegen die CDU/CSU, da der christliche Name von einer Partei mißbraucht wird, die sowohl in ihrer Ideologie als auch in ihrer politischen Praxis eine der verwerflichsten Konkretisierungen des Antichristentums ist, während die Impulse des Christentums dort wirksam sind, wo es in der Parteibezeichnung nicht erscheint.

Schriften zur politischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre

Hans-Hermann Hartwich
**Sozialstaatspostulat
und gesellschaftlicher
Status quo**

464 Seiten. Kart. DM 28,—.
Ln. vergriffen

Sozialer Kapitalismus oder demokratischer Sozialismus — das sind die alternativen Modelle des Sozialstaats nach dem Grundgesetz. Hartwich begnügt sich nicht mit der Analyse des „Negativkatalogs“ des herrschenden Sozialstaatsmodells. Er zeigt die Elemente der beiden nach dem Grundgesetz möglichen Modelle eines modernen demokratischen Sozialismus.

Carl Böhret
**Entscheidungshilfen
für die Regierung**

Modelle - Instrumente - Probleme
351 Seiten. Kart. DM 48,—
Ln. DM 65,—

Die vorliegende Arbeit behandelt zunächst mehrere Entscheidungskonzepte und stellt — nach der Entwicklung eines eigenen politischen Rationalmodells — verschiedenartige Techniken zur besseren Entscheidungsvorbereitung dar. An einem Beispiel erörtert sie die administrativen und politischen Probleme im Gefolge der angewandten Entscheidungshilfe.

**Simulation Innen-
politischer Konflikte**

Hrsg. von Carl Böhret
Ln. In Vorbereitung

In diesem Band werden erstmals neuentwickelte sozioökonomische und innenpolitische Simulationen als formalisierte, rechenbare Planbeispiele vorgestellt und im Hinblick auf ihre Bewährung und weiteren Möglichkeiten untersucht.

Heidrun Abromeit
**Das Politische
in der Werbung**

230 Seiten. Kart. DM 24,—
Ln. DM 36,—

Die Autorin demonstriert, wie sehr die heutige Wahlwerbung statt auf Vermittlung politischer Inhalte auf die Anwendung psychologischer Steuerungstechniken sich verlegt. Sie versucht nachzuweisen, daß diese Steuerungstechniken von politischer Relevanz sind.

Westdeutscher Verlag

Reise in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Ostern in der Oberlausitz —
Persönliche Begegnungen in der DDR

I.

Als sich die Möglichkeit abzuzeichnen begann, daß die West-Berliner in die DDR werden wieder einreisen können, schrieb die SED-Zeitschrift „Die Weltbühne“ im September 1971 unter anderem: *„Aus dem heißen Krieg kommend, sind die Westberliner seit 25 Jahren auf den Kalten Krieg gedrillt worden... Vielleicht erfolgt die geistige Gesundung, auf die wir warten und hoffen nicht sehr schnell... Viele wird diese Begegnung mit der sozialistischen Wirklichkeit doch zum Nachdenken anregen... Wir wollen sie nicht bevormunden; aber wir sollten dazu beitragen, daß sie uns und unseren Weg verstehen...“* Darum geht es; um das sich gegenseitig Verstehen, und dies ist nicht immer leicht.

Die Kontakte zu den Verwandten in dem kleinen Dorf in der Oberlausitz waren nie abgerissen. Briefe und Päckchen regelmäßig von hüben nach drüben und umgekehrt. Aber — nach mehr als 20 Jahren saß man sich plötzlich wieder gegenüber, und die Kinder, die inzwischen geboren waren, stiegen aus den Foto-schablonen als Studenten, Volksarmisten, Schüler, als Befürworter und Gegner charakteristischer Elemente des Staates DDR oder des Staates BRD. Nach anfänglichem Zögern und gegenseitigem Abtasten kam es bald zu dem offenen, vertraulichen Gespräch; drei Tage und drei Nächte lang.

Bier, Benzin und Salzstangen hatten sie aus der Tschechoslowakei besorgt. Das kleine Haus (70 qm, 20 Mark Miete im Monat) war mäßig warm geheizt und verbreitete ländliche Geborgenheit. Zweige in den Wohnungen, Sträucher und Bäume in den Gärten waren entsprechend dem alten Brauch der Sorben mit kunstvoll bemalten Ostereiern behangen. Das Gartengrundstück (1000 qm, 1,50 Mark Grundsteuer im Jahr) wurde aus dem Land des außerhalb gelegenen Rittergutes genommen und damals nach 1945 zugeteilt.

Die Studentin erzählte von ihrem preiswerten Zimmer in dem Studentenwohnheim in Dres-

den, das sie mit weiteren drei Kolleginnen teilt.

Der Stolz der Familie, der neue „Wartburg“, durch eine Erbschaft im Westen vor ein paar Monaten gekauft, macht die Familie beweglich. Breslau und Prag sind gleichermaßen nah und seit Anfang dieses Jahres ohne irgendwelche formellen Schwierigkeiten zu erreichen. Sie berichten, daß Polen und Tschechen gleichermaßen auf das deutsche Geld (gemeint hier die D-Mark der DDR) scharf sind, daß sie Kosmetika und Wodka in Polen, Nahrungsmittel und Benzin in der Tschechoslowakei einkaufen. Polen und Tschechen würden umgekehrt sehr gerne in das Land mit dem höchsten Lebensstandard im Ostblock, in die DDR, fahren und sich insbesondere auf die Warenhäuser in den Großstädten konzentrieren. In den Grenzgebieten sei es schon verschiedentlich zu Engpässen gekommen.

II.

Bei der Gestaltung der Städte und Dörfer haben die Verantwortlichen in der DDR den Westen nicht zum Vorbild genommen. Hier wurde die Sowjetunion in jeder Beziehung zum Beispiel für die SED. Für die Städte gilt die Kernbauweise und nicht das Prinzip der Satellitenstädte. Vom äußeren her gesehen, könnten die Neubauviertel Dresdens, von Görlitz oder Löbau auch Neubauviertel von Minsk, Omsk, Chabarowsk und Nachodka sein.

Vergleicht man das äußere Erscheinungsbild der Dörfer der Oberlausitz mit den Dörfern Polens, Rumäniens und der Sowjetunion, muß man sagen, daß hier die DDR bisher nicht im selben Umfange wie die östlichen Nachbarländer eine Politik der Investitionen und der Substanzerhaltung betrieben hat. Beim Anblick der Dörfer und der Gebäude in der Oberlausitz wird verständlich, daß Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED davon sprach, daß für die Substanzerhaltung mehr getan werden müsse, daß der Reparaturdienst mit mehr Mitteln ausgestattet werden müsse.

Den deutschen Kommunisten in der DDR kommt es wahrscheinlich nicht darauf an, die in der Barockzeit oder früher entstandenen Kirchen und Gebäude der Güter als „Erbe der deutschen Nation“ zu Schmuckstücken herauszuputzen. Andererseits ließe sich auch nach Meinung der SED wertvolle Bausubstanz heute als Bestandteil sozialistischer Volksgüter zum Nutzen aller besser erhalten, als dies bisher der Fall war.

III.

Am Karsamstag hatten wir Gelegenheit, an einer Jugendweihe teilzunehmen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, mit roten Fahnen ausgeschmückt, das Festprogramm versprach diesen Ablauf:

Einzug der Jugendlichen

„Weht, rote Fahnen, weht“

Rezitation

Quartett Nr. 1 – C-Dur – Presto

Festsprache und Gelöbnis

Überreichung der Urkunden und Geschenkbücher

Dank der Jugendlichen

Quartett Nr. 5 – Es-Dur – Allegro

Rezitation

„Die Sonne auf den Schultern“

Nationalhymne.

Der Ablauf des gesamten Programms war Routine. Von daher versteht man die laufenden Appelle der SED gegenüber der Bevölkerung, sich noch mehr zu engagieren. Auch die Festsprache wirkte gestanzelt. Der Redner, ein Kreissekretär der SED, sprach von oben nach unten gestanzelte Worte, wie wir sie – wenn auch in anderer Form und mit anderem Inhalt – aus Festerstunden im Westen ebenfalls kennen.

Für Zuhörer aus dem Westen wurde die ganze Sache allerdings da aufregend, als der Kreissekretär der SED plötzlich von einem „geeiligten sozialistischen deutschen Vaterland“ sprach. Sicher, er hielt sich an Inhalt und Geist der neuen sozialistischen Verfassung der DDR – war das im Sinne der Abgrenzungsideologie der SED? Aber dieser Satz wurde konsumiert von den Zuhörern wie jeder andere Satz auch, und nach den Schlußklängen des Streichquartetts des „Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen“ lief die Festgemeinde rasch auseinander.

Am Ostersonntag gingen wir zur Kirche. Der Kirchenraum war nur zu einem Viertel gefüllt;

meistens Ältere oder ganz Junge. Der Pfarrer gilt im Ort nicht als ein hundertprozentiger Befürworter der Aktivitäten der SED. In seiner Predigt sprach er in der Form von Gleichnissen die Vergänglichkeit weltlicher Herrschaften an; auch er sprach von der nationalen Frage, von der Not des gespaltenen Vaterlandes. Nach den letzten Klängen des Posaunenchores auch hier ein schnelles Auseinanderlaufen.

IV.

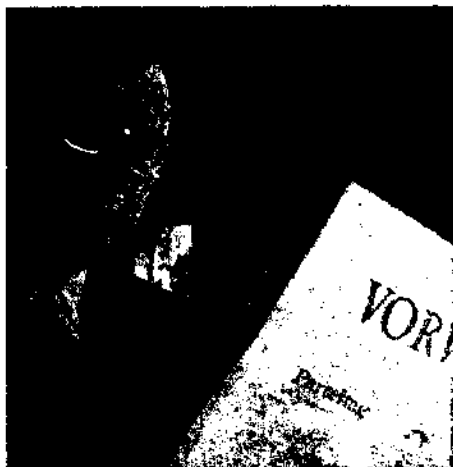
Der Osterbesuch in der Oberlausitz ging zu Ende. Die Offiziere der DDR am Grenzübergang Rudower Chaussee waren auf der Rückreise genau so freundlich und bemüht um einen schnellen und reibungslosen Durchgang. Das Anheben der Koffer genügte, die Kinder mußten nur ganz kurz aussteigen, fast entschuldigend wurden wir darauf hingewiesen, daß der Export von Landefern an sich verboten sei, man habe aber Verständnis und könne selbstverständlich dieses Dutzend mitnehmen.

Die Erfahrungen dieses Besuches und die Erfahrungen, die viele Freunde über Ostern in der DDR gemacht haben, haben dies gezeigt: Tausend berichtende Briefe und Hunderte von Päckchen sind weniger wert als die persönliche Begegnung. Eigene Anschauung ist durch keinen Bericht zu ersetzen. Alle Begegnungen sind eine innerdeutsche Angelegenheit in dem Sinne, als sie sich von Begegnungen mit Bürgern aus Österreich, der Schweiz oder Frankreich substantiell unterscheiden. Anders formuliert: die Deutschen in BRD und DDR sind nach wie vor unfähig zur Gleichgültigkeit zueinander. Die gesamte DDR (die SED, die CDU, die anderen Parteien, die Bürger) sind für die Ostverträge, wenn auch aus verschiedenen Gründen und Motiven. Unser Abschied wie der vieler anderer wird begleitet von der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen.

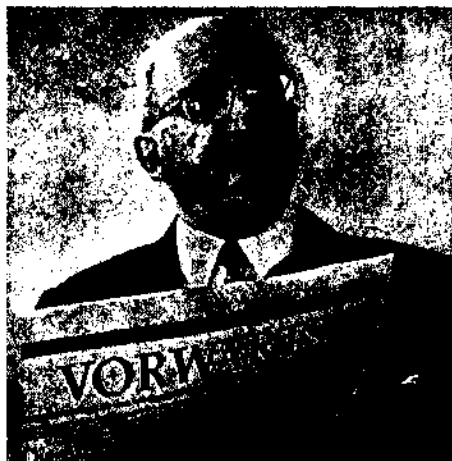
Eines Tages wird sich auch die SED zu den Problemen als innerdeutschen Problemen bekennen. Dann –, wenn sie mittels einer intakten Abgrenzungsideologie die Sicherheit gewonnen hat, daß ihr durch diese Begegnungen die Kontrolle in vollem Umfange erhalten bleibt. Die nächsten Treffen in Dresden und Rostock, in der Oberlausitz und in Mecklenburg werden nur stattfinden können, wenn von Bonn aus weiterhin eine Politik betrieben wird, die sich nicht die Liquidierung der DDR zum Ziel setzt.

Wir lesen den VORWÄRTS

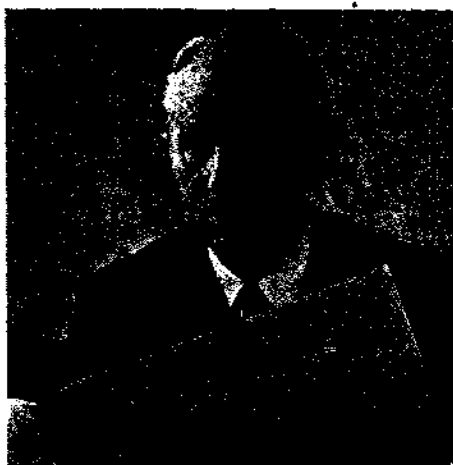
die maßgebende sozialdemokratische Wochenzeitung



KLAUS SCHÜTZ
Regierender Bürgermeister
von Berlin



HEINZ KÖHN
Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen



HEINZ OSKAR VETTER
Vorsitzender des DGB



DR. LAURITZ LAURITZEN
Bundesminister für
Städtebau und Wohnungswesen

Sie auch?

Bestellungen an: Neuer VORWÄRTS-Verlag • 53 Bonn-Bad Godesberg 1
Postfach 910 • Probeexemplare kostenlos

Jusos – Wähleranreiz oder Wählerschrecken?

**Der Wahlkampfanspruch von Oberhausen
und wie er sich auswirken könnte**

Vorbemerkung: Der Umbruch dieses Heftes erfolgte zwei Tage vor der Wahl in Baden-Württemberg; der Artikel wurde zu einem Zeitpunkt geschrieben, als noch nicht die Gewißheit bestand, daß die CDU durch hemmungslose Rot-Malerei und Ausnutzung von Juso-Schlagworten den Wahlkampf bestreiten würde.

Die NG wird sich in einem der nächsten Hefte ausführlich mit diesem Problem beschäftigen.

Wahlen haben die unangenehme Eigenschaft, daß zuvor niemand weiß, wie sie genau ausgehen. Wahlkampfstrategie ist deshalb immer hypothetischer Natur. Richtungsweisende Kriterien sind einzig die Erfahrungen vergangener Kämpfe und Wahlen; doch verbindlich sind auch sie allemal nicht. Das gleiche gilt für eine soziologische, insbesondere demoskopische „Aufbereitung“ der zu beachtenden Öffentlichkeit und ihre Einbeziehung in die Strategie. Mit Hypothesen ist zwar schon „vor dem Fall“, d. h. vor der Wahl ein lustig Auseinandersetzen, aber nur ein ebenso (anti-)hypothetisches – selbst wenn es sich um „Thesen zur Wahlkampfführung durch die Jungsozialisten“ für die Bundestagswahl 1973 handelt.

Da jedoch die Konzeption der Jusos Auswirkungen auf das Votum der Wähler für die Gesamtpartei hat (und vom Ziel, vom Wahlmechanismus her haben soll und muß), ist es weder autoritär noch anmaßend, wenn deren demokratisch legitimierte Gremien dort abgrenzen, „bremsen“ und Auflagen machen, wo sie durch die Juso-Konzeption vitale Interessen der Partei gefährdet sehen, wo der Gesamterfolg zugunsten eines Teilerfolges bei Zielgruppen, die durch diese Konzeption speziell angesprochen werden sollen, in Frage gestellt scheint.

Andererseits kann eine solche Kompetenz sich nicht bis in jede Einzelaussage erstrecken. Das heißt, den Jungsozialisten muß in der Tat der Freiraum zu einer eigenständigen Ansprache der ihr zukommenden bzw. von ihr ins Auge gefaßten Zielgruppen zugestanden werden.

Diesen Grundvoraussetzungen trug der Vorstand der SPD in seinem Sitzungskommuniqué vom 20. März 1972 zwar Rechnung; er stellte fest, „daß die grundlegenden Beschlüsse zu den Wahlkampfzielen und -aussagen der SPD allein von den legitimierten Organen der Partei gefaßt werden können. Die Arbeitsgemeinschaften sind selbstverständlich dazu aufgefordert, für ihre Verantwortungsbereiche eigene Beiträge zu leisten. Diese müssen sich aber im Rahmen des Gesamtkonzepts halten.“

Mit dieser allgemeinen Erklärung kann sich jedoch niemand zufrieden geben (am wenigsten natürlich die Juso-Arbeitsgemeinschaft). Es kommt nun darauf an, anhand der von der Partei festzulegenden Gesamtstrategie den Rahmen für die Teilstrategie der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten möglichst genau (als Absicherung für beide Seiten) festzulegen. Das aber kann nur im direkten Gespräch der Beteiligten (der Vorstände) bewirkt werden. Als Diskussionsgrundlage könnte, um überhaupt konkrete Bezugsgrößen als Ausgangspunkt des Gesprächs zu haben, das auf dem letzten ordentlichen Juso-Kongreß in Oberhausen verabschiedete Wahlkampfpapier sicherlich akzeptiert werden, nicht etwa weil es der Auffassung aller entspricht (das unterstellt seit dem Kommuniqué wahrscheinlich nicht einmal mehr der „Bayernkurier“ reinen Gewissens), sondern weil sich an ihm die Meinungen trotz eingeflossener Kompromißformeln deutlich scheiden lassen. Hinzuzuziehen wäre aber auch das von Heinz Kopp gehaltene, vom Juso-Kongreß vielbejubelte Referat „Bundestagswahl 73“, da es besonders zu Mißverständnissen und -deutungen Anlaß gab.

Was unangetastet, was ausgegrenzt und was nur modifiziert werden dürfte, läßt sich mit einiger Sicherheit schon jetzt sagen.

Partei und Jungsozialisten treffen sich – um zunächst Gemeinsamkeiten zu sondieren – in der Erkenntnis, daß die Hauptgefahr für die freiheitliche Rechtsordnung der Bundesrepublik, für die von den Organisationen der Arbei-

terbewegung in der Vergangenheit erkämpften Freiräume heute wieder (wie in der Weimarer Republik) von einer Sammlungsbewegung der konservativen, restaurativen und reaktionären Kräfte, die CDU und CSU in den vergangenen Jahren mit Erfolg unterwandert und umfunktioniert haben, ausgeht.

Insbesondere der Verlauf der Bundestagsdebatte um die Ostverträge ist als empirischer Nachweis der Behauptung Karsten Voigts: *„Führende Vertreter der CDU/CSU greifen in zunehmendem Umfang in ihren Reden Begriffe und Gedanken auf, die früher vorwiegend in rechtsextremen Kreisen Verwendung fanden“*, anzusehen. Man braucht nur den Wortlaut der Windelen-Rede zur ersten Beratung der Ostverträge im Bundestag zu nehmen und ihn mit Formulierungen und Begründungen, wie sie seit Jahren von der „National-Zeitung“ in die Welt geheckt werden, zu vergleichen, um diese These über den Bewußtseinsstand der CDU/CSU bestätigt zu sehen. Der Kulminationspunkt des Rechts-Trends der CDU und CSU ist jedoch noch nicht erreicht. *„Im Bundestagswahlkampf werden wir einen Höhepunkt dieser Rechts-Entwicklung erleben, welche durch die Bindung der Rechts-Kräfte an die CDU/CSU auch zahlenmäßig ein großes Potential darstellen wird“* (Heinz Kopp). Wie groß das Potential sein kann, ist aus dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl leicht abzulesen, wenn man unterstellt, daß NPD-Präferenzen, die jetzt in Richtung CDU/CSU tendieren — zumal auf bundespolitischer Ebene —, nicht gar so leicht durch eine sozialdemokratische oder sozialliberale Strategie aufzufangen sind.

Es fragt sich indes, ob gerade die Jusos das rechte Rezept parat haben, an der die kommende Wahl entscheidenden Fluktuationschwelle zwischen CDU/CSU und FDP/SPD zum Votum für die Regierungskoalition den ausschlaggebenden Anreiz abgeben zu können. Es fragt sich vor allem angesichts so markiger Worte wie: *„Wir wiegen uns nicht in der Hoffnung, den Sozialismus mittels Stimmzettel zu erreichen“* (Heinz Kopp) oder der Proklamation des *„Kampfes um weitergehende Ziele (Vergesellschaftung . . . ; Kommunalisierung . . .) und der Perspektive der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft (Vergesellschaftung . . .)“* (Thesen zur Wahlkampfführung durch die Jungsozialisten).

Natürlich wäre es Einfalt, dem Trug zu verfallen, mit dem Stimmzettel allein sei schon ge-

sellschaftlicher Fortschritt zu erreichen. Doch kein vernünftiger Politiker, schon gar kein Sozialdemokrat wird dem nach wie vor und auf absehbare, wenn nicht unbegrenzte Zeit (denn ein demokratischerer Regelmechanismus ist nicht in Sicht) mehrheitlichen Willen auslotenden Stimmzettel-Verfahren den vorrangigen Stellenwert absprechen, die günstigste, weil von den meisten getragene Ausgangsbasis für diesen Fortschritt herzustellen. Denn der Rahmen der Verfassung und des Staates sollte — auch für Jungsozialisten — als das effizienteste gesellschaftliche und politische Stellwerk erkennbar sein. Alle anderen gesellschaftsverändernden Momente funktionieren so gut, wie die Weichenstellungen des Rahmens es erlauben. Natürlich weiß das auch Heinz Kopp, und er hat es in Oberhausen auch zu verstehen gegeben: *„Was wir anstreben, in der heutigen Phase der politischen Auseinandersetzung, ist eine Parlamentsmehrheit, die die politischen Freiräume erhält, in denen soziale Reformen in allen Bereichen eingeleitet werden können.“* Um so unverständlicher erscheint der hölzerne, apodiktische Verbalradikalismus: *„Wir wiegen uns nicht . . .“*, man sollte sich wiegen, ehe man sich präsentiert.

Abgesehen davon, daß Schlagworte wie „Vergesellschaftung“ und „sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft“ immer noch Reizworte für Omas und Lieschen Müllers politische Panik darstellen, steht es einer sozialdemokratischen Organisation schlecht an, sie als weitgehende Ziele der politischen Bewegung auszugeben. Hier wird schlicht und gedankenlos Mittel mit Ziel verwechselt. Denn Ziel kann nur die weitere Humanisierung der Gesellschaft sein, die Erschließung weiterer Chancen zur Selbstbestimmung und -verwirklichung des einzelnen, respektive aller einzelnen. Im Zuge solcher Zielverwirklichung ist dort, wo die herkömmlichen Ordnungsprinzipien versagen und Chaos bedeuten (wie z. B. im Fall „Grund und Boden“), auch Kommunalisierung, Vergesellschaftung legitim; zumindest kann sie durch eine Anpassung des seit gestern geltenden Rechts an die veränderte, heute geltende gesellschaftliche Realität legitimiert werden.

„Auch die Jungsozialisten werden sich darauf einstellen müssen, daß sie von der CDU/CSU 1973 zum Aggressionsobjekt gemacht werden . . .“, sagte Karsten Voigt in Oberhausen. Trotz dieser richtigen Einschätzung rechtsdemagogischer Taktik wurde auf dem Kongreß

immer noch zuwenig auf die mögliche mißbräuchliche Verwendung jungsozialistischer Diktion durch die Rechte Rücksicht genommen. Zugegeben, bei der Mehrheit der Reden und Beschlüsse waren differenziertere, sachbezogenere Aussagen als je zuvor zu vermerken. Nichtsdestoweniger mochte man offensichtlich die Internen, seit München eingeübten Verhaltens- und Artikulationsmuster nicht ganz aufgeben, auch dort nicht, wo sie aufgrund von Erfahrung und Reflexion inzwischen sicher modifiziert oder weiterentwickelt worden sind. Das aber bedeutet unnötiger Ballast für die Gesamtpartei (und nicht nur für die Jungsozialisten, wie man nach Karsten Voigts Worten annehmen möchte) in der Auseinandersetzung mit der vereinigten Rechten.

Wer solche Bedenken anmerkt, setzt sich allerdings der Gefahr aus, selbst Bedenken (jetzt der Jusos) zu begegnen. *„Einige Vertreter der SPD meinen, den Angriffen von rechts dadurch entgehen zu können, daß sie diese Angriffe auf die Jungsozialisten beziehen und sie diese dann innerparteilich und öffentlich selber attackieren oder sogar verleumdern. Eine derartige Politik schwächt aber nicht die Angriffe von rechts auf die SPD, sondern liefert diejenigen Argumente und Kronzeugen, die die CDU/CSU braucht, um Wähler der SPD verunsichern zu können.“* — Ein Verweis auf die entsprechende Konstellation bei Angriffen von Jusos auf „rechte“ Sozialdemokraten (gegen die — die Angriffe — hier nichts gesagt werden soll) macht die weitere Diskussion darüber wohl überflüssig, so richtig der Einwand von der Sache her auch sein mag.

Die von den Jungsozialisten in ihren Thesen gesetzten Schwerpunkte in der Wahlkampfaus-einandersetzung mit der ideologisch fusionierten Rechten sind 1. konkreter Natur und deshalb 2. im großen und ganzen die der Gesamtpartei.

Ostpolitik, Mitbestimmung, demokratische Gesamtschule, Gesamthochschule, demokratische Planung im Städtebau, im Verkehrssektor, im Gesundheitswesen — erklärte Wahlkampfthemen der Jungsozialisten. Wo ist der Sozialdemokrat, der sich ihnen verschließen würde? — Ein Beweis mehr dafür, daß ein weitestgehender Konsensus in der Partei immer dann gefunden werden kann, wenn man sich zu konkreten, dezidierten Sachaussagen durchringt.

Anders, wenn die Pauschale grassiert. Zum Beispiel wenn da einfach behauptet wird, der

Wahlkampf der SPD sei seit 1961 *„darauf orientiert, die bessere technokratische Führungselite zu präsentieren“*. Wer das steif und fest behauptet, muß doch wohl auch — und das sicher ungerechterweise — z. B. Willy Brandt und Herbert Wehner meinen, weiß offensichtlich nichts z. B. von einem im April 1969 vom außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg verabschiedeten Regierungsprogramm, mit dem die SPD 1969 in den Wahlkampf gegangen ist und in dem die von den Jusos 1972 in Oberhausen beschlossenen Schwerpunkte größtenteils bereits enthalten sind: *„Verständigung mit dem Osten“, „Demokratie auch in der Wirtschaft“* usw. usf.

Weiter: Wie ist die Forderung zu interpretieren, die Partei müsse *„eine klare Alternative zur CDU/CSU“* bieten (von dem Anspruch, Jungsozialisten und andere Linke innerhalb der Partei müßten dafür sorgen, daß eine solche Alternative geboren werde, sei ganz abgesehen)? Vielleicht ist unbedarft, wer glaubt, die SPD habe in ihrer bisher entwickelten Programmatik und durch ihre bisherige (Regierungs-)Politik bewiesen, das sie eine Konzeption besitzt und es nun vielmehr an der CDU/CSU sei, eine Alternative zu formulieren, wenn sie weiterhin den Anspruch erheben will, konstruktive, zielgerichtete (außerhalb des Ziels der bloßen Machthabe) Politik zu betreiben...?

Wer aufgrund solcher oder ähnlicher Bedenken, wie sie hier in bescheidener Auswahl angemeldet wurden, den möglichen Wahlkampfbeitrag der Jusos kritisch zu sehen geneigt ist, sollte jedoch den ausgleichenden Charakter der Praxis nicht außer acht lassen. Das heißt, die praktischen Auswirkungen müssen nicht notwendig den theoretisch herzuleitenden, vom Charakter des Wahlkampfanspruchs abzuleitenden Auswirkungen entsprechen, weder in positiver noch in negativer Auslegung.

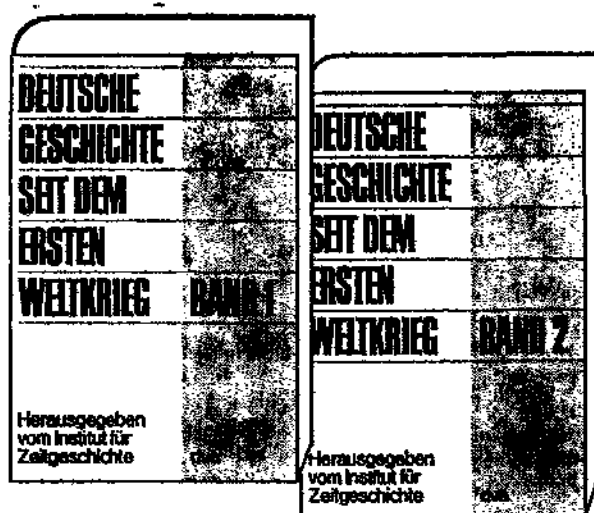
Die Partei wird auf den Beitrag der Jusos zum Wahlkampf nicht verzichten können und wollen. Der mögliche Streit um mögliche Ursachen und Wirkungen durch diesen Beitrag könnte durch einen vorherigen Kompromiß, durch Aus- und Absprache über das, was Vorwand zum Streit zu geben geeignet ist, in milde Bahnen gelenkt werden. Dann ist es auch müßig, daß — wie in der Vergangenheit — die einen Bremen, die anderen Hessen zitieren.

Der erste Band des umfassenden, zweibändigen Standardwerkes ist bereits erschienen.

Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

844 Seiten, Subskriptionspreis bis zum Erscheinen des 2. Bandes je Band DM 52,—, nachher DM 60,—. Die Abnahme des 1. Bandes verpflichtet zur Abnahme beider Bände.



Band 1: Helmut Helber, Die Republik in Weimar — Hermann Graml, Europa zwischen den Kriegen — Martin Broszat, Der Staat Hitlers.

Band 2: Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg — Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland — Dietmar Petzina, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert — Wolfgang Benz, Quellen zur Zeitgeschichte.

Band 2 erscheint im Frühjahr 1972. In jeder Buchhandlung erhältlich.



Deutsche Verlags-Anstalt

Zwischen den Gipfeln in Peking und Moskau

Von der bipolaren zur tripolaren Welt

Wir wissen sehr genau, wie die Welt vor den Gipfelkonferenzen ausgesehen hat. Gute und schlechte Erfahrungen bürgen dafür, richtige und falsche Urteile zeugen davon, die Grenzen am 38. Breitengrad und an der Elbe, die Kuba-Krise und der Vietnamkrieg, die Truman-Doktrin und die Breschnew-Doktrin, Westeuropas Stabilität und Prosperität, der Kalte Krieg, der nukleare Schrecken, ein Vierteljahrhundert Zeitgeschichte.

Wir haben eine Vorstellung, in der Hoffnungen und Befürchtungen einhergehen, wie die Welt nach den beiden Gipfelkonferenzen aussehen kann, wie sich die Veränderungen, die Richard Nixons Gipfeldiplomatie bewirken will und vielleicht auch bewirken wird, darstellen werden, für alle Beteiligten. Dazu gehören die Hauptdarsteller und die Chargen, jene, denen ihre Macht die Rolle des Subjektes zugewiesen hat, die sie selbstsicher und oft auch selbstgerecht beanspruchen, und die anderen, die sich ihrer Ohnmacht wegen in die Rolle des Objektes gedrängt fühlen, die nach Mittelmäßigkeit schmeckt, die Illusionen nährt, weil sie von der Furcht geboren werden, die die Abkehr vom Gewohnten erschwert, weil Schmerzen damit verbunden sind, weil Geduld vorausgesetzt und Mut gefordert wird.

Es ist wohl müßig, länger über den grundsätzlichen Wert der Gipfeldiplomatie zu rechten. Bedeutende Köpfe haben dazu ausgesagt, von Winston Churchill, der den Begriff „Summit“ nach dem Tode Stalins hoffnungsvoll prägte, bis zu George Ball, der sich vor der Chinareise Nixons mit einer bitteren Kritik zu Wort meldete, der klassischen Geheimdiplomatie den Vorzug gab und dafür auch sehr eindrucksvolle Beweise anzuführen wußte: den österreichischen Staatsvertrag, den Atomsperrvertrag, das Berlin-Abkommen. Es fällt gewiß nicht schwer, den alten Vorbehalten gegen die Gipfeldiplomatie nach den Erfahrungen in Peking neue hinzuzufügen. „Mr. Nixon ist der Gefangene vieler kleiner schwarzer Kästen“, sagte ein chinesischer Diplomat, als er das Gerangel und



Rolf Menzel

Geraufe der Kameramänner und Fotografen kommentierte, die dem Präsidenten auf Schritt und Tritt folgten. Diese offenerherzige Bemerkung aus chinesischem Mund gibt den Kritikern recht, die befürchten, daß die Gipfeldiplomatie zu einer Fernsehdiplomatie ausgeartet ist, daß der Hang oder Zwang zur elektronischen Selbstdarstellung, die innenpolitisch, die wahlpolitisch wirksam sein soll, zur außenpolitischen Belastung wird, die der Verhandlungspartner berechnen und entsprechend nutzen kann.

Und dann ist da natürlich der Zeitpunkt der Gipfelkonferenzen, vor den Präsidentschaftswahlen, der Kritik herausfordern, der Besorgnisse auslösen muß, daß Richard Nixon den Erfolgszwang als Reiseballast mit sich führt, den die Gastgeber nicht übersehen können. Es wäre töricht, wollte man glauben, daß der Versuchung widerstanden werden kann, sich sel-

ner zu bedienen, bei der Formulierung des Abschlußkommunikés z. B., das einen Mindest-erfolg ausweisen muß. Das Versäumnis würde mit Schwäche gleichgesetzt werden, die Ent-haltsamkeit wäre ein schwerwiegender Minus-punkt. Die sauersüßen Reden, die während des Abschlußbanketts in Peking gehalten wurden — das große Wort von der „Woche, die die Welt veränderte“, fiel erst am nächsten Tag in Shanghai —, als das zähe Ringen um die Wort-wahl hinter den Kulissen bis zum Morgen-grauen dauerte, sind ein beredtes Beispiel für die Erfolgsnot, zu der Erfolgszwang führen muß.

Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die Reisen monatelang vorher angekün-digt wurden, daß das Dreivierteljahr, das dem Pekingbesuch vorausging, denen, die ihn er-schweren oder gar verhindern wollten, genü-gend Zeit ließ, beides zu versuchen. Der Macht-kampf in China, der mit dem Verschwinden Lin Piaos und anderer Spitzenfunktionäre endete, ist nur ein Beispiel in der ganzen Serie von Gefahren, die die lange Vorankündigung her-aufbeschwor. Washingtons Haltung in der ben-galischen Krise, die den Russen zu einem be-trächtlichen Prestigegewinn verhalf und der Nixon-Regierung den Vorwurf der Hilflosigkeit eintrug, war in Wahrheit eine logische Folge der Reiseankündigung, eine Vorauszahlung auf den Reiseerfolg, der in Peking gesucht wurde. Neu Delhi wußte im Verein mit Moskau diese Situation ebenso folgerichtig zu nutzen.

Es ist sicherlich notwendig, diese und noch viele andere Bedenken gegen die Gipfel-diplomatie einzuordnen in den Versuch einer Zwi-schenbilanz, aber sie dürfen nicht bestimmend werden, weil sie sonst das Urteil trüben müs-sen, das ja von der Tatsache auszugehen hat, daß Peking hinter und Moskau vor uns liegt, daß wir uns schon bald mit den Folgen beider Gipfelkonferenzen auseinandersetzen müssen und die Begleitumstände dann nur noch als historische Nebenwerte gemessen werden.

Maßgebend für die Beurteilung muß das sein, was schon vor Peking der „Neue Pragmatismus“ genannt wurde, von dem Washington sich leiten ließ, und dann das, was nach Peking als „Parallelismus“ bezeichnet wurde, der nun-mehr die amerikanisch-chinesischen Beziehun-gen kennzeichnet. Der alte Ismus war schon vor Jahren in ersten Umrissen zu erkennen, als das übermächtige Amerika sich immer tie-fer in die Wirren Indochinas verstrickte, als sich

die militärischen Grenzen dieser Macht in den Dschungeln Vietnams und die politischen an der Heimatfront offenbarten, als Lyndon John-son zum Abtritt gezwungen wurde und beide Präsidentschaftskandidaten im Wahlkampf den größten Beifall erhielten, wenn sie versprachen, daß Amerika nicht länger die Rolle des Welt-polizisten spielen wolle, daß Amerika zwar eine Großmacht bleiben müsse, daß aber die Bürde, die mit dieser Aufgabe verbunden sei, besser, gerechter verteilt werden solle.

Der Wahlsieger Nixon, der bald darauf die Pa-role von dem Zeitalter der Verhandlungen aus-gab, das die Ära der Konfrontation ersetzen solle, löste dann dieses Wahlversprechen in der Asien-Doktrin ein, die er im Juli 1969 in Guam verkündete. Noch war von der Gefährlichkeit Rotchinas und von der alten Eindämmungs-politik die Rede, aber die Dehnbarkeit, die die Nixon-Doktrin auszeichnete, ließ ihm die Mög-lichkeit offen, die er schon damals konsequent verfolgte, nämlich den Dialog mit Peking zu eröffnen. Er sagte es sehr deutlich auf Guam — nie wieder Vietnam —, er wurde verstanden, in Peking schneller und besser als in anderen Hauptstädten, wo die Regierenden sich noch nicht von der Vorstellung gelöst hatten oder nicht lösen wollten, die sie von dem „alten“ Nixon bewahrten und zum Teil sogar pflegten, der in ihren Augen der militante Antikommunist der fünfziger Jahre geblieben war. War das vielleicht der Grund, warum die Wahl Nixons von der damaligen Bonner Regierung mit be-sonderer Genugtuung, ja Erleichterung zur Kenntnis genommen wurde? Warum man sich in Europa lange der Einsicht verschloß, daß die Guam-Doktrin zwar auf Asien gemünzt war, daß ihre Grenzen aber weiter gesteckt waren, daß sie nur ein regionales Beispiel für eine globale Strategie gegeben hatte?

Mit den eindrucksvollen Abzugsraten aus Viet-nam setzte Nixon dann weitere Zeichen, die den „Neuen Pragmatismus“ immer deutlicher her-vortreten ließen. An der Schwelle des Jahres 72, als er von den Redakteuren des Nachrich-tenmagazins „Time“ zum „Mann des Jahres“ gewählt wurde, eine Ehre, die ein Jahr zuvor Bundeskanzler Brandt zuteil geworden war, nahmen die Umriss in einem Interview Ge-stalt an, sprach Nixon zum ersten Male das weitgesteckte Ziel seiner Außenpolitik in aller Deutlichkeit aus. Seine Ausführungen verriet-ten den steten Gedankenaustausch mit Henry Kissinger, der, wie man weiß, in seinem akade-

mischen Leben von der europäischen Kabinettspolitik des neunzehnten Jahrhunderts fasziniert war und – das darf man wohl voraussetzen – den Präsidenten mit seiner Vorstellung des „Gleichgewichtes der Kräfte“ fasziniert hat. *„Wir müssen uns daran erinnern, daß wir nur einmal in der Geschichte der Welt eine ausgedehnte Periode des Friedens hatten“,* sagte Nixon, *„das war die Zeit, als ein Gleichgewicht der Kräfte bestand.“* Es liegt auf der Hand, daß der Präsident auf die 99 Jahre von 1815 bis 1914 anspielte, als ein System wechselnder Allianzen größere Kriege verhinderte. *„Wenn eine Nation im Verhältnis zu einem potentiellen Konkurrenten zu mächtig wird, dann wächst die Gefahr eines Krieges“,* meinte Nixon und fügte hinzu, *„ich glaube, die Welt würde besser und sicherer aussehen, wenn es ein starkes und gesundes Amerika, Europa, die Sowjetunion, China und Japan gibt, die sich gegenseitig ausbalancieren, die nicht einen gegen den anderen ausspielen, die gleichgewichtig sind.“*

Nun läßt sich bestimmt viel gegen diese Vorstellung eines Gleichgewichtes der Kräfte sagen, das einem anderen Jahrhundert entlehnt wurde, in dem völlig andere Voraussetzungen bestanden, in dem die berechenbare Welt relativ klein war, auf Europa beschränkt blieb und von ideologischen Gegensätzen keine Rede sein konnte. Rückblickend, aus der globalen nuklearen Sicht in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, kann man wohl nur von regionalen Problemen sprechen, die mit Hilfe der damaligen „Balance of Power“ mehr oder weniger glücklich und erfolgreich in der Schwebelage gehalten wurden. Und noch eine weitere kritische Variante muß beachtet werden: Das neue Gleichgewichtskonzept trägt die Marke „Made in USA“. Wenn es jemals funktionieren soll, ist die Zustimmung, ist die Mitarbeit der anderen Gewichte erforderlich.

Bisher haben nur die Chinesen aus durchsichtigen Gründen eine gewisse Vorliebe erkennen lassen, gleichgewichtig zu werden. Es ist auch durchaus vorstellbar, daß die Russen sich damit befreundeten, wenn sie ihre Vorteile kalkuliert haben. Ob aber die Europäer und Japaner sich in einer fünfpoligen Welt sicher genug fühlen würden, das ist eine andere Frage. Ihre wirtschaftliche Kraft verleiht ihnen bestimmt den Anspruch, das Gleichgewicht mitzugestalten und mitzubestimmen. Das mag auch für ihren politischen Einfluß gelten, der das Er-

gebnis von hohen Produktionszahlen und positiven Handelsbilanzen ist, aber es wird eines komplizierten Arrangements der militärischen Gewichte, des nuklearen Schreckens bedürfen, um die Sicherheit Europas und Japans auch in der Zukunft ausreichend zu gewährleisten. Unsicherheit über die Sicherheit, das ist ein Krisenkeim mit guten Wachstumsaussichten.

Über eine Voraussetzung dieses Konzeptes darf es keine Zweifel geben, das muß sehr nüchtern gesehen werden. Es stellt die Einsicht in die Grenzen der amerikanischen Macht dar, die in Vietnam so schmerzhaft sichtbar geworden sind, es soll die Antwort auf die Überbeanspruchung Amerikas in der Welt sein, es soll – auch so kann man es ausdrücken – den Abschied von der Rolle verbrämen und versüßen, die die USA ein Vierteljahrhundert weitgehend erfolgreich gespielt haben, die Rolle der unbestrittenen Führungsmacht in der westlichen oder freien Welt.

Nun kann angenommen werden, dafür gibt es gute Gründe, daß Nixon schon sehr zufrieden wäre, wenn sein „Neuer Pragmatismus“, der ja nur die Methode umschreibt, die zu dem gewünschten Gleichgewichtskonzept führen soll, ein Nahziel erreicht, nämlich die bisherige zweipolige Welt, also das amerikanisch-sowjetische Gleichgewicht, das vorwiegend militärischer, nuklearer Natur ist, in eine dreipolige zu verwandeln, in der die Chinesen zwar nicht das Rüstungsgewicht der beiden anderen beanspruchen können, im globalen Sinne, in der sie aber ihre Interessen im großen regionalen Rahmen ausspielen können, z. B. mit der Versicherung von Peking, daß man keine Hegemonie in Asien anstreben und dulden werde. Niemand wird behaupten wollen, daß die Chinesen sich unter den atomaren Schuttschirm der Amerikaner begeben haben und aus diesem Grunde die Grenzverhandlungen mit den Russen wieder aufnehmen. Vorwürfe dieser Art, einer „unheiligen Allianz“ zwischen Washington und Peking, sind zwar ständig in chinesischer Sprache über russische Ätherwellen zu hören, aber das gehört wohl mehr zum ideologischen Nervenriegel zwischen den beiden rivalisierenden kommunistischen Zentren. Immerhin, das Ergebnis von Peking hat den Chinesen den atomaren Rücken gestärkt, das darf nicht übersehen werden, und das war die Vorbedingung für jede Art von Gleichgewicht.

Mit den Gipfeln in Peking und Moskau erleben wir den Versuch Nixons, die erste Stufe des

Gleichgewichtes zu erreichen, der Friedensstruktur, die von Henry Kissinger auf den Reißbrettern des Weißen Hauses entworfen wurde, den Übergang von der bipolaren Welt der nuklearen Supermächte zu der tripolaren unter Einschluß des bevölkerungsreichsten Landes der Erde. Wenn man die gewichtigen Äußerungen aus Washington und Moskau zugrunde legt und die propagandistischen Nebengeräusche überhört, die für den Hausgebrauch bestimmt sind und der Flankensicherung dienen, dann haben Breschnew und Nixon eindeutig erkennen lassen, daß sie einen Erfolg erreichen wollen, und daher kann ein Mißerfolg ausgeschlossen werden. Der „Parallelismus“, von dem nach dem ersten Gipfel die Rede war, er kann auch vor dem zweiten schon auf das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR bezogen werden. In Peking drückten sich die parallel laufenden Interessen in dem Teil des Abschlußkommunikés besonders deutlich aus, in dem von der Hegemonie die Rede war, der für die Nachvietnam-Epoche gegenseitig abgeschworen wurde und die man dem „Dritten Manne“ vorzuenthalten wollte, gemeinsam versteht sich.

In Moskau geht es vordergründig darum, die Konsequenzen aus dem nuklearen Parallelismus zu ziehen, den Gipfel mit einem Teilabkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung zu krönen, das das Gleichgewicht des atomaren Schreckens ratifiziert und zementiert. Wie nahe man sich einer Eini-gung ist, die in Helsinki den letzten Schliff erhalten soll, zeigt die Tatsache, daß die amerikanische Abrüstungsbehörde bereits die Mittel beantragt hat, die für die technische und administrative Ausführung des Abkommens aufgewandt werden müssen. Auf sowjetischer Seite sind, das haben Aufklärungssatelliten herausgefunden, die Arbeiten an den „Großen Löchern“ eingestellt worden, die vor Monaten das Mißtrauens Washingtons erregt und die Besorgnis ausgelöst hatten, daß Moskau noch größere und noch schwerere Offensivraketen installieren könnte.

Neben dem nuklearen Parallelismus, der das Aufholen der Russen in dem atomaren Welt-rüstern kennzeichnet, muß aber auch im ameri-kanisch-sowjetischen Verhältnis von einem he-gemonialen Parallelismus gesprochen werden, der seinen Ausdruck in dem alliierten Berlin-Abkommen gefunden hat, das Präsident Nixon als Meilenstein seiner Außenpolitik ansieht. Es

nimmt in der Reißbrett-konstruktion des Kräfte-gleichgewichtes einen ganz besonderen Platz ein, ja, man kann soweit gehen und sagen, daß das Inkrafttreten dieses Abkommens, das wei-tere Berlinkrisen ausschalten soll, eine wesent-liche Voraussetzung für die erste Baustufe dar-stellt.

Das gilt logischerweise auch für die Bonner Ostverträge, die erst von der einen und dann von der anderen Seite unauflösbar mit der Ber-linregelung verknüpft wurden. Und in diesem Zusammenhang ist ein Hinweis nötig, er darf einfach nicht fehlen. Der Chefredakteur der „New York Times“, James Reston, schrieb vor der Pekingreise, daß Nixon in Peking das glei-che erreichen wolle, was Willy Brandt in Mos-kau erreicht hat. Diese Feststellung läßt sich noch ergänzen. Für den Übergang von der Reißbrett-konstruktion zu der ersten Baustufe ist die Ostpolitik Brandts unerläßlich. Somit war die deutsche Unterschrift im Krenl eine Vorstufe zu den Tischreden in Peking. Das nachweihnachtliche Treffen Brandts und Nixons in Florida hat diese Tatsache, hat den amerika-nisch-deutschen Parallelismus demonstriert und dokumentiert.

Es gehört weiß Gott keine Phantasie dazu, sich die Gefühle des Bauherren Nixon und des Architekten Kissinger vorzustellen, ganz abge-sehen von der öffentlichen Reaktion in aller Welt, wenn der amerikanisch-deutsche Paralle-lismus nicht hält, was der amerikanisch-russi-sche verspricht, nämlich die Vollendung der er-sten Baustufe der Friedenskonstruktion, die in der zweiten Baustufe zu der fünfpoligen Welt führen soll, die Europa und Japan einschließen kann.

Vor Ostern erweiterte Nixon seinen Bauplan auch noch auf Afrika und Latein-Amerika, aber für diese Äußerung darf wohl die diplomatische Höflichkeit mit dem Wunsch gleichgesetzt werden, der sicherlich der Vater des noblen Ge-dankens war. Man wollte denen, die sich drau-ßen vor der Tür wännen mußten, bedeuten, daß sie nicht vergessen sind.

Die zweite Baustufe ist im Augenblick noch Fernziel, ganz zu schweigen von einer mög-lichen, aber wenig wahrscheinlichen dritten. Zwischen den Gipfeln kann nur von der ersten die Rede sein, obwohl sich auch schon über die zweite einiges sagen ließe. Die Konstruktion von Nixon und Kissinger ist eine kühne und fragile, vielleicht eine zu kühne und zu fragile. Gipfelhoffnungen haben mehr als einmal getro-

gen, der Geist von Genf war ebenso kurzlebig wie der von Camp David. Eisenhower scheiterte, weil ihm Garry Powers dazwischenfiel, vom russischen Himmel heruntergeschossen. Lyndon Johnson mußte seine Koffer wieder auspacken, als der Prager Frühling von der russischen Militärmacht erstickt wurde.

Auch Nixon kann scheitern, vor oder nach Moskau, in Bonn, am Suezkanal oder in Saigon, vielleicht sogar am Ussuri. Jene, die an den Parallelismus mit all seinen Varianten nicht glauben, die ihn nicht sehen wollen, die sich an ihre älteren, vielfach bequemeren, simpleren Vorstellungen klammern, die Spannungsgewinnler, die „Hardliner“, die es auf allen Seiten gibt, die im Augenblick in der Defensive sind, sie würden und müßten sich dann zur Offensive ermuntert fühlen, sie können dann beanspruchen, schließlich doch Recht behalten zu haben mit ihrer Skepsis, mit ihrer Furcht vor dem Ungewohnten, vor den Grautönen, die die Schwarz-Weiß-Malerei zu verdrängen drohen. Man muß sich des Momentes bemächtigen, so sagte Richard Nixon einmal in einem Interview, und mag dabei wohl ein Bismarck-Zitat ausgelegt haben, das der Bismarck-Kenner und -Verehrer Kissinger ihm bei der gemeinsamen Arbeit am Reißbrett nannte, um seiner Analyse mehr Nachdruck zu verleihen, daß die Zeit reif ist für den Versuch, die Mächte und Kräfte dieser Welt auszubalancieren, daß man den Zug der Zeit nicht verpassen darf. Der Übergang von der zweipoligen zur dreipoligen Welt, die erste Baustufe, hat schon begonnen, das muß die Erkenntnis sein, nach Peking und vor Moskau, zwischen den Gipfeln.

Schriftenreihe des
Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jakob Moneta

**Die
Kolonialpolitik
der französischen KP**

307 Seiten
broschiert 32,— DM

„Auf der Basis einer sorgfältigen Analyse der einschlägigen kommunistischen Presse (besonders der theoretischen Organe: bis 1924 ‚Bulletin Communiste‘, dann ‚Cahiers du Bolchévisme‘ und seit 1945 ‚Cahiers du Communisme‘, aber auch von Tageszeitungen und Flugschriften) gibt der Verfasser einen historischen Überblick über die Politik der KPF in Kolonialfragen. Es werden zahlreiche Dokumente abgedruckt. Die größte Aufmerksamkeit wird dem Algerienkrieg und den früheren französischen Kolonien in Afrika gewidmet.“

International Review
of Social History, Amsterdam

Verlag für Literatur und
Zeitgeschichte · Hannover

Europa kam zu kurz

Wahlvorbereitungen warfen innenpolitische
Schatten auf den KPI-Parteitag in Mailand

Die um ein Jahr vorverlegten, auf den 7. Mai angesetzten Neuwahlen des italienischen Abgeordnetenhauses und des Senats haben dem XIII. Nationalkongreß der Kommunistischen Partei Italiens, der vom 13.—17. März im Mailänder Sportpalast tagte, einen besonderen Charakter vermittelt. Anders als vorhergesehen, wurden die Probleme der politischen Außenbeziehungen der Partei infolge des vorgezogenen Wahltermins an den Rand der fünf-tägigen Beratungen gedrängt. Wie auch das Leitwort des Parteitages: „Arbeiter- und Volkseinheit für eine Regierung der demokratischen Wende, für die Erneuerung Italiens auf dem Wege des Sozialismus“ zeigt, stand die Frage der innenpolitischen Wahl- und Bündnisstrategie eindeutig im Mittelpunkt sowohl des Eröffnungsberichtes des neugewählten Generalsekretärs der KPI, Enrico Berlinguer, als auch der daran anschließenden Debatten. Dennoch erlauben die Äußerungen zu den Problemen der internationalen Politik und der kommunistischen Weltbewegung einige bemerkenswerte Feststellungen, die geeignet sind, die Positionen der KPI in diesen Bereichen zu präzisieren.

Das eigentlich und einzig Neue im Bereich der Außenpolitik, das auf dem Kommunistischen Kongreß in Mailand zu hören war, bezog sich auf die Haltung der KPI gegenüber dem Nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Seit jeher gehörte der Austritt Italiens aus der NATO zu den Grundforderungen der KPI. Ein solcher Schritt war in den letzten Jahren auch stets als Bedingung für eine Regierungsbeteiligung der Partei genannt worden.

Im Zuge einer realistischeren Einschätzung der Innen- und außenpolitischen Lage Italiens ist die Maximalforderung der KPI nach sofortigem Austritt des Landes aus dem Pakt nunmehr der Strategie einer allmählichen Überwindung der Militärblöcke in Europa gewichen. „Die Frage des Atlantikpaktes und der politischen und militärischen Probleme, die damit

verbunden sind“, formulierte Berlinguer in seiner Eröffnungsrede vor dem Kongreß, „können in dynamischer Sicht gesehen werden und nicht mehr in den statischen Kategorien aus den Jahren des Kalten Krieges. Diese Frage läßt sich nicht auf ein einfaches Für oder Wider den Militärpakt zurückführen.“

Diese neue Formulierung bedeutet jedoch nicht, daß die KPI ihre ablehnende Haltung gegenüber dem westlichen Verteidigungsbündnis grundsätzlich aufgegeben hat. Vielmehr verspricht sich die Partei eine höhere Wirksamkeit ihres Kampfes gegen die NATO, indem sie ihn mit einer allgemeinen Bewegung der Befreiung Europas von der amerikanischen Hegemonie und einer stufenweisen Überwindung, letztlich der Auflösung der entgegengesetzten Blöcke verbindet.

Die neue Einstellung, die aus der oben wiedergegebenen Passage der Rede Berlinguers hervorgeht, läßt die Vermutung zu, daß im Falle einer Regierungsbeteiligung der KPI nicht mit einer abrupten Lösung Italiens aus dem westlichen Bündnis zu rechnen ist.

Eigentlich hätte die Stellung der Kommunistischen Partei Italiens gegenüber der westeuropäischen Gemeinschaft eines der zentralen Themen des Mailänder Parteitages werden sollen. Ursprünglich war vorgesehen, auf dem Kongreß eine Resolution zu diskutieren und zu verabschieden, in der jene Thesen weiterentwickelt werden sollten, die auf dem Kongreß, den die KPI im November letzten Jahres unter dem Thema „Die italienischen Kommunisten und Europa“ veranstaltet hatte, erarbeitet worden waren. (Siehe dazu: Karl-Ludolf Hübener: „Die KPI steuert auf Europakurs“, in: NG, 1/72). Die vorzeitigen Neuwahlen aber reduzierten diesen Plan einer erneuten Europa-Initiative der KPI auf wenige Sätze im Eröffnungsbericht Berlinguers vor dem Kongreß sowie auf die Rede Amendolas, der seine Ausführungen einzig dem Europa-Thema widmete.

Der neue Generalsekretär der KPI nahm aus-

drücklich Bezug auf den Europa-Kongreß und bezeichnete ihn unumwunden als ein positives neues Element in der politischen Strategie seiner Partei. Amendola hingegen hob zunächst kritisch die Hegemonie der amerikanischen Wirtschaftsmacht gegenüber Westeuropa hervor, die in jüngster Zeit in der Unfähigkeit der Sechsergemeinschaft zum Ausdruck gekommen sei, der Dollarkrise und ihren Begleiterscheinungen, nämlich dem Export der Inflation und der Unterbeschäftigung nach Europa, wirksam zu begegnen. Ferner hielt er die Gefahr eines Dreierdirektoriums der Staaten Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik für gegeben, deren überlegenes ökonomisches Potential diese Staaten in die Lage versetze, die kleineren Mitgliedstaaten zu dominieren. Schließlich führte der Redner eine Reihe nachteiliger Auswirkungen an, die sich aus der Mitgliedschaft Italiens in der EWG für dieses Land ergäben, und zwar auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik, in der Landwirtschaftspolitik und nicht zuletzt in der Regionalpolitik. *„Diese Kritik aber“*, hob Amendola jedoch hervor, *„soll nicht heißen, daß wir Kommunisten die Gemeinschaft als Ganzes bekämpfen. Wir sind in der Gemeinschaft und wir bleiben auch dort.“* Er unterstrich damit die Auffassung, daß das Engagement der KPI hinsichtlich der westeuropäischen Integration langfristiger und prinzipieller Natur sei.

Sowohl aus der einschlägigen Passage in der Rede Berlinguers als auch aus den Worten Amendolas auf dem Kongreß in Mailand wird deutlich, daß die Entscheidung der KPI, am Prozeß der europäischen Einigung mitzuwirken, der Einsicht in die objektive Notwendigkeit folgt, die gekennzeichnet ist durch die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der nationalen und der europäischen Politik. Unter diesen komplexen Bedingungen haben die „Linkskräfte“ in Europa nach Ansicht der italienischen Kommunisten nur dann eine Chance, die ihnen anvertrauten Interessen wirksam zu verteidigen, wenn sie den Kampf innerhalb der nationalen Grenzen mit einem gemeinsamen Vorgehen auf europäischer Ebene verbinden. *„Nach unserer Überzeugung“*, betonte Berlinguer, *„hinken die Linkskräfte und die Organisationen der Arbeiter hinter dem Prozeß der internationalen Integration hinterher, dessen Protagonisten die großen Wirtschaftsgruppen und die politischen Kräfte sind, die allein ihre eigenen Interessen verteidigen.“* Die supra-

nationalen Gesellschaften und das Weltwährungssystem sind nach den Worten Amendolas Beispiele dafür, daß allein die vereinigte Aktion der „Linkskräfte“ auf europäischer Ebene die Gewähr bieten kann, die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Großkapital zu wahren. Unklar blieb, wie weit mit diesen Vorschlägen Amendolas eine neue Form der Volksfrontpolitik beabsichtigt ist.

Das Engagement, das die Kommunistische Partei Italiens gegenüber der Europäischen Gemeinschaft übernommen hat, ist ein Faktum, das auch von den sowjetischen Genossen — nach einigem Zögern — inzwischen toleriert wird. Erst bei der konkreten Arbeit an der Lösung einzelner Probleme, die die europäische Diskussion bewegen, wird sich jedoch zeigen, ob die Vorstellungen der KPI und anderer reformkommunistischer Parteien mit den Konzeptionen der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Arbeiterparteien in Übereinstimmung zu bringen sind. Das verlangt noch die Beantwortung vieler Fragen und praktischer Beweise.

Das Prinzip der Einheit in der Vielfalt und Autonomie ist als die nach KPI-Ansicht verbindliche Norm für die Beziehungen der kommunistischen Bruderparteien untereinander auf dem Kongreß in Mailand erneut mit Nachdruck bekräftigt worden. *„Die nationale Autonomie und Gleichheit der Parteien“*, so hatte Berlinguer bereits in seinem Bericht vor dem Zentralkomitee der KPI über die Vorbereitung zum XIII. Parteitag Ende letzten Jahres hervorgehoben, *„die Regeln des wechselseitigen Respekts vor der Freiheit des historischen und politischen Urteils werden in der Tat ein absolutes Erfordernis des Internationalismus.“*

Die Frage der Führungsrolle der KPdSU innerhalb des kommunistischen Weltsystems ist seit geraumer Zeit für die italienischen Kommunisten kein diskussionswürdiges Thema mehr. Und es kann als bezeichnend für die Eindeutigkeit des Italienischen Standpunktes angesehen werden, daß dieser Anspruch in der Rede des sowjetischen Delegierten auf dem Kongreß in Mailand auch nicht andeutungsweise erhoben worden ist. Spätestens seit der Internationalen Beratung kommunistischer und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau, bei der die italienische Delegation (unter Führung Berlinguers) lediglich dem Teil des dort verabschiedeten Hauptdokumentes zustimmte, in dem die kon-

kreten Zielsetzungen der anti-imperialistischen Aktionen festgelegt wurden, ist klar, daß sich die Einheit der kommunistischen Bewegung für die KPI nicht als dogmatischer Formalismus darstellt, sondern sich auf die Solidarität und Aktionseinheit im internationalen Kampf gegen den Imperialismus beschränkt.

Die militärische Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Mächte in der CSSR im August 1968 hat ohne Zweifel erheblich zur Innerparteilichen Klärung dieser Frage beigetragen. Gleichzeitig sind durch diese Ergebnisse die bis dahin bestehenden Bindungen einer großen Zahl insbesondere älterer italienischer Kommunisten an die Sowjetunion abgebaut worden. Dennoch aber bedeutet diese Position der Kommunistischen Partei Italiens nicht, daß sie ihre Verbindungen zum kommunistischen Welt-system abbrechen gedenkt. „Niemand darf von uns fordern“, sagte Berlinguer auf dem Kongreß in Mailand unter starkem Beifall seines Auditoriums, „unsere Autonomie durch den Bruch der Solidarität und in Konflikten mit den sozialistischen Ländern und der ganzen revolutionären und Arbeiterbewegung zu beweisen. Diesen Weg haben wir nicht beschränkt und wir werden ihn auch niemals gehen.“

Im dialektischen Verständnis der Einheit der kommunistischen Bewegung hat es den Anschein, daß deren beiden Komponenten: „Autonomie“ und „Solidarität“ von den italienischen Kommunisten eine gleichrangige Bedeutung zuerkannt wird. Die Entwicklung nach der Intervention in der Tschechoslowakei hat deutlich gemacht, daß die KPI bereit und in der Lage ist, ihre seit langem klare theoretische Position auch in der Praxis durchzusetzen. Die Probe auf dieses Exempel wird letztlich jedoch erst dann zu erbringen sein, wenn die Kommunistische Partei ihr Ziel, die Teilhabe an der politischen Leitung ihres Landes, erreichen sollte und dann genötigt ist, unter den insbesondere nach der Emanzipation Chinas komplexen Bedingungen der internationalen Politik partei- und außenpolitische Entscheidungen zu treffen.

Welches aber ist nun der eigene, der italienische Weg zum Sozialismus? Welche Taktik, welche Strategie gedenkt die Kommunistische Partei Italiens einzuschlagen, um ihre Vorstellungen von einem sozialistischen Italien zu verwirklichen? Auf diesem XIII. Parteitag der KPI ist die Frage einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Italien mit einer Eindeutig-

keit und Klarheit gestellt worden, wie sie in den letzten 25 Jahren von den italienischen Kommunisten nicht zu vernehmen war. „Zur Frage der kommunistischen Teilnahme an einer Regierung oder einer parlamentarischen Mehrheit“, formulierte der neue Generalsekretär der Partei, Enrico Berlinguer, „haben wir seit einiger Zeit bereits eine prinzipielle Haltung eingenommen. Unter zwei Bedingungen ist eine solche Teilnahme zulässig: entweder, wenn die Notwendigkeit besteht, einem reaktionären Angriff zu begegnen, der einen Notstand für das Schicksal der Demokratie schafft; oder aber, wenn die Bedingungen gegeben sind, die es erlauben, ein Erneuerungsprogramm zu verwirklichen, das die bewußte und aktive Unterstützung der großen Massen hat und das dahin führt, die Einheit der Arbeiterschaft und ihrer politischen und ideellen Repräsentanz weiter zu festigen.“

Beide Voraussetzungen sind nach Auffassung der kommunistischen Parteilührung in Wirklichkeit nahezu gegeben. In der aktuellen Situation der Konfusion und Ohnmacht, die wesentlich durch das Wiederaufleben des italienischen Faschismus und des Rechtsrucks eines Teiles der Democrazia Cristiana mitbestimmt ist, scheint den italienischen Kommunisten einerseits die Bedingung herangereift, um die Mobilisierung der Massen im antifaschistischen Kampf mit der Forderung nach einer „demokratischen Alternative“ zu verknüpfen, die den Fortbestand und den sozialen Ausbau der italienischen Demokratie sichert. Auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren in den Fabriken, in den Städten und auf dem Lande eine insbesondere von den Gewerkschaften getragene Massenbewegung geformt, die mit immer stärkerem Nachdruck tiefgreifende Veränderungen auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens fordert. Diese Bewegung dient den Kommunisten als politische Massengrundlage für die Verwirklichung ihres „Programms der Reformen“, das die Partei auf ihrem letzten Parteitag in Bologna vor drei Jahren zu formulieren begonnen hatte und das sie nunmehr in Mailand in ausgereifter Form präsentierte. Dieses Reformprogramm umfaßt im wesentlichen vier Punkte von allgemein unbestrittener Aktualität:

- die Entwicklung des Südens
- die Reform des Schul- und Ausbildungswesens
- die Emanzipation der Frau (im Zusammen-

hang mit der Reform des Scheidungsgesetzes)

- die Demokratisierung der Justiz, der Streitkräfte und der Polizei.

Wenn nun also die Kommunistische Partei Italiens mit aller Entschiedenheit den langen Marsch zur Macht angetreten hat, stellt sich die Frage nach den Chancen der KPI, dieses Ziel zu verwirklichen. Welche Mittel und Möglichkeiten sieht die Partei, den erklärten friedlichen, parlamentarischen Weg zur Teilnahme an der politischen Leitung des Landes erfolgreich zu beschreiten? Zu diesen Fragen hat der Kongreß in Mailand — nicht zuletzt unter dem Druck der bevorstehenden Parlamentswahlen — zum Teil einige bemerkenswerte Präzisionen und neue Elemente geliefert.

„In einem Land wie Italien“, sagte Berlinguer in seiner Eröffnungsrede, *„kann eine neue Perspektive allein durch die Zusammenarbeit zwischen den großen Volksströmungen realisiert werden, den kommunistischen, den sozialistischen und katholischen.“* Berlinguer griff auf die zunächst von Bucharin und später von Gramsci geprägte Formel des „Neuen historischen Blocks der sozialen und politischen Kräfte“ zurück, um deutlich zu machen, daß die angestrebte demokratische Wende in Italien mit der herkömmlichen Form einer Einheitsfrontpolitik nichts gemein habe. Wirklich durchgreifende Veränderungen der italienischen Verhältnisse, erklärte der neue Generalsekretär der KPI, könnten auch nicht durch eine bloße Erweiterung der Mitte-Links-Regierung durch eine Öffnung nach links erreicht werden. Nicht die Erweiterung, sondern allein die vollständige Überwindung der linken Mitte, rief Berlinguer aus, schaffe die Voraussetzungen für eine echte Regierungsalternative.

Das strategische Ziel der Kommunistischen Partei Italiens muß darauf gerichtet sein, die links-katholischen Wählerschichten aus der nach rechts gerückten Christ-DEMokratischen Partei herauszulösen und für sich zu gewinnen. Die Wahlkampfdevise der KPI lautet nach Luigi Longo, daß die Democrazia Cristiana auf der Linken zu schlagen sei, in der Hoffnung, daß eine auf diese Weise geschwächte DC sich zu einem Bündnis mit den Kommunisten bereitfinden wird.

Kurzfristig gesehen — unter dem Aspekt des Wahltages am 7. Mai — dürften die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Abschneiden der kommunistischen und sozialistischen Lin-

ken in Italien kaum günstig zu beurteilen sein. Das Wiederaufleben des Faschismus, die militanten Auseinandersetzungen zwischen den links- und rechtsextremen Gruppen, Attentate, Anschläge und politische Prozesse haben ein Klima erzeugt, das die konservativen Parteien, die sich als die bewährten Hüter von Recht und Ordnung darstellen, begünstigt. Parallelen zu den Ereignissen im Mai/Juni 1968 in Frankreich drängen sich auf, als die Gaullisten aus den Wahlen, die der spontanen Bewegung der Arbeiter und Studenten folgten, mit dem bisher größten Erfolg überhaupt als stärkste Partei hervorgingen.

Langfristig wird die Kommunistische Partei ihre Ziele schwerlich erreichen, wenn es ihr nicht gelingt, eine gültige Konzeption zu entwickeln, um das Problem der Democrazia Cristiana zu lösen. Alle diesbezüglichen Fragen hat der neue Generalsekretär der KPI mit einem Hinweis auf die Zeit nach den Wahlen des 7. Mai abgetan. Was die künftige Rolle dieser Partei anbetrifft, meinte Berlinguer, so habe es jetzt wenig Zweck, Hypothesen zu formulieren und abstrakte Lösungen zu suchen. Heute komme es darauf an, die Basis der DC entschieden zu schmälern.

Letzten Endes aber wird die Kommunistische Partei nicht darum herumkommen, ihre Taktik gegenüber der Christdemokratischen Partei festzulegen. Wird die KPI dabei das Ziel verfolgen, die politische Achse innerhalb der Democrazia Cristiana nach links zu verschieben? Oder wird sie eine Spaltung dieser aus neun heterogenen Fraktionen zusammengesetzten Partei, die allein durch den Besitz und die faktische Ausübung der Macht zusammengehalten wird, anstreben?

Zu welchem Ergebnis auch immer die Parteistrategen der KPI in dieser Frage kommen werden — es wird ihnen nicht leicht fallen, dieses Schlüsselproblem der italienischen Innenpolitik in nächster Zukunft zu ihren Gunsten zu lösen.

Analysen — Diskussion

Peter Christian Ludz

Die Ideologie des „Sozialdemokratismus“ aus der Sicht der Kommunisten

Die Auseinandersetzungen zwischen dem demokratischen Sozialismus, wie er vor allem in den großen westlichen sozialistischen Parteien vertreten wird, und dem Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung sind in den letzten Jahren, vor allem seit dem Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in die Regierungsverantwortung im Jahre 1966, zweifellos heftiger geworden. Die Verschärfung des Kampfes an der ideologisch-politischen Front wird besonders seit 1970 von einer erheblichen Verbesserung der staatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion begleitet. Eine solche nur auf den ersten Blick paradoxe Situation läßt sich, was die KPdSU- und die SED-Führung anbetrifft, relativ einfach mit dem Hinweis auf die komplexe Bedeutung der Leninschen Formel von der „friedlichen Koexistenz“ erklären; denn friedliche Koexistenz wird von den sowjetischen und den SED-Führern stets auch als eine Form des Klassenkampfes verstanden.

Für den Westen und insbesondere die Bundesrepublik stand der Wille, die staatlichen Beziehungen zu verbessern, zunächst so stark im Vordergrund, daß der ideologischen und politischen Abgrenzung vom Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung erst seit dem Herbst 1970 (siehe auch Herbert Wehner: „Leitplanken für SED-Kader“ in NG 7/71) wieder stärkere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Seit damals — und heute in verstärktem Maße — scheint es geboten, die Selbst- und Fremddeutungen der sowjetischen Ideologen genau zu analysieren und die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ideologische Abgrenzung

Abgrenzung ist auf beiden Seiten ein Gebot der Stunde. Im Zuge der theoretischen und ideologischen Positionsbestimmung ist jüngst in der DDR eine umfassende sowjetrussische Analyse, die sich mit der theoretischen und politischen Position des „Sozialdemokratismus“ beschäftigt, veröffentlicht worden.* Sie

kann als der erste umfassende Versuch, den „demokratischen Sozialismus“, den „Reformismus“, den „Revisionismus“ aus sowjet-marxistischer Sicht zu bewerten, angesehen werden. Ein beträchtlicher Teil der breit angelegten Arbeit ist der gegenwärtigen theoretischen Position der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie gewidmet. Über die grundsätzliche Haltung der sowjetischen Autoren und der deutschen Herausgeber zur Sozialdemokratie kann dabei kaum Unklarheit bestehen. Bereits in der Einleitung zur russischen Ausgabe wird vom „eklektischen Brei“ der „Philosophie des gegenwärtigen Reformismus“ gesprochen. Dieses Urteil wird von der Warte des ideologischen Purismus aus abgegeben. Ähnlich wie die sowjetischen Ideologen urteilt der Ostberliner Ideologie-Spezialist Günter Heyden im Vorwort zur deutschen Ausgabe: *„Der Sozialdemokratismus, das heißt die Ideologie und Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie ist eine Variante der gegenwärtigen bürgerlichen Ideologie und Politik. Er steht in prinzipieller klassenmäßiger und theoretischer Feindschaft zum Sozialismus und zum Marxismus-Leninismus.“*

Die vorliegende Arbeit ist in 14 Kapitel untergliedert und beschäftigt sich vor allem mit der historischen Entwicklung und den verschiedenen Aspekten des „Reformismus“. Dabei wird unter Reformismus die „rechtsopportunistische Ideologie“ vor allem der SPD und der SPÖ verstanden. Im einzelnen wird der Kritik an den philosophischen, ethischen, soziologischen und sozialpolitischen wie den wirtschaftspolitischen Ideen des Reformismus breiter Raum gewährt. Außerdem beschäftigt sich das Sammelwerk mit dem „Revisionismus“, dessen gegenwärt-

* Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1970, deutsche Ausgabe: Berlin, Staatsverlag der DDR, 1971, und Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, 1972. Alle wörtlichen Zitate im folgenden Text sind der deutschen Ausgabe entnommen.

tige Erscheinungsform als „rechtsopportunistische ideologische Strömung innerhalb der kommunistischen Bewegung“ definiert wird. Schließlich geht die Arbeit auf den „Antikommunismus“ der Sozialdemokratie ein und behauptet, daß unter dessen Banner sowohl reformistische wie revisionistische Elemente von den Führern der SPD und SPÖ gegen den Marxismus-Leninismus und die kommunistischen Parteien verwandt werden. Durch den Antikommunismus sei die Sozialdemokratie mehr und mehr an die Seite der den „Kapitalismus“ und „Imperialismus“ verteidigenden Bourgeoisie gerückt.

Unter aktuellen theoretischen wie unter politischen Fragestellungen erscheinen nicht in erster Linie die Klassifizierungen interessant, mit denen die Autoren die Vielfalt der geistigen Strömungen des demokratischen Sozialismus innerhalb und außerhalb der kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt zu erfassen suchen. Die im einzelnen bisweilen differenzierende Betrachtungsweise, die hinter den eher leerformelhaften Bezeichnungen „Reformismus“, „Revisionismus“, „Marxismus“ etc. steht, soll ebenfalls nur erwähnt, nicht jedoch im einzelnen untersucht werden. Zu oft wurden die Etikette im Laufe der Geschichte der letzten 50 Jahre geändert. Zu oft wurden, je nach Machtlage und politischer Strategie der KPdSU-Führer, für diese oder jene politischen und ideologischen Richtungen Lob oder Tadel verstärkt oder abgeschwächt. Wichtiger scheint vielmehr das Bild, das die ideologischen Strategen gegenwärtig von den theoretischen Ansätzen und der praktischen Politik der Sozialdemokratie zeichnen, und das sich daraus ergebende Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus, das „self-image“ der ideologischen Strategen der KPdSU zu sein.

Nach der Auffassung der Autoren des Bandes sind in der theoretischen Position der Sozialdemokratie heute Ansätze des Reformismus, des Revisionismus und verschiedene Formen des philosophischen Idealismus sowie des religiösen Sozialismus (P. Tillich) eklektisch vereint. Um diesen Eklektizismus – der freilich auch aus fundamentaler Antidogmatismus und als eine Voraussetzung für eine neue politische Philosophie gedeutet werden kann – zu verdeutlichen, berufen sich die Verfasser u. a. auf einen Artikel von Kurt Schumacher aus dem Jahre 1953 („Aufgaben der Intelligenz unserer Zeit“). Sie folgern daraus – und dies ist eine

der vielen Fehleinschätzungen –, daß der „Marxismus insgesamt ... für den Sozialdemokratismus unannehmbar“ ist. Das Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus, der sich als eine prinzipiell offene Theorie begreift, welche die vielfältigen Erscheinungen des Alltagslebens und ihre geistige Durchdringung, natürlich auch wenn sie von seiten des Marxismus kommt, in sich aufnimmt, wird damit außer acht gelassen.

Nicht nur in der Philosophie von Karl Marx wie im späteren Marxismus, sondern auch in den demokratischen und sozialistischen Theorieansätzen des 19. und 20. Jahrhunderts liegen eine Reihe von Ansatzpunkten, die der demokratische Sozialismus berücksichtigt. Er umfaßt weiterhin christliches wie liberales Gedankengut. Insofern bestreiten Theoretiker des demokratischen Sozialismus nicht die Verbindungen zur intellektuellen und politischen Geschichte. Hier sei nur auf das Konzept der Entfremdung des Menschen in der Industriegesellschaft, auf die „Humanisierung“ der Gesellschaft wie, last but not least, auf das Modell eines modernen, auf Partizipation angewiesenen Staates verwiesen. Willy Brandt hat den Staat in der Industriegesellschaft einmal als den „Staat der Partner“ bezeichnet. Für diese Auffassung vom Staat in der Industriegesellschaft lassen sich bei Marx ebenso viele Belege finden wie für jenes Konzept der „Diktatur des Proletariats“, das heute von manchen als das letzte Wort Marxens zu Fragen des Staates angesehen wird. Im übrigen ist es nicht wenig bezeichnend für das oben erwähnte Buch, daß die großen Veränderungen in der marxistisch-leninistischen Theorie des Staates seit Chruschtschow überhaupt nicht erwähnt werden.

Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus, wie er in der vorliegenden Schrift vertreten wird, reduziert sich die Frage nach der Struktur des modernen Staates schnell auf die Annahme, daß ohne die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft durch die Diktatur des Proletariats, ohne die revolutionäre Gewalt, ohne eine totale politische Revolution weder Sozialismus noch Kommunismus erreicht werden können. Anders formuliert: „Die ‚Ausübung‘ der Macht durch rechte Sozialdemokraten hat noch nie und nirgends die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet.“ Eine solche Behauptung weist nicht nur darauf hin, daß „Sozialismus“ und „Kommunismus“ den gleichen Verabsolutierungen wie z. B. die Begriffe

„Klassenkampf“ und „Revolution“ unterliegen. Sie zeigt auch das Unverständnis der ideologischen Strategen der KPdSU, die sich schnell wandelnden Gesellschaften des Westens und die Einstellungen und Haltungen der Menschen, die in diesen Gesellschaften leben, theoretisch angemessen zu erfassen. Selbstgestaltung des eigenen Schicksals, verantwortliche Teilnahme an Staat und Politik, Teilnahme an — auch gesamtgesellschaftlich gesehen — immer wichtigeren Aspekten des gesellschaftlichen Lebens, permanentes Lernen: Was sonst könnte zu dem führen, wovon frühere Autoren als „Sozialismus“ geträumt haben. Solche Aspekte des Lebens in der Gesellschaft zu begreifen, scheint der Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung kaum gerüstet.

Die Autoren dieses Sammelwerkes sehen nicht, daß es mit strikter „Parteilichkeit“, mit weltanschaulichen Bekenntnissen, mit einer veralteten „Klassenkampfanalyse“ heute nicht mehr getan ist; daß die Formel vom „Klassenstaat“ analytisch wenig Auskunft über Struktur und Funktionen des modernen Staates gibt. Ob heute in den westlichen (wie den östlichen) Industriegesellschaften „Klassen“ oder „Schichten“ existieren oder ob Klassen im marxistischen Sinne und Schichten nebeneinander bestehen — darüber sind sich die empirischen und theoretischen Soziologen der verschiedenen Schulen keineswegs einig. Viele neigen zu der Ansicht, daß sich Klassen- und Schichtenmerkmale nebeneinander herausbilden und daß weder die marxistische Lehre von der Klasse und vom Klassenkampf noch die soziologischen Stratifikations-theorien (Schichten-theorien) diese Phänomene bisher angemessen zu erfassen vermochten. Der Marxismus-Leninismus hat diese sich im übrigen auch in der Sowjetunion und den Volksdemokratien abzeichnenden realen Tendenzen bisher selbst nicht theoretisch bewältigt. Dies gilt insbesondere dann, wenn man die „Monopole“, die großen Bürokratien im „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ vergleichbaren Phänomenen in den sozialistischen Ländern konfrontiert.

Zur Ideologie des „Sozialdemokratismus“ in der Bundesrepublik

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der „Sozialdemokratismus“ der SPD von den Sowjet-Ideologen im wesentlichen als „reformistische, rechtsopportunistische Ideologie“ begriffen wird. Eine theoretische Basis im Sinne

des Marxismus wird ihm abgesprochen. Insgesamt sei schon seit Bernstein eine „philosophische Verwilderung“ im reformistischen, sozialdemokratischen Denken festzustellen. Dieser Vorwurf wird insbesondere gegen jene erhoben, die die „Gesetze“ der Dialektik in der Form, die ihnen Engels und Lenin gegeben haben, ablehnen. Dabei wird insbesondere das „Gesetz von der Einheit und vom Kampf der Gegensätze“ hervorgehoben. Als Hauptvertreter „bürgerlicher“ und „metaphysischer“ Betrachtungsweise werden Norbert Leser, Walter Theimer und Carlo Schmid aufgeführt. Allein diese Auswahl zeigt, daß von einer sorgfältigen Analyse der gegenwärtigen theoretischen Position der SPD wie der SPD in diesem Buch keine Rede sein kann. Verbunden mit dem Versuch der anti-dialektischen Betrachtungsweise sei das Streben nach „weltanschaulicher Neutralität“. Diese wird als „Verschleierung der Klassenposition“ und als Basis für den „Praktizismus“ der SPD angesehen. Als Hauptvertreter fungieren u. a. Thomas Ellwein und Günther Nenning, der Herausgeber der Wiener Zeitschrift „Forum“ (jetzt „Neues Forum“).

Der Reformismus, so wird weiter behauptet, sei seiner historischen Entstehung nach „unwissenschaftlich“. Teilweise schon lange vor dem Marxismus-Leninismus entstanden, zielen er lediglich auf eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen und versuche, durch Reformen die „Ausbeuterordnung“ zu verbessern und dadurch den Sozialismus herbeizuführen. Heute dagegen — wie eh und je — würde der ökonomische Kampf die „Grundprobleme“ der Arbeiterbewegung nicht lösen. Welches sind die Grundprobleme? Genannt werden: Mitbestimmung, soziale Sicherung, Recht auf Streik, schließlich „Eroberung der Staatsmacht“. Was die ersten drei Forderungen anbetrifft, so sind sie im Programm wie in der politischen Praxis der SPD fest verankert. Sie sind darüber hinaus in der Bundesrepublik weitgehend verwirklicht. Die Forderung nach der „Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse“ kann schon deshalb nicht ernst genommen werden, weil die realsoziologische Analyse eine scharf von der übrigen Gesellschaft abgegrenzte Arbeiterklasse nicht kennt. Abgesehen davon: Eine solche nur schein-wissenschaftliche Konzeption der Arbeiterklasse, die von einer kleinen revolutionären Führungselite manipuliert wird, war niemals das Ziel des demokratischen Sozialismus.

Was sind die Kriterien, die die „Unwissenschaftlichkeit“ des „Sozialdemokratismus“ erkennen lassen? Schon weil der sozialdemokratische Reformismus von nicht-proletarischen Bevölkerungsgruppen, d. h. im wesentlichen von Mittelschichten, getragen sei, könne er keine wissenschaftliche Bedeutung besitzen: *„Da der Reformismus wie der Revisionismus die Situation nichtproletarischer Bevölkerungsgruppen widerspiegeln, deren Interessen mit dem objektiven Gang der Geschichte divergieren, können diese Ideologien nicht wissenschaftlich sein.“* Mit solchen Zurechnungen, die weit hinter den Stand der Wissenssoziologie der zwanziger Jahre zurückfallen, mit solchen sozial-deterministischen Formeln im Stil des späten 19. Jahrhunderts werden nicht einmal westliche Bewunderer des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung angezogen werden.

Das von der SPD vertretene Konzept der breiten gesellschaftlichen Partizipation, das den Willen zum Lernen und zur Leistung in einer Industriegesellschaft stimulieren, nicht jedoch zerstören soll, enthält zweifellos ein Konzept der Umverteilung, der Diffusion der Macht. Dieses wird von den sowjetischen Ideologen als eine Art Primitiv-Pluralismus, basierend auf dem Lobbyismus, gedeutet. Sicherlich, die Autoren erklären: *„Gewiß ist die Theorie von der pluralistischen Demokratie keine bloße Fiktion ohne jeglichen realen Inhalt.“* Allerdings schränken sie sofort ein: *„Etwas anderes ist, daß dieser reale Inhalt in der Interpretation der bürgerlichen und reformistischen Theoretiker verzerrt wird.“*

Andererseits sehen sie nicht, daß es sich beim gesellschaftspolitischen Konzept der SPD nicht um eine Theorie der Interessengruppen – und in diesem Sinne um ein rein formales Pluralismus-Modell – handelt. Vielmehr spielen Gedanken, den einzelnen zu betätigen, ihm die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Kräfte am Arbeitsplatz zu geben und sein Interesse an den Produkten, die er herstellt, zu wecken, eine entscheidende Rolle. Der damit angezielte Spielraum an Spontanität in der Arbeitswelt ist offensichtlich von den sowjetischen Autoren entweder nicht gesehen oder nicht akzeptiert worden. Es dreht sich nicht, wie die Autoren des Buches meinen, darum, dem arbeitenden Menschen eine „Illusion der Freiheit“ zu verschaffen. Ganz im Gegenteil: Das Alltagsleben des Menschen, die Sphäre seiner sozialen,

kommunikativen Existenz soll mit Leben erfüllt und damit seinem Leben selbst ein Sinn verliehen werden. Die sowjetischen Autoren erkennen nicht die tatsächlichen tiefgreifenden Strukturwandlungen der westlichen – insbesondere der westdeutschen und nordamerikanischen – Industriegesellschaften.

Der Sinn des Wortes „Revolution“ hat sich gewandelt. Während man in der Sowjetunion heute in erster Linie von der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ spricht, konzentriert man sich im Westen auf die Umgestaltung der Bedingungen der zwischenmenschlichen Kommunikation. Dies sind Revolutionen, die in ihren Auswirkungen weit über die Leninsche, im Denken des 19. Jahrhunderts befangene Konzeption der Revolution hinaustreiben. Jeder Kenner der sowjetischen Industrie- und Arbeitssoziologie weiß überdies, daß die Sowjetunion heute in einigen ihrer großen Industriestädte bereits mit Problemen konfrontiert ist, die aus westlichen Gesellschaften bekannt sind. Nur glauben die sowjetischen Ideologen offenbar, daß sie ihre politische Revolution 1917 sozusagen ein für allemal gehabt haben. Der Vorwurf, daß die soziale Revolution von der politischen Revolution heute getrennt würde, kann durchaus auch gegen das sowjetische System erhoben werden. Es ist verständlich, daß in der vorliegenden Arbeit auf diese Phänomene nicht hingewiesen wird. Nur erhebt sich die Frage, ob unter diesen Bedingungen die Position des ideologischen Pluralismus noch glaubhaft ist.

In den vorliegenden Zusammenhang gehört auch die These der sowjetrussischen Autoren, SPD und SPD hätten der evangelischen und katholischen Soziallehre – und damit dem „Klerikalismus“ – Tür und Tor geöffnet. Hier wird insbesondere auf Schriften Waldemar von Knoeringens und Willi Eichlers (siehe auch Willi Eichler: „Sozialdemokratische Programmatik und praktische Politik“ in NG 11/71) hingewiesen. Im Gegensatz zu den von den sowjetischen Autoren aufgestellten Behauptungen versuchen die verantwortlichen Führer der SPD seit 1959, aus der Abstraktheit des lange Zeit in der SPD herrschenden neukantianischen ethischen Sozialismus herauszukommen. Sie wollen die vielfältigen Konzepte und Ansätze des (christlichen) Humanismus, des kritischen Rationalismus und des Existentialismus zu einer wirklichkeitsnahen Theorie verschmelzen. Eine solche Theorie kann nur eine gleicher-

maßen politische wie soziale Theorie des Alltagslebens sein – eine Theorie, in die die ganze Fülle wie die Problematik des Menschen in unserer Zeit eingeht.

Es trifft wohl zu, daß eine solche umfassende Theorie bisher nicht geschaffen worden ist; doch sind zahlreiche Ansätze – in der kritischen Theorie der Gesellschaft, in der Sozialphänomenologie, in der Existenzphilosophie wie in den zahlreichen programmatischen Forderungen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie besonders seit 1959 – vorhanden. Da diese Ansätze noch in keiner in sich zusammenhängenden Theorie verarbeitet worden sind, ist es müßig, der Sozialdemokratie fehlende Konsistenz oder mangelndes theoretisches Niveau vorzuhalten. Abgesehen davon hat der Marxismus-Leninismus, wie ihn die Autoren der vorliegenden Arbeit vertreten, bis heute nicht seine ureigensten philosophischen Probleme gelöst: etwa die überzeugende Verbindung seiner ontologischen Annahmen über den Charakter der Materie mit der leninistischen Erkenntnistheorie. Die schwierige Position des Dialektischen und Historischen Materialismus gegenüber Problemen des Alltagslebens, der Verwandlung des Lebens durch Information, Kommunikation, durch die wissenschaftliche Revolution in allen Bereichen, durch die Revolution im Erziehungswesen sei hier nur am Rande erwähnt (Vgl. dazu die ausgewogene Analyse von Loren R. Graham, *Science and Philosophy in the Soviet Union*, New York, Alfred A. Knopf, 1972).

Antikommunismus und friedliche Koexistenz auf Parteebene

Die politischen Angriffe der sowjetischen Autoren gegen den Reformismus lassen sich auf das Stichwort „Antikommunismus“ reduzieren. Im Zuge der Übernahme des Antikommunismus näherten sich, so wird argumentiert, die Reformisten in der SPD immer stärker den Revisionisten, also jenen Marxisten innerhalb der kommunistischen Bewegung an, die die Orthodoxie des Dialektischen und Historischen Materialismus kritisieren. Namentlich werden in diesem Zusammenhang Ernst Bloch, der französische Marxist Henri Lefebvre, der polnische (heute in Oxford, England, lebende) Sozialphilosoph Leszek Kolakowski und der tschechoslowakische (heute in Kalifornien lehrende) Philosoph Ivan Sviták genannt. De facto, so behaupten die Autoren, würden die Vertreter beider Richtungen, des Reformismus wie des

Revisionismus, gegen den Kommunismus in seiner sowohl machtmäßig wie ideologisch etablierten Form wirken. Wenn die „Zusammenarbeit“ der vielen isolierten einzelnen Gruppen und Grüppchen auch nur in den Vorstellungen der sowjetischen Autoren existiert, so trifft es sicherlich zu, daß alle diese Gruppen gegen einen dogmatischen, auf die Wahrheit pochenden Kommunismus kämpfen. Sie alle suchen eine Abgrenzung des sozialistischen und demokratischen Gedankengutes vom orthodoxen Marxismus-Leninismus. Formal gesehen nehmen sie damit nur jene Haltung ein, die von den Vertretern des sowjetrussischen Marxismus-Leninismus selbst ununterbrochen gefordert wird: Abgrenzung, Klärung der Positionen, keine friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet.

Sicherlich, die beiderseitigen Abgrenzungsversuche haben eine „gewisse Auswirkung auf das Bewußtsein der Massen“. Der Charakter dieser Auseinandersetzungen ist aber ebenso komplex wie esoterisch. Deshalb sind die „Massen“, die davon beeinflußt werden, nicht allzu groß. Der unter dem Stichwort „friedliche Koexistenz“ auf ideologischem Gebiet geführte Kampf wird vermutlich keine direkte Breitenwirkung haben.

Dennoch ist er für das Selbstverständnis der sowjetischen Marxisten-Leninisten von großer Bedeutung – bleiben doch die Grenzen von Ideologie und Politik fließend. Dies wird deutlich an der Auslegung, die die Autoren des vorliegenden Bandes der friedlichen Koexistenz geben. Friedliche Koexistenz bedeutet zwar nicht den „Export der Revolution“, jedoch die Unterstützung bewaffneter und nichtbewaffneter Befreiungskämpfe in anderen Staaten: *„Die Politik der friedlichen Koexistenz bedeutet keineswegs die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse und ebensowenig ein Nachlassen im ideologischen Kampf. Diese Politik, die auf der Anerkennung des Willens der Völker zur Selbstbestimmung ihres Schicksals beruht, setzt nicht voraus, die Spaltung der Welt in den kapitalistischen und den sozialistischen Sektor für ewige Zeiten zu konservieren. Die sozialpolitische Situation, die sich aus der Festigung der friedlichen Koexistenz ergibt, schafft objektiv (und nicht als Folge der „Umrtriebe“ der Sowjetunion) günstige Bedingungen für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt. Die Politik der friedlichen Koexistenz*

bedeutet weder eine Unterstützung der reaktionären Regime noch schränkt sie die Rechte und Möglichkeiten der unterdrückten Völker ein, für die nationale und soziale Befreiung auf beliebigen Wegen, darunter auch auf dem bewaffneten Weg, zu kämpfen."

Solange die Sowjetideologen diesen Standpunkt einnehmen, wird – trotz aller notwendigen Kooperation und Entspannung – eine Barriere zwischen den Völkern des Westens und des Ostens bestehen bleiben.

Klaus Harpprecht

Abkehr von der Geschichte?

Muß die Geschichte verteidigt werden? Versteht sich ihre Anwesenheit nicht von selbst? Ist sie nicht so natürlich und unbestreitbar vorhanden wie das Haus, in dem wir leben, die vier Wände, die unsere Tage, unsere Nächte bergen? Dringt nicht mit jedem Blick, den wir auf das Heute werfen, eine Welt von Gestern in uns ein? Denken wir nicht mit jedem Gedanken auch das tausendfach Vorbedachte? Sind wir nicht von Vergangenheit umstellt, in jeder Regung des Augenblicks Gefangene einer Übermacht des Gewesenen?

Ist es nicht – umgekehrt – ein Gebot der Selbstbehauptung, daß wir uns endlich auflehnen gegen den Terror einer parasitären Vor-Silbe, eben gegen das kleine, widerwärtige „vor“, das sich wie ein Pilz durch alle Ritzen unserer Existenz zwängt und sich korrumpierend auf alle Worte hockt: vorgeformt und vorbestimmt, vorgedacht und vorgelebt – Ist das alles? Ein Reflex von Entwicklungen, die wann begannen? Vor wievielen Generationen, Perioden, Epochen?

Ist die Flucht in Zorn und Traum, Protest und Revolution, für die man den ungenauen Titel der „neuen Jugendbewegung“ gefunden hat, nicht in Wahrheit auch der längst überfällige Aufstand gegen die Geschichte, die uns über alle Zäsuren und Katastrophen, die angeblichen Nullpunkte hinweg mit einer unerbittlichen Totalität belagert und niemals ein wirkliches Beginnen erlaubt? Haben wir denn nicht allzu lang und beschwert das Heute und Morgen dem fragwürdigen „Auftrag der Geschichte“ unterworfen?

Wir haben Geschichte als die große Ausrede kennengelernt, die nach rückwärts gewandte

Lebenslüge, an der sich die Völker vergiften können, die mythologische Projektion einer verlogenen Gegenwart, die hochstilisierte Rechtfertigung für jedes Verbrechen und jedes Versagen. Es ist wahr, Geschichte überglänzt alle Schlichtereien, die über menschliches Begreifen gehen, sie verleiht – felerlich genug herbeizitiert – jedem Aberwitz den angeblich tieferen Sinn. Sie taucht das sichtbare Grauen des Hier und Heute in den Schimmer der Versprechungen, durch die sich zuletzt alles zum Guten wendet. Sie verspricht die Lösung fast jeden Problems, ja, die Erlösung selbst.

Geschichte als Aberglaube, Religions-Ersatz, Weltanschauung – das haben wir erfahren. Sie entlehnt sich in der Tat keinem Ideologischen Zugriff. Sie ist als Rückspiegel aller Visionen und Utopien brauchbar. Sie fügt sich jedem usurpatorischen Willen und unterwirft sich jeder manipulierenden Hand. Sie ist die große Hure, für den, der sie als Hure haben will.

Das alles kann sie sein – und nichts von dem. Sie ist Leben; ist der menschliche Anteil der Schöpfung, von Menschen machbar und gemacht, artifiziert und kreatürlich zugleich, Kunst und Natur, Schlaf und Bewußtsein, Tod und Existenz, Vergangenheit und Gegenwart – eine Zwischenwelt, in der man die eigentliche Heimat der Menschheit erkennen mag. Es gibt aus ihr gewiß kein Entkommen.

Der anti-historische Protest, der für diese Zeit so kennzeichnend ist, richtet sich in Wahrheit auch nicht gegen die Geschichte selbst, sondern gegen die Lüge mit der Geschichte, gegen den Entzug an Gegenwart, deren sich eine Epoche schuldig machte, die Geschichte als Ziel in sich selbst sah und sich mit dieser Ausrede vor den präsenten politischen und sozialen Forderungen davonmachte. Sie gestand so nur ihre Ohnmacht ein, mit der Gegenwart zu leben.

Geschichte als Ideologie war die Ersatzreligion gesellschaftlicher Impotenz, einer verzweiferten Unfähigkeit zur „Daseinsbewältigung“, wie man das heutzutage wohl ausdrückt.

Der Geist schien sich selbst nur noch historisch zu begreifen; er ließ die Zivilisation des industriellen Aufbruchs samt ihren demütigten Massen allein, Arbeiter, Ingenieure, Unternehmer; er entzog sich rücksichtslos, arrogant und wehleidig einer sozialen Erschütterung, für die keine klassische Bildung ein hilfreiches Beispiel bot: ein Elend, das kaum durch den Umstand gemildert wurde, daß es den Gebil-

deten nicht einmal ins Bewußtsein drang. Die Historiker banden sich die Lebensadern ab, als sie sich in die Verirrung des Historizismus verloren. Damit nahmen sie nur an der generellen Nachgiebigkeit der späten Jahrzehnte des 19. und der ersten des 20. Jahrhunderts gegenüber den Totalitätsansprüchen sich isolierender Einsichten teil. Die bedrückende Spezialisierung trieb ihre Gefangenen an, aus der Abgeschlossenheit ihrer Zellen auszubrechen. Wer die Wissenschaftsgeschichte jener Epoche schreibt, wäre gut beraten, wenn er dem Phänomen der intellektuellen Klausrophobie mit der Aufmerksamkeit eines Psychoanalytikers nachspürte. Die Veränderung der Horizonte durch die wachsenden Forderungen nach detaillierter Information war ohne Zweifel einer der entscheidenden Motoren der Ideologisierung unserer Welt. Die Atomisierung des Wissens forderte ganz konsequent die artifizielle Totalität. Auch das ist eine Definition der Ideologie.

Alle Bildung war nach dem Verständnis unserer Väter und Großväter im Grunde historisch: die politische, die literarische, die künstlerische, selbst die religiöse. So steht der Geschichtslehrer, nicht zu Unrecht, am Ende des Debakels als Generalsünder für das Versagen seiner Zeit; und steht heute, nicht grundlos, vor leeren Hörsälen und dozieren in dünn besetzten Seminaren. Ihn und sein Fach trifft die Abneigung, schlimmer: das hochmütige Desinteresse junger Leute, die klar genug vor Augen haben, was eine geschichtsbesoffene Gesellschaft anzustellen vermochte, als sie sich selbst anschickte, „Geschichte zu machen“.

Das tat sie, im Übermaß, angetrieben von Studienräten und Professoren (doch weiß Gott nicht nur von denen), die ihren „neuen Glauben“ gefunden hatten. Für jede Lage hielten sie ihre Parabel, für jede Fatalität ihre Legende parat; sie hatten längst der Aufgabe, Wirklichkeit zu vermitteln, den Rücken gekehrt, um dem „Zeitgeist“ das erwünschte „Weltbild“ zu liefern – Handlanger des Nationalismus in der entstehenden Massengesellschaft.

Die Historiker nahmen ihren Teil Schuld an der Raserei mit frühlicher Begelsterung auf sich. Sie stellten sich blind, stellten sich taub. Spätestens 1872, als nicht Jacob Burckhardt, der weltbürgerliche Schweizer Demokrat, sondern Heinrich von Treitschke, der großpreußische Nationalist aus Sachsen, zum Nachfolger Ranke nach Berlin berufen wurde, kündigte sich die Entscheidung für die kommenden zwei oder

drei Generationen deutscher Geschichtslehrer an: für die teutonistische Rebellion gegen Aufklärung und Vernunft.

Treitschke selbst verstand und bewahrte die Freiheit des Historikers noch als Offenheit für die Fülle des Geschehenen: Geschichte eben nicht nur als Geschichte der Kriege, der Politik, der Diplomatie, der wirtschaftlichen, der sozialen, der kulturellen, literarischen und philosophischen Ereignisse, sondern, all dies zusammengefügt, als die Geschichte des Menschen im Geschick seiner Gemeinwesen, der Völker, der Nationen, der Zivilisationen. Dieser Auftrag mag zu groß gewesen sein. Der Historiker Treitschke wurde vom handelnden Politiker Treitschke besiegt. Der Universalist kapitulierte – im Reichstag – vor dem Anwalt der nationalen Sache. In der Tat, durch ihn und nach ihm stellte sich die Geschichtswissenschaft in den Dienst der Nation.

Die nationalistische Geschichtsschreibung hat nicht die Angriffsbefehle ausgeführt, aber sie versorgte die Exekutoren der mörderischen Mission fanatisiert und fleißig mit Argumenten. Sie horchte die Jahrhunderte nach den frühen Geräuschen des Aufbruchs ab, Ahnungen heraufsteigender Gewitter, erspähte die Vorbereitungen der Morgenröte und den Glanz des sicheren Triumphes. „Weltgeschichte ist das Weltgericht“ – sie wurde es, anders als es sich die selbsternannten Gerichtsherren dachten. Die Ideallastige Gottlosigkeit des Schillerwortes hat sich auf schreckliche Weise bestätigt.

Das Gefolge der Epigonen bemerkte kaum oder doch zu spät, daß sich der Gegenwart eine andere, kühnere Utopie bemächtigte: die sozialistische. Die Botschaft des Propheten aus Trier, der in London denkend und schreibend die Veränderung der Welt betrieb, suchte keine Erfüllung mehr in einer Schattenbeschwörung von Volk, Nation, von Vätern und Vorvätern, sondern entdeckte in der Geschichte das große Gesetz, die konstante Logik, die wie ein Uhrwerk die Stunden des Schicksals voranrücken läßt, bis sich die Zeiger der Freiheit, der Gleichheit für die erwachten Massen endlich decken. Auch die Utopie des totalitären Sozialismus okkupierte Vergangenheit, zwang sie unter die Zucht ihrer Heils-Mathematik, schulmeisternd, pedantisch, herrschaftlich in ihrem priesterlichen Anspruch, die unantastbare Wahrheit zu verkündigen. Auch sie vergewaltigte und manipulierte im Namen ihres messianischen Ziels, von dem aus sich alles berechnet. Sie setzte den Determinismus des

Künftigen gegen den Determinismus des Vergangenen, der in der „Veterinär-Philosophie“ des Rassismus (Carlo Schmid) seinen mörderischen Triumph erlebte, den Determinismus der Massen gegen den der Eliten.

Da nun alles auf die Vielen, nämlich die Gesellschaft, gerichtet zu sein schien und nichts mehr auf den Einzelnen, geriet der Mensch zum Objekt der Geschichte, und das war ein hoher Preis, der ihm abverlangt wurde. Aber die Phantasie bemächtigte sich auch endlich der so lange verkannten, unterdrückten Realitäten: Armut, Hunger, Eigentum, Produktion, Technik, Milieu, Geschlecht, Gesellschaft; das war offensichtlich ein Gewinn an Wirklichkeiten (für die andere geopfert, geschwächt, gefälscht worden sind), Wirklichkeiten, die danach drängten, Bewußtsein und Gewissen zu erobern. Wohin gingen die Maurer, als die Chinesische Mauer gebaut war? Die Geschichte blieb die Antwort schuldig – Bertolt Brecht hat sie nicht zum Reden gebracht.

Der Nachholbedarf an Fragen dieser Art ist keineswegs befriedigt. Wir Menschen, so hat es mitunter den Anschein, sind erst im Begriff, uns als soziale Wesen zu entdecken. Die marxistische Utopie hat uns keineswegs die Tür zu irdischen Paradiesen aufgeschlossen, aber sie hat uns einstweilen die Inflation der Soziologie beschert, jener unsicheren Lehre von der Gesellschaft, die, wenn nicht alles täuscht, die Historie aus dem Zentrum der akademischen Gelehrsamkeit verdrängte, das sie nach einem Jahrtausend theologischen Regiments und einem guten Jahrhundert philosophischer Dominanz für kurze Jahrzehnte beherrscht hatte.

Die Soziologie will, nicht anders als die Geschichte, eine Wissenschaft vom Menschen sein. Auch ihr fiel ein Abglanz des universalistischen Anspruchs zu, mit dem Theologen, Philosophen und Historiker die Verlorenheit des Einzelnen aufzufangen und in der Anschauung des Ganzen eine Zuflucht zu schaffen versuchten. Keine Soziologie, die den Namen verdient, ist ablösbar von philosophischen Erwägungen, und ohne historische Erfahrungen ist sie nicht denkbar. Die banalisierte Gesellschaftswissenschaft vor allem amerikanischer Prägung, die uns mit Kursen, Schaubildern, Statistiken über Milieu und Verhalten, mit einer wahren Schwemme von nützlichen und unnützen Informationen im allgemeinen nur mäßig amüsiert, hat den Respekt vor der jungen Disziplin kaum gefördert. Sie hat weniger zu unserer Aufklärung beigetragen, als sie vor-

gibt, und öfter die Köpfe verdunkelt als erhellt. Auch die Soziologie wird ihrer Aufgabe nur dort gerecht, wo sie ihre auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Kategorien in den Dimensionen des Historischen und Philosophischen ausmißt.

Zukunft für sich ist immer eine Ausrede, die auf nichts Gutes schließen läßt. Sie ist – so will es unsere Blindung an die Zeit – nur aus der Geschichte denkbar, nur aus ihr schöpft sie ihre Realität. In der Prüfung und Bearbeitung historischer Vorgänge erwiesen sich die besten Geister der Soziologie übrigens auch als Schriftsteller von eindrucksvollen Talenten: Max Weber vor allen anderen. Es ist zum anderen kein Zufall, daß sich die Gesellschaftswissenschaftler bis heute nicht mit der gleichen künstlerischen Selbstverständlichkeit den Zugang zur Literatur verschafften wie die großen Historiker: Ranke, Mommsen, Hippolyte Taine oder Tocqueville, von denen die Sprache ihres Jahrhunderts geprägt worden ist.

Dieser Einwand mag heute nicht viel zählen. Oder doch? Es ist wahr: für die Majorität der Sozialforscher hat die Sprache wenig zu sagen, es sei denn, sie heißen Horkheimer oder Adorno; sie ist nicht mehr als ein Verständigungsmittel, das keinen Impuls aus sich selbst hat – vielleicht nicht haben darf. Aber wäre nicht auch denkbar, daß sich in einer Gleichgültigkeit gegenüber dem Wort, die zu keiner Barbarei mehr unfähig ist, ein tieferes Unvermögen ausdrückt? Daß am Ende der Verkarstung der Sprache die des Denkens entspricht? Daß der Verzicht auf Anschaulichkeit einen neuen Verzicht auf Wirklichkeit annonciert?

Die Welt der klassischen Historiker war personalistisch; sie suchten das Geschick des Ganzen im Bild des einzelnen, ja, sie erkannten in ihm seine Erfüllung. Schrieben sie denn je die Geschichte der Völker? Oder zuletzt doch stets die Geschichte ihrer Führer, ihrer Helden, ihrer Verräter, ihrer „Großen“? Nur an ihnen schien sich die Phantasie zu entzünden, nur sie gewannen Kontur und Prägung, an ihnen richtete sich der Wille zum Exemplarischen auf, rankte sich das Bedürfnis zur Legendenbildung, zur Verklärung, zur Verteufelung und schließlich das ewige Verlangen nach dem Märchenhaften hoch. Die Gruppen, Gemeinschaften, Kollektive verharrten in der Dunkelheit der Anonymität. Das Volk blieb der fremde Schatten. Es ist schrecklich, aber es ist wahr: Brechts chinesische Maurer haben noch nicht einmal einen Schatten hinterlassen – oder doch nur den der

großen Mauer, die sie auf den Befehl der Kaiser bauten.

Wird es, kann es der Soziologie und einer soziologisch orientierten Geschichtsschreibung gelingen, dieses Schweißen zu brechen? Die chinesischen Maurer sind verschollen; auch eine sorgsame Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Ming-Dynastie wird ihr Geschick nicht an den Tag bringen. Hier hilft keine „bewagte Statistik“, wie Golo Mann mit einer präzisen Formel die „mathematisierte Historie“ der Soziologen genannt hat. Auch sie erstickt, nicht anders als die Spezial-Geschichte der Kriege, als die Staats- und Diplomatie-Geschichte, die Stimmen der Alltäglichkeit, die uns allein sagen könnten, „wie es wirklich war“. Wir werden es wohl nie wissen. Wir können es ahnen. Wir können vermutete Realitäten bloßlegen, um an ihnen unsere eigenen zu erfahren, doch es werden zuletzt doch nur die des einzelnen sein, den Zufall oder Qualität aus dem Schicksal der Vielen heraushob: nicht notwendig durch „Größe“, denn sie ist ein fragwürdiges Signalement, sondern vielleicht nur durch das Lebenszeugnis, ein Buch, eine Chronik, ein Handwerkszeug, das er hinterließ.

Die soziale Kollektivierung der Geschichte gerinnt konsequent zur Abstraktion, weil „Gemeinschaft“ nicht mittelbar ist, es sei denn durch Ziffern, juristische Texte, vielleicht durch Umschreibungen eines undeutlichen „Lebensgefühls“. Dies alles erstarrt, schematisiert und auf einen „Nenner“ gebracht, rasch zur Theorie. Sie verdrängt die Lebensfülle des Konkreten; von ihr geht ohne Zweifel ein intensiver Geruch von Langeweile aus.

Theorie, der Wirklichkeit eingepflanzt: die Soziologie hat sich von der Last ihrer ideologisch beschwerten Herkunft noch nicht zu befreien vermocht, die ihr eine Existenz im Stand der wissenschaftlichen Unschuld, das heißt der Neugier und des Staunens zu ihrem Unglück (und dem ihrer Schulen) bis heute verwehrt. So erklärt sich womöglich ihr intensives Verhältnis zu formelhafter Allgemeinheit, auch die permanente Gefahr, Abstraktionen in Banalitäten zu verwandeln.

Auch das ist ein Prozeß der „Entfremdung“, wie es Golo Mann mit einem schönen und einfachen Satz erklärt hat: *„Ein Mensch, der seiner Vergangenheit fremd wird ... wird sich selber fremd.“* Er gibt einen Teil seiner Persönlichkeit verloren; es ist vielleicht der entscheidende. Wir in der Mitte Europas haben genug Vergangenheit eingeübt, sollte man denken.

Was der Krieg übrig ließ, legt ein ungezügelter Produktionszwang in Trümmer, beseitigt es bis zur Spurlosigkeit. Die Rettung des Geschichtsbewußtseins, die Golo Mann von unserer Gesellschaft fordert, gehört zu jenem geistigen Umweltschutz, der uns so nottut wie der biologische.

Der Verlust des Gedächtnisses, des individuellen wie des kollektiven, ist Verlust an Menschlichkeit. Aber wir wissen wenig von dem komplizierten Mechanismus der Erinnerung, der die Geschichte des einzelnen aufzeichnet. Die Mediziner haben ihn lediglich lokalisiert. Neurochirurgen können uns durch ein paar operative Schnitte von unserem Gedächtnis befreien. Aber die moderne Psychologie, so viel sie uns über die dunklen Strömungen unseres Daseins mitgeteilt hat, ist uns die Auskunft schuldig geblieben, von welcher Phase der Entwicklung an die Zellen unseres Gehirns mehr Erfahrungen speichern, als sie im Fortschreiten des Alters noch aufzunehmen vermögen. Die Markierung des ungefähren Gleichstandes von Erlebtem und zu Erlebendem, von einem zum anderen gewiß verschieden, mag überraschend früh zu setzen sein: keinesfalls erst in jener Mitte, die sich nach der Lebenserwartung berechnet.

Soviel ist gewiß: nur der kleinere Teil unseres Selbst lebt im Gegenwärtigen. Es ist die banale Parabel von der Spitze des Eisbergs; sie gilt für die Existenz des einzelnen nicht anders als für das Kollektiv der Gesellschaft; ins präsente Bewußtsein ragt nur ein Fragment des Ganzen, das der Sichtbarkeit entzogen und dennoch vorhanden ist. Wir sagen: Ich lebe, und meinen die Wahrnehmung des Augenblicks, in dem wir die Signale des Kommenden suchen. In Wahrheit hat dieser einfache Satz einen doppelten und dreifachen Boden, aus dem wie eine verborgene Resonanz die Vergangenheitsformen heraufklingen: Ich lebe heißt immer zugleich auch: Ich habe gelebt – ein Sich-Erinnern und Wiedererkennen. Jedes Ich ist, mit dem Erwachen des Bewußtseins, schon Geschichte; verurteilt, mehr und mehr Geschichte zu werden, ein Gefäß der Erfahrungen, die unser Verhalten ordnen.

Geschichtsbewußtsein ist Selbstbewußtsein. Das besagt etwas anderes als das Schulmeistergebot, „aus der Geschichte zu lernen“. Unsere Welt ist keine pädagogische Anstalt, in der nach unumstößlichen Regeln geprüft wird, und Geschichte setzt keine berechenbaren Ziele. Sie definiert ihre Themen von Genera-

tion zu Generation neu und anders. Sie ist – das mag ihre Gnade sein – das Unwiederholbare, das Unwiederbringliche und dennoch Vorhandene.

Mit anderen Worten: Phantasie ist Erfahrung. Geschichte, die individuelle, wie die allgemeine, gibt sich uns so als „Lebensraum“ zu erkennen. Sie ist in der Tat eine nahezu unermessliche Erweiterung unseres Daseins.

Also ist auch Geschichte Phantasie, Mitteilung von Leben – vervielfachtes Leben, das die Verengung unseres eingepferchten Daseins aufsprengt, wann immer wir es wollen. Geschichtsfeindschaft, wie wir sie in den grimmigen Mienen mancher Zeitgenossen zu beobachten glauben, ist darum einer verbissenen und freudlosen Lebensfeindlichkeit benachbart. Sie redet sich ein, wir hätten an uns selbst, an unserer Gegenwart genug. Das wäre eine böse bemitleidenswerte Verarmung.

Das Ja zur Geschichte zeigt einen Hunger nach Wirklichkeiten an, den das Hier und Heute niemals zu erfüllen vermag: denn unser Ich scheint größer zu sein als die Jahre, die ihm auf dieser Erde gegeben sind. Es drängt über sie hinaus. Es ist unser begrenztes, elendes Ich, das die Grenze der uns gesetzten Frist durchbrechend, ein vielfaches Leben mit- und nachleben will.

Geschichte ist Zeit; und sie ist ihre Überlistung. Unsere Chance, sie nicht zu verlieren, ist, sich an sie zu verschwenden. Nennen wir das: die Großmut der Vergänglichkeit, die sich uns öffnet, wenn wir sie als Wirklichkeit begreifen – nicht ausschließlich, um an ihr zu leiden oder zu lernen, sondern uns mit ihr und durch sie zu unterhalten. Geschichte duldet keine Langlei- weile: sie nimmt sie nicht zur Kenntnis. Sie ist die einzige Sünde, die von der Geschichte ausgelöscht wird.

Horst Heldermann

Methodisches zum Langzeitprogramm

Nach 6 Vollsitzungen, einer zweitägigen Klausurtagung und rund 40 Sitzungen von Arbeitsgruppen wird die Kommission Langzeitprogramm voraussichtlich Ende Mai dem Parteivorstand den Entwurf eines Langzeitprogramms vorlegen können. Dieser Entwurf läßt viele Wünsche offen; vor allem auch Wünsche und Ansprüche, die die Kommission selbst an

das Ergebnis ihrer Arbeit gestellt hat. Die Gründe dafür liegen nicht nur in den Schwierigkeiten des Gegenstandes, in der ungeheuren Vielfalt und Komplexheit der zu behandelnden Sachverhalte, sie liegen auch im Verfahren, in der „Methode“, im formalen und im politischen Sinne.

Es kann nicht Aufgabe des Sekretariats sein – zumal beim jetzigen Stand der Arbeit –, zu einzelnen Sachproblemen und ihrer Behandlung im Programm hier Stellung zu nehmen. Hierzu wird nach der Veröffentlichung des Entwurfs durch den Parteivorstand ausreichend Gelegenheit sein. Einige methodische Fragen können aber schon jetzt angesprochen werden.

Es war das erste Mal, daß die Sozialdemokratische Partei – ja, soweit mir bekannt, eine politische Partei überhaupt – sich entschloß, ein langfristiges, konkretisiertes und quantifiziertes Programm zu entwickeln. Sie hat damit für ihre zukünftigen programmatischen Aussagen neue Maßstäbe gesetzt.

Zunächst wurde zur Erreichung dieses Ziels der übliche Weg gewählt: der Parteivorstand setzte eine Kommission ein. Auf Wunsch des Vorsitzenden der Kommission, Helmut Schmidt, wurde erstmals ein hauptamtliches Sekretariat eingerichtet, das aus wissenschaftlichen Mitarbeitern des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung bestand. Kommission und Sekretariat konnten bei der Detailarbeit auf den Sachverstand zahlreicher Mitarbeiter in Partei und Regierung zurückgreifen.

Bereits der Beschluß des Saarbrücker Parteitages ließ deutlich werden, daß mit der Forderung nach einem Langzeitprogramm Neuland betreten wurde. Es war schon damals klar, daß ein solches Programm nicht geschrieben, diskutiert und verabschiedet werden könne, um dann sozusagen zum gesicherten Bestand der politischen Doktrin der Partei zu gehören, sondern daß dieses Programm ständig fortgeschrieben, d. h. ergänzt und revidiert werden müsse.

Philosophie

Diese Konzeption eines politischen Programms als eines lernenden Systems war nur möglich auf der Basis von Godesberg. Die Absage an eine bestimmte weltanschauliche Bindung, die Absage an geschichtsphilosophische Spekulationen, die Absage schließlich auch an den Versuch, schon heute eine genau

definierte sozialistische Gesellschaftsordnung der Zukunft zu dekretieren, sind notwendige Voraussetzungen für ein solches System, ebenso wie der in Godesberg erstmals unternommene Versuch, durch die Grundwerte des demokratischen Sozialismus das Zielsystem eines politischen Prozesses zu bestimmen. Darüber, daß das Godesberger Programm gerade in dem wichtigen Abschnitt über die Grundwerte noch viele Fragen offen läßt, besteht weitgehend Einigkeit. Gerade für die weitere Entwicklung des Langzeitprogramms werden die Ergebnisse der Kommission, die die Grundwerte berät, deshalb von besonderer Bedeutung sein. Dabei ist eine möglichst eindeutige und operationale Definition der Grundwerte anzustreben. Nur dann können die Grundwerte ein zulänglicher Maßstab sein sowohl als Auswahlkriterien für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse (Tatbestandsaufnahme) wie auch für die Bewertung von Maßnahmen zur Veränderung dieser Verhältnisse (Programmforderungen).

Ökonomie

Als weitere Elemente des Systems — und das ist neu — treten nun die ökonomischen Größen hinzu. Grundelemente sind dabei das anzustrebende Wachstum des Bruttosozialproduktes in der Programmperiode, der Anteil der öffentlichen Ausgaben an diesem Sozialprodukt (sog. öffentlicher Korridor) und deren Finanzierung durch Steuern, Kredite oder Gebühren sowie schließlich ein quantifiziertes Setzen von Prioritäten des staatlichen Handelns in den Grenzen dieses öffentlichen Korridors.

Im Idealfall wird also jede politische Maßnahme darauf zu überprüfen sein (und zwar *uno actu* mit anderen, gleichzeitig vorgeschlagenen Maßnahmen), ob sie geeignet ist, die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen (bzw. welche Grundwerte, Zielkonflikte sind möglich), ob, wie stark und wann sie das Wirtschaftswachstum beeinflusst, ob, wieviel und wann sie öffentliche Mittel beansprucht oder freisetzt und ob dies zu einer Verschiebung der Prioritäten und/oder zu einer Veränderung der Größe des öffentlichen Korridors führt. Schließlich sind Nebenwirkungen zu beachten, komplizierte Rückkoppelungen vorzunehmen.

In vielen Fällen erlauben es die uns im Augenblick zur Verfügung stehenden Möglichkeiten noch nicht, diese Fragen eindeutig zu beantworten. In vielen anderen Fällen ist dies aber

— wenn auch mit einer gewissen Toleranzbreite — möglich, weit eher möglich jedenfalls, als man oft meint. Es wird eine der Aufgaben der Zukunft sein, zugleich mit der Präzisierung der Grundwerte das technische Instrumentarium so zu verbessern, daß die Fehlergrenzen kleiner werden und das ganze Feld politischer Entscheidungen in eine solche systematische Prüfung einbezogen werden kann. Der wissenschaftliche Apparat der Langzeitkommission muß zu diesem Zweck personell und materiell verstärkt werden.

Politik

Je vollkommener jedoch diese Möglichkeiten werden, um so deutlicher wird es werden, daß auch langfristige politische Planung nur im Vorfeld ein technisches Problem darstellt, daß aber mit der Überwindung der technischen Probleme die politischen Probleme um so klarer hervortreten. Je allgemeiner politische Programme gehalten wurden, je leerer die Formeln, um so geringer die Probleme der Übereinstimmung innerhalb der Partei — aber auch bei der Gewinnung der Mehrheit der Wähler. Je detaillierter und konkretisierter ein Programm, um so schwieriger die Einigung. Je weiter man in die Zukunft ausgreift, um so größer die Unsicherheit, um so größer die Ungewißheit über das, was geschehen wird und was geschehen soll. Wenn dann ein gemeinsamer Nenner konkret gefunden werden muß, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß dieser gemeinsame Nenner weniger zu einem Programm der kühnen Perspektiven und neuen Horizonte als vielmehr zu einem vorsichtigen, ja konventionellen Programm führen wird.

Dies ist kein neues Phänomen oder eine neue Erkenntnis: Programme werden — wenn sie von einem breiten Konsens getragen werden sollen — immer nur das artikulieren können, was schon — zumindest latent — gemeinsame Meinung ist. Insofern wird man von einem Programm einer im Innern demokratisch organisierten politischen Partei in der Regel nicht den „großen Wurf“ erwarten dürfen. Es scheint sich um ein unausrottbares Mißverständnis zu handeln, daß die Humanisierung der Gesellschaft das Ergebnis eines großen Wurfs sein müsse. Sie ist dieses nicht. Sie ist das Ergebnis der Kleinarbeit in vielen Einzelbereichen, der langweiligen und langwierigen Lösung einzelner Probleme in einzelnen Bereichen zum Nutzen einzelner Menschen.

Wenn ein konkretisiertes, quantifiziertes und langfristiges Programm wenig Möglichkeiten offen läßt, sich an Konsensus-Problemen vorzubewegen, dann bleibt, um Übereinstimmung zu erzielen, Übereinstimmung, die auch zur Verwirklichung des Programms notwendig ist, allerdings nicht nur die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Es bleibt im Sinne der demokratischen Grundüberzeugung unserer Partei der Prozeß der Diskussion und der gegenseitigen Überzeugung. Mit anderen Worten: der Entwurf eines Langzeitprogramms kann nichts anderes sein als der Vorschlag, eine neue Diskussion zu beginnen. Eine Diskussion, die sich an bestimmte Regeln der Ökonomie und der langfristigen Planung halten muß.

Verfahren

Also kein Beschluß, keine Verbindlichkeit? Diese Frage ist falsch gestellt. Selbstverständlich werden die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auch in Zukunft zu vielen politischen Einzelfragen politische Beschlüsse fassen. So geschah es auf dem außerordentlichen Parteitag zur Steuerpolitik und zur Medienpolitik. So wird es auf dem ordentlichen Parteitag in Hannover zur Vermögenspolitik und zur Bodenpolitik geschehen. Jeder Beschluß zu gesellschaftspolitischen Problemen (das Langzeitprogramm behandelt ausgesprochen außerpolitische Fragen nicht, ebenso betrifft es nicht die langfristige organisatorische Entwicklung unserer Partei) betrifft aber das Langzeitprogramm. Zu jedem dieser Beschlüsse wird also im Hinblick auf seine Vereinbarkeit mit dem Langzeitprogramm Stellung zu nehmen sein, soweit der jeweilige Erkenntnisstand das erlaubt.

Kriterien für eine solche Stellungnahme sind dabei die im Langzeitprogramm festgelegten ökonomischen Zielvorstellungen. Diese ökonomischen Zielvorstellungen können als ein rein informatives, ökonomisches Muster betrachtet werden. Sie könnten aber auch jeweils auf Parteitagen im Sinne richtungsweisender Beschlüsse verabschiedet werden. Diese richtungsweisenden Beschlüsse müßten dann eine Aussage über das angestrebte Wachstum des Bruttosozialproduktes, über die Breite des öffentlichen Korridors, über die Prinzipien der Aufbringung der Mittel für diesen Korridor und die quantifizierten Prioritäten der öffentlichen Ausgaben enthalten.

Gleichgültig, ob man das Langzeitprogramm lediglich als Informationssystem oder aber als gültiges Bezugssystem für Einzelbeschlüsse verstehen will, in jedem Falle wird die Arbeit an diesem Programm permanent weitergeführt werden müssen. D.h. die Kommission Langzeitprogramm muß in einer geeigneten Form weiterarbeiten. Je nach der zukünftigen Funktion des Langzeitprogramms wird man dabei mehr auf fachliche Qualifikation oder mehr auf politische Repräsentativität Wert legen müssen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen der Partei muß angestrebt werden. Dazu und im Sinne der oben genannten besseren sachlichen Grundlegung muß der technische und wissenschaftliche Apparat erweitert werden.

Kein leichter Weg

All dies wird — und das sollte man klar sehen — die politische Arbeit zunächst nicht leichter machen. Es wird sie schwerer machen, es wird mehr fordern von dieser Partei, von ihren Repräsentanten und nicht zuletzt von all denen, die im Rahmen der sogenannten politischen Bildung daran mitarbeiten, das politische Bewußtsein der Bürger in unserem Lande zu stärken. All dies wird aber auch, wenn es gelingt, die Ergebnisse der Arbeit entscheidend verbessern — und darauf kommt es ja an.

Ferdinand Wiebecke

Die Einheit der Bildungsreform

I

Der erste Schritt für eine grundlegende Reform ist getan: Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung hat im Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan dargestellt, wie unser Bildungssystem künftig organisiert sein soll (siehe auch Klaus von Dohnanyi: „Der konservative Gegenangriff“ in NG 3/72). Sie wird einen Zeitplan entwerfen, nach dem aus dem jetzigen Zustand das künftige System zu entwickeln ist. Sie hat vertragsgemäß die Kosten dieser Umstrukturierung vorausgeschätzt; sie wird Vorschläge machen, wie die Kosten aufzubringen sind, und ein Bildungsbudget entwerfen. Damit ist die Richtung für die weitere Entwicklung festgelegt und ihr Ziel erkennbar: Das Modell für ein demokratisches Bildungswesen soll Gestalt gewinnen.

Den Administrationen in Bund, Ländern und

Gemeinden ist jetzt die Aufgabe gestellt, den Plan in einer bestimmten Schrittfolge zu verwirklichen, ihn gegen Angriffe, gleichgültig von welcher Seite, zu verteidigen und ihn gegen das Beharrungsvermögen der Apparate und Behörden durchzusetzen. Es wäre allerdings verhängnisvoll, wenn das Abblocken von Gegenangriffen als zureichend für die Realisierung der Reform angesehen würde und die Parlamente und Verwaltungen darauf vertrauten, als würde sich der Plan aus eigener Kraft verwirklichen, wenn ihm nur der nötige Freiraum dazu geschaffen würde. Es muß jetzt allen Betroffenen und Beteiligten daran gelegen sein, ihre Kräfte auf die Durchsetzung der neuen Organisation des Bildungswesens zu konzentrieren, wenn diese Reform nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein soll.

II

Die Reform des Bildungswesens wird keine Wirklichkeit gewinnen können, wenn sie nicht die Reform der Inhalte einschließt. Es wird nicht zureichen, allein neue Organisationsstrukturen für die Vermittlung von Bildungsinhalten zu entwerfen. Einheit und Neufestsetzung der Inhalte sind von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zwar gefordert, aber die Forderung ist noch nicht zureichend konkretisiert worden. Insofern ist die Arbeit dieses Gremiums bisher nur als ein erster Schritt auf dem Wege zur Reform anzusehen.

An einigen Punkten mußten Entscheidungen über neue Organisationsstrukturen im Bildungswesen zugleich Entscheidungen über künftige Bildungsinhalte in Grundsatzfragen präjudizieren. An diesen Punkten konnte in der Bund-Länder-Kommission keine Einigkeit erzielt werden: Der Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan weist daher in der Empfehlung zur Einführung der Gesamtschule und zur Lehrerbildung Mehrheits- und Minderheitsvoten aus.

Die Fortführung der Arbeit in der Kommission wird jedoch, wenn sie ihren Auftrag ernst nimmt, weitere Entscheidungen über die Inhalte des Bildungswesens erfordern, und es ist schon jetzt abzusehen, daß Einigkeit, d. h. Einstimmigkeit, nicht zustande kommen kann. Die Uneinheitlichkeit in der Entwicklung unseres Bildungswesens würde dann zementiert, oder die Kommission müßte, weil sie die Verantwortung scheut, diese Aufgabe ausklammern. Beides wäre gleichermaßen fatal, da das gesetzte Ziel

der Entwicklung eines demokratischen Bildungswesens nicht erreicht würde und die gesellschaftspolitische Aufgabe der Bildungsreform nicht in Angriff genommen werden könnte. Die Art, wie bisher über künftige Entwicklungen des Bildungswesens entschieden wurde, muß daher geändert werden.

Die bestehende Form des kooperativen Föderalismus in der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und der Versuch eines koordinativen Föderalismus in der Bund-Länder-Kommission haben die Einheit des Bildungswesens nicht herstellen können. Beide waren zu schwach, eine grundlegende Reform zu bewerkstelligen. Die Schaffung einer Bundesrahmenkompetenz ist daher der notwendige nächste Schritt, um die Reform des Bildungswesens durchzusetzen und seine Einheit und damit die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in unserem Staat zu sichern.

Die Erweiterung der Kompetenzen des Bundes muß nicht notwendigerweise die Schaffung eines Bundeskultusministeriums bedeuten. Es würde auch reichen, wenn innerhalb der Bund-Länder-Kommission Mehrheitsentscheidungen gefällt werden, die für alle Länder gleichermaßen verbindlich sind.

Die Stärkung der Bundeskompetenz hat sich für die Hochschulen als notwendig und nützlich erwiesen. Der Bund hat in langer und zuweilen mühsamer Arbeit ein Hochschulrahmengesetz vorgelegt, das zwar nicht alle Wünsche für die Neuordnung der Hochschulen erfüllen kann, aber zumindest eine einheitliche Entwicklung gewährleisten wird. Eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Hochschuleinrichtungen ist durch die Aufnahme des Hochschulbaues in den Katalog der Gemeinschaftsaufgaben erreicht. Für Forschungsförderung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke werden ebenfalls dem Bund die Kompetenzen in der Verfassung zugestanden, so daß der gesamte Bereich der Hochschul- und Forschungspolitik vom Bund verantwortlich mitgestaltet werden kann. Diese Mitgestaltungsmöglichkeit gilt es auf das übrige Bildungswesen auszudehnen.

III

Der Feststellung, wie das Bildungswesen neu organisiert werden soll, muß als nächster Schritt die Neufestsetzung der Inhalte des Bildungswesens folgen. Lehr- und Lerninhalte dürfen mit den Zielen der Demokratisierung unserer Gesellschaft und der Steigerung der Leistungsfähigkeit ihrer Einrichtungen nicht nur

verträglich sein, sondern sie müssen diese Ziele mittelbar und unmittelbar fördern. Lehrziele und -methoden sollen nicht nur zur Verwirklichung der Chancengleichheit durch intensive Förderung aller auf allen Stufen des Bildungswesens beitragen, sondern sie müssen selbst, indem sie auf Fähigkeiten zu Kommunikation, Analyse und Urteil, auf Bereitschaft zum Handeln, zur Kooperation, Partizipation und Kreativität abzielen, Demokratisierung und Leistungsfähigkeit im und als Lernprozeß verwirklichen. Die Schule wird um so effektiver sein, je stärker sie selbst am Demokratisierungsprozeß teilnimmt und Fähigkeiten vermittelt, die auch außerhalb von ihr für den einzelnen nützlich und verwertbar sind. Sie darf nicht zu einem abgeschlossenen System gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und Anforderungen werden und Bildung an und für sich produzieren. „Non scholae sed vitae discimus“ ist auch als Mahnung an die Schule zu verstehen.

Der Bildungsrat hat sich bemüht, erste Fixpunkte für die notwendige Erneuerung unserer Lehrpläne zu setzen, wobei er die Frage nach Zweck und Ziel bestimmter Inhalte nicht entschieden hat. Im Strukturgutachten beispielsweise beschränkt er sich darauf, einzelne Stufen des Lernens und Begreifens zu skizzieren und die Notwendigkeit, das Lernen zu lernen als Grundfähigkeit, die Unterricht vermitteln muß, zu fordern. Nirgends aber macht der Bildungsrat eine Aussage darüber, welchen Zwecken beispielsweise der Deutsch-, Englisch- oder Chemieunterricht auf den einzelnen Stufen des Bildungssystems dienen soll. Er klammert sogar seine Bemerkungen über die Lehrpläne in den Empfehlungen „Zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen“ ausdrücklich aus und verweist sie in den Anhang, der nicht als Teil der Empfehlungen angesehen wird.

Im Zuge der Beratungen der Bund-Länder-Kommission wurde der Gedanke verfolgt, ein zentrales Curriculum-Institut zu errichten und Wissenschaftlern die Aufgabe zu übertragen, neue Lehr- und Lernziele zu bestimmen. Doch damit wären Wissenschaftler allein überfordert. Sie brauchen politische Zielvorgaben, die sie in „operationalisierte Lernziele“ übersetzen können und die dann ihrerseits den Ausgangspunkt für den Entwurf neuer Lehrpläne und Lernwege bilden. Was zu lernen ist und was gelernt werden soll, ist keine Frage, die von Wis-

senschaftlern, sondern von Vertretern aller Betroffenen und Beteiligten entschieden werden muß. Die bisher überwiegend mit Vertretern der Administration besetzten Gremien zur Neuordnung des Bildungswesens haben die Entscheidungen über neue Inhalte nicht getroffen und nur in geringem Umfang vorbereitet.

Für die Neuformulierung der Inhalte des Bildungswesens müssen daher neue Gremien nach dem Vorbild der Studienreformkommissionen, wie sie das Hochschulrahmengesetz vorsieht, gebildet werden. In diesen Lehrplanreformkommissionen sollen auf Landesebene neben Lehrern, Wissenschaftlern und den zuständigen staatlichen Stellen Sachverständige der Sozialpartner, Fachverbände und Berufsorganisationen vertreten sein. Ihre Aufgabe ist es, Empfehlungen auszuarbeiten, die Ziele und Abschlüsse von Ausbildungsgängen sowie inhaltliche Mindestanforderungen und Leistungsbedingungen neu fixieren. Eine verstärkte Bundeskompetenz könnte die Länder veranlassen, schnell solche Kommissionen einzusetzen und die nötigen Reformen rascher voranzutreiben. Die von den Lehrplanreformkommissionen entwickelten Pläne sollen zur weiteren Ausarbeitung wissenschaftlichen Instituten übergeben werden, die die empfohlenen Grobziele und Tendenzen präzisieren, Eingangsvoraussetzungen festsetzen und Lehr- und Lernmethoden entwickeln. Ihre Aufgabe ist es, die didaktische Rahmenplanung zu erarbeiten und zu vermitteln.

IV

Die Überprüfung unserer Lehrpläne und die Neufestsetzung der Lehr- und Lernziele würde zu zwei Konsequenzen führen, von denen die eine bei den Beratungen der Bund-Länder-Kommission schon deutlich als Problem zutage trat, während die andere noch ganz technokratisch gesehen werden konnte und deshalb zu keiner Kontroverse führte: zur Frage der Lehrerbildung wurden wie zur Frage der Errichtung von Gesamtschulen gegensätzliche Stellungnahmen abgegeben; hingegen blieb die Frage der Modernisierung von Schulausstattungen unproblematisch. Der Einsatz neuer Lehr- und Lernmittel und die Verzahnung von Unterrichtstechnologie mit Lehr- und Lernplänen wurde gefordert, die quantitative Entwicklung wurde skizziert und über beides konnte Einigkeit erzielt werden.

Wenn Bildungstechnologie jedoch künftig nicht

als Zugabe und Bereicherung für den Unterricht verstanden werden soll, sondern unverzichtbares Unterrichtsinstrument ist, dessen Einsatz von der Methode her gefordert wird, dann wird die Entwicklung neuer Lehr- und Lernpläne auch zur Aufstellung von Mindestausstattungen für Schulen und Unterrichtsstätten mit technischen Lehr- und Lernmitteln führen müssen. Dies ist ein Teil der Modernisierung unseres Bildungswesens, durch den es möglich wird, größere Partien des Unterrichts mehr und mehr lehrerunabhängig zu machen und die Selbständigkeit des Lernenden zu fördern. Die Ausstattung der Unterrichtsstätten darf nicht dem Zufall überlassen bleiben oder allein vom Reichtum oder von der mehr oder minder großen Bereitwilligkeit des Schulträgers abhängen. Mindeststandards für die Ausstattung müssen daher entwickelt werden. Dies würde auch ein Anreiz für Hersteller sein, sorgfältiger als bisher ihre Planungen auf Abnehmer im Bildungsbereich abzustellen und größere Anstrengungen für die Entwicklung besserer Geräte und vor allem von Lernmaterialien (software) zu unternehmen. Ziel- und Methodenwirrwarr haben bisher vor allem für den Software-Bereich die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie behindert.

Im Bildungswesen sind ebenso viele Menschen beschäftigt wie in verschiedenen Industrie- oder Dienstleistungssektoren, ohne daß auch nur annähernd eine ähnliche maschinelle Ausstattung wie in den meisten dieser Sparten zu verzeichnen wäre. Die Übertragung von Lehren und Unterricht an Maschinen und die Zuhilfenahme der Technik ist noch längst nicht selbstverständlicher Bestandteil unseres Schul- und Bildungswesens geworden. In einem neuen Konzept der Lehrerbildung werden daher vor allem methodische Fragen und der Einsatz von programmierten Lerneinheiten, Fernsehen, Film und auch DV-Anlagen eingeübt werden müssen, damit der Lehrer seiner neuen Aufgabe als „Organisator des Lernens“ gerecht werden kann. Hierzu gehört auch die Fertigkeit, auf die jeweilige Gruppe bezogene Lehr- und Lernpläne neu auszuarbeiten und mit ihnen, wenn nötig und möglich, zu experimentieren und so durch die Stärkung der Kompetenz des einzelnen Lehrers oder einer Lehrerguppe zur steten Erneuerung des Bildungswesens beizutragen. Die nötigen wissenschaftlichen Qualifikationen, die als Voraussetzung hierzu erworben werden müssen, sind prinzipiell für

alle Stufen des Bildungswesens gleich, so daß als erster Schritt für die Reform der Lehrerbildung und zur Verwirklichung des „Stufenlehrerkonzeptes“ ein erziehungswissenschaftliches Grundstudium für alle Lehrer eingeführt werden muß. Neuorganisation des Schulwesens und Neuorganisation der Lehrerbildung bedingen sich gegenseitig. Zeitlichen Vorrang sollte die Reform der Lehrerbildung und -weiterbildung haben, damit die Neuorganisation des Bildungswesens nicht ins Leere geht.

V

Schließlich ist die Einheit unseres Bildungswesens dadurch zu sichern und zu bestätigen, daß es aus seiner gesellschaftlich isolierten Lage befreit wird und die Mauern, die die pädagogische Provinz umgeben, niedergelegt werden. Zu den inhaltlichen Zielsetzungen der Reform muß auch die Integration der Schule in den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung gehören. Unter diesem Aspekt ist die Bildung und Besetzung von Studien- und Lehrplanreformkommissionen zu betrachten. Zugleich bedeutet dies die Stärkung der Kooperation zwischen Schule und Eltern und die Einführung funktionsgerechter Mitbestimmungsmöglichkeiten von Lehrenden, Lernenden und Eltern, wie sie beispielsweise in dem kürzlich von Kultusminister Jürgen Girgensohn für Nordrhein-Westfalen vorgelegten Gesetzentwurf über die Mitwirkung in der Schule sich abzeichnen.

Eltern überschauen jedoch die Möglichkeiten, die die Mitwirkung in schulischen Angelegenheiten ihnen bietet, oft ebensowenig wie die Konsequenzen, die ihr eigener Erziehungsstil für Schule und Unterricht hat. Ihnen sollte daher im Rahmen des öffentlichen Bildungswesens die Möglichkeit gegeben werden, das nötige Wissen zu erwerben, um sie in die Lage zu versetzen, über Fragen von Schule und Erziehung sachgerecht urteilen und über öffentliche Angelegenheiten verantwortlich mitentscheiden zu können. Elternbildung muß notwendiger Bestandteil unseres öffentlichen Bildungswesens werden.

VI

Zusammengefaßt ergeben die bisherigen Überlegungen folgende Thesen:

1. Die Einheit des Bildungswesens wird sich ohne eine Erweiterung der Kompetenzen des Bundes nicht herstellen lassen. Die notwendige Reform der Bildung ist nicht zu

verwirklichen, ohne das Verhältnis von Bund und Ländern neu zu bestimmen.

2. Die Einheit des Bildungswesens ist nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich herzustellen. Für die Reform der Lehrpläne sind zentrale Lehrplanreformkommissionen einzusetzen, in denen bestimmte gesellschaftliche Gruppen mitwirken.
3. Ausstattung und Einrichtung von Schulen und Unterrichtsstätten muß den Möglichkeiten moderner Lerntechnik und den aus den neuen Lehrplänen resultierenden Methoden folgen. Die Ausstattung darf nicht dem Zufall überlassen bleiben.
4. Die Lehreraus- und -fortbildung muß der einheitlichen Bildungsorganisation und den neuen Lehrplänen entsprechend vereinheitlicht werden. Die Lehrer müssen an der Planung ihrer eigenen Aus- und Fortbildung beteiligt werden und die Fähigkeit erwerben, an der Revision der Lehrpläne mitarbeiten zu können.
5. Schule und Bildungsstätten dürfen nicht als Inseln oder pädagogische Provinzen außerhalb der Gesellschaft angesehen werden. Der Erziehungsprozeß muß in die Entwicklung der Gesellschaft eingebettet sein. Das erfordert die Stärkung der Kooperation zwischen Schule und Eltern und die Einbeziehung der Elternbildung in das öffentliche Bildungswesen.

Erich Rumpel

Die SPD darf nicht ausfransen

Die Stellung der Arbeitsgemeinschaften in der Partei

Aus Zeitmangel ist auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg (17./18. Dezember 1971) über die Stellung der Arbeitsgemeinschaften in der Partei nicht ausführlich diskutiert worden. Die von der Reformkommission vorgelegten Grundsätze für die Arbeitsgemeinschaften sollen nun vom Parteivorstand verabschiedet werden, und danach wird er gemeinsam mit den Vertretern der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft die Aufgaben festlegen. Organisationsfragen sind politische Fragen und für eine Partei, die eine Demokratisierung aller Lebensbereiche des Menschen anstrebt, besonders wichtig, weil über eine gut ausgebaute Organisationsform die Menschen mit den ver-

schiedensten Interessen angesprochen werden und ihnen damit gleichzeitig ein Angebot zur Mitarbeit unterbreitet wird. Die Parteien haben nicht nur das Recht, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, sondern auch die Pflicht, den Bürger für die Mitarbeit in den Parteien zu interessieren. Da ihm im allgemeinen, so auch bei politischen Fragen, das Hemd näher sitzt als der Rock, wird er auch durch sein persönliches Interesse eher ansprechbar sein, als eben nur über allgemeine Politik. Dies ist im Grunde das Motiv für die Bildung von Arbeitsgemeinschaften überhaupt. Erst in zweiter Linie kommt die Beratungsfunktion für die Entscheidungsgremien in der Partei, obwohl auch die, gerade in einer Volkspartei, außerordentlich wichtig ist.

Bei der Diskussion über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften wird man sich sehr ernsthaft überlegen müssen, wie diese Beratungsfunktion so institutionalisiert werden kann, daß vor jeder wichtigen Entscheidung die jeweilige Arbeitsgemeinschaft das Recht erhält, vor diesen Entscheidungsgremien ihre Vorstellungen vortragen zu können. Denn nur wenn sie auch ernsthaft an der Meinungsbildung in der Partei beteiligt wird, wird sie auch von den von ihr zu betreuenden Zielgruppen ernst genommen, und es werden sich dann auch in ihr die entsprechend qualifizierten Genossen betätigen.

Niemals aber darf eine Arbeitsgemeinschaft eine Fraktion in der Partei oder gar eine Partei in der Partei mit eigenem Satzungsrecht werden. Die Partei ist das Primäre, die Arbeitsgemeinschaft nur Mittel zum Zweck. Die Mitarbeit in ihr ist freiwillig, und jeder der meint, nicht genügend Rechte zu haben, kann doch in der Wohngebietsorganisation mitarbeiten. Es muß jedem Mitglied klar sein, daß er im Auftrage der Partei in einem bestimmten Bereich bestimmte Aufgaben wahrzunehmen hat. Diese Aufgaben aber werden von der Partei, durch den Parteivorstand, unter Abwägung der Gesamtinteressen festgelegt. Sie müssen aber genau und präzise festgelegt werden, damit möglichst kaum Überschneidungen zwischen den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften auftreten. Die Ausweitung des Aufgabenkatalogs darf nur über einen entsprechenden Beschluß des Parteivorstandes erfolgen.

Dies hat überhaupt nichts mit einer Einschränkung der Selbstbestimmung in einer politischen Organisation zu tun, denn wer das für eine Arbeitsgemeinschaft fordert, der verwech-

selt eben die Arbeitsgemeinschaft mit der Partei. Wer das aus Konkurrenzgründen mit anderen Parteien für seine Arbeitsgemeinschaft fordert und dann noch als Beispiel die SDAJ zitiert, der hat vollends die Rolle der SDAJ im kommunistischen Bereich verkannt. Jeder mündige Bürger — und für mich ist er es ab 18 Jahre — weiß, daß er nur da mitbestimmen darf, wo er auch Mitglied ist. Er wird bei dem heutigen Selbstverständnis der Parteien kaum eine Partei ernst nehmen, wenn er sich eben — mal so — politisch in ihr engagieren kann, ohne voll verantwortlich dafür zu sein. Hier darf es keine Kompromisse geben, wenn wir nicht die Einheitlichkeit unserer Organisation in Frage stellen wollen, was auch gleichzeitig eine Schwächung unseres Kampfes bedeuten würde. Hier trifft voll die Mahnung von Willy Brandt: *„Paßt bitte mit auf, daß sich die Partei nicht verheddert und daß sie nicht ausfranst.“* Denn dann erst würde der innerparteiliche Streit über die Kompetenzen enorm zunehmen und ein gemeinsames Handeln unmöglich machen.

Gerade aber diese Geschlossenheit ist in der jetzigen konkreten Situation außerordentlich notwendig, wenn wir wollen, daß der Bürger unsere Regierung 1973 bestätigen soll. Eine wesentliche Aufgabe dabei wird ohne Zweifel die erst neuzubildende Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation (Sammelbegriff für die betriebs- und gewerkschaftspolitische Arbeit der Betriebsgruppen) zu übernehmen haben. Bei der Diskussion über ihren Aufgabenkatalog wird man von drei wesentlichen Schwerpunkten ausgehen müssen:

1. Durch Bildung von Betriebsgruppen in Betrieben und Verwaltungen die Arbeitnehmer über die Politik der SPD zu informieren und sie für die Mitarbeit zu interessieren.
2. In den Gewerkschaften aktiv mitzuarbeiten, um zu erreichen, daß in Konkurrenz mit anderen politischen Strömungen in diesen Einheitsgewerkschaften der Einfluß bei der Meinungsbildung erhalten und noch ausgebaut werden kann.
3. In der Partei bei der Meinungsbildung die Interessen der Arbeitnehmer mit zu vertreten.

Es wird ganz präzise herausgestellt werden müssen, daß (zu 1) in den Betriebsgruppen nur die in den Betrieben und Verwaltungen tätigen Sozialdemokraten das Recht zur Mitarbeit haben; die Betriebsgruppen ihre spezielle Arbeit im Rahmen der allgemeinen Auf-

gaben selbst bestimmen; die von den Jusos geforderten Betriebsprojektgruppen — in denen den in den Betriebsgruppen mitarbeitenden Jusos Weisungen für ihre Arbeit in der jeweiligen Betriebsgruppe gegeben werden sollen — abgelehnt werden; die politische Bildungsarbeit erheblich ausgeweitet werden muß.

Außerdem gilt, daß (zu 2) die Autonomie der Gewerkschaften gewahrt bleiben muß. Jeder Einfluß von außen muß abgelehnt werden. Nur die in den jeweiligen Gewerkschaften tätigen Sozialdemokraten haben das Recht, aber auch die Pflicht, mehr noch als bisher ihre Arbeit zu koordinieren. Von der Qualität dieser Tätigkeit wird es abhängen, ob die Gewerkschaften auch weiterhin zuverlässige Partner bei der Demokratisierung unserer Gesellschaft bleiben werden. Die dank der Politik der SPD zunehmende Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, zwingt uns aber auch — insbesondere auch durch den Generationswechsel — einen stärkeren Informationsaustausch zwischen den Gewerkschaftsvertretern und der Partei zu organisieren.

Dabei (zu 3) darf nicht davon ausgegangen werden, daß nur sie die Interessenvertreter der Arbeitnehmer sind. Keineswegs soll hier ein Totalanspruch angemeldet werden, doch müssen Formen gefunden werden, wie das Mitspracherecht verwirklicht werden kann. Denn die Betriebsfunktionäre haben vielfach drei oder vier Funktionen, die von der Sache her notwendig sind — Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär und Betriebsgruppenfunktionär —, und dadurch kaum die Möglichkeit, noch aktiv in der Wohngebietsorganisation tätig zu sein. Ihr Einfluß aber muß gesichert sein, wenn weiterhin unsere Partei die Vertreterin der Arbeitnehmerschaft bleiben will.

Mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation ist endlich die Möglichkeit geschaffen worden, das „große Gespräch“ mit der Arbeitnehmerschaft gezielt zu organisieren. Es darf aber kein Arbeitnehmerflügel daraus entstehen, sondern diese Arbeitsgemeinschaft muß das bleiben, was immer als Selbstverständnis der Betriebsgruppen galt: als eine Mittlerrolle zwischen Arbeitnehmern — ob jung oder alt, ob Angestellte, Arbeiter oder Beamte — und der Partei. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Neue Bücher zur Politik und Geschichte

Klett

Ursula Laack-Michel
**Albrecht Haushofer
und der Nationalsozialismus**

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte
Ca. 400 Seiten. Linson. 68,— DM.
ISBN 3-12-905250-X.
Kieler Histor. Studien, Band 15.

Diese Monographie über eine
der schwer faßbaren Randfigu-
ren des Deutschen Widerstandes
soll zu einem differenzierten Ver-
ständnis der Jahre 1933—1945
beitragen.

Konkretionen politischer Theorie und Praxis

Festschrift für Carlo Schmid
zum 75. Geburtstag
am 3. Dezember 1971.
Hrsg.: Adolf Arndt ·
Horst Ehmke · Iring Fetscher ·
Otwin Massing.
444 Seiten. Leinen. 28,— DM.
ISBN 3-12-907700-6.

Beiträge über politische Theorie,
Staatsrecht, Bildungspolitik,
deutsch-französische und inter-
nationale Beziehungen.

Hans-Jürgen Luthöft
**Der Nordische Gedanke
in Deutschland 1920 - 1940**

436 Seiten. Linson. 82,— DM.
ISBN 3-12-905470-7.
Kieler Histor. Studien, Band 14.

Auf ungewöhnlich breiter Quel-
lengrundlage wird hier erstmals
die Entstehung, Entwicklung und
die Krise der nordischen
Rassenideologie historisch und
systematisch dargestellt.

Gelesen und zur Diskussion gestellt

Problematik „Umwelt“ aus schwedischer Sicht

Die anschließend in großen Teilen abgedruckte Rede des Vorsitzenden des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, Arne Gejer (am 5. 2. 72 in Sundsvall, veröffentlicht in „aktuell“, Nr. 4/72), enthält genau das, worauf es zur Zeit in Schweden ankommt:

1. Gejer versucht, den „Umwelt“-Komplex für die aktiv tätigen Betriebsarbeiter verständlich und zu einer ihrer Gewerkschaftstradition entsprechenden Kategorie zu machen, indem er sich bemüht, die Arbeitsprozeß- und Arbeitsplatzprobleme in sie einzufügen – oder umgekehrt.

2. Gejer entwickelt den Hörern und Lesern das Verständnis für das wechselseitige Handeln der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei mit Zielrichtung „Unternehmens-Demokratie“, das heißt für die Versuche, mit den Unternehmer-Verbänden im Bereich der Tarifaautonomie entweder handelseins zu werden darüber oder (und) im gesetzgeberischen Bereich damit voranzukommen. Das ist sowohl ein sanfter Druck auf die Unternehmensebene als auch ein Stimulus für die Arbeitnehmer-Wähler.

3. Das schwierige Problem der Priorität der Anhebung der Niedriglohn-Einkommen: Es hat gesellschaftspolitisch Priorität, aber es ist nicht leicht gewerkschaftspolitisch praktisch durchzusetzen und wirksam im konkreten Lohnkampf durchzuhalten, weil die gewerkschaftlich organisierten Betriebsmitglieder gewöhnt sind, lineare Verbesserungen zu erzielen und an ihnen zu messen, welchen Erfolg ihre gewerkschaftlichen Unterhändler herausgeholt haben oder ob sie zu tadeln sind.

Die Umwelt-Probleme und die Frage der Arbeitsplätze-Vermehrung beißen sich in Schweden. Mehr Arbeitsplätze „um jeden Preis“ oder Arbeitsplätze und Gewährleistung der Kriterien, die man mehr oder weniger genau zutreffend zum Komplex „Umwelt-Probleme“ zusammenfaßt. Bei den jungen Leuten wird „Umwelt“ vielfach so radikal verstanden, daß gewagte Demagogen der Gegenseite die übrigen Menschen damit erschrecken können, es handle sich genau genommen um die Verminderung sowohl der Möglichkeiten, weitere Arbeitsplätze zu schaffen als auch der Möglichkeiten, einen Teil der vorhandenen zu bewahren. Arne Gejer muß nun versuchen, das Thema Betriebsarbeitern „kom-

plexer“ verständlich zu machen. In Schweden hat man es seit geraumer Zeit mit Arbeitslosigkeit zu tun, die sehr stark Jugendliche betrifft. Das muß man sich vergegenwärtigen, will man Gejers Ausführungen verstehen.

Bei einem Meinungs-austausch mit Freunden aus der holländischen Partei der Arbeit machten diese auf ein Projekt aufmerksam, das schon die Wachstumsraten der Volkswirtschaft aus Gründen der Umweltschutz-Notwendigkeiten mit gewissen Einschränkungen in Rechnung stellt. Wenn man das mit der Perfektion, die manchen hervorragenden holländischen Politikern eigen ist, sehr genau ausrechnet, wird es schwer sein, Demagogen anderer Parteien und Interessenrichtungen daran zu hindern, sich selbst als die angeblichen Bewahrer von Arbeitsplätzen gegenüber angeblich vertriebenen Umwelt-Fanatikern zu rühmen und entsprechenden Stimmenfang – ja Stimmen-abtreibung – zu betreiben.

Mit diesem Hinweis soll nur ausgedrückt werden: So verdienstvoll es ist, daß Sozialdemokraten sich als Förderer des Ploniertums für saubere und entgiftete Umwelt betätigen, so sehr müssen sie dabei darauf achten, nicht als zwar wohlmeinende Menschenfreunde, aber wenig realistische Staatslenker abgetan zu werden. Sie müssen mit Intelligenz und Menschenkenntnis versuchen, das „Umwelt“-Thema zum Anlaß zu nehmen, die Fähigkeit zum Bedenken der Gesellschafts- und Gemeinwesen-Entwicklungen zu vertiefen und zu verbreitern, um so die Chancen zu vergrößern. Rückhalt im Volk auch und gerade für diese lebenswichtigen Notwendigkeiten zu erwerben.

Es wäre auch für unsere Diskussionen in der Bundesrepublik reizvoll und nutzbringend, die einschlägigen Meinungsäußerungen übersichtlich wiederzugeben. Hier läge, bei aller Neigung mancher Teilnehmer zu ideologisierenden General-Bewertungen, ein außergewöhnlich reichhaltiger Rohstoff für eine Darstellung der Problematik „Marktwirtschaft und sozialstaatliche oder sozialdemokratische Intervention zugunsten sozialen Ausgleichs und allmählicher Änderung der Gewichtsverteilung sowohl in der Wirtschaft selbst als auch im gesamten Gesellschaftsgefüge“. Angesichts der Entwicklungen in den Industriestaaten ergäbe sich dabei auch und nicht nur am Rande die Verbindung zur Problematik „Umwelt“.

Umweltschutz ist nicht nur Unfallverhütung

Was ist mit der inneren Umwelt gemeint? Was ist eigentlich Umweltschutz am Arbeitsplatz? Ich möchte den Begriff erweitern und feststellen, daß Umweltschutz am Arbeitsplatz nicht auf Schutzmaßnahmen gegenüber Unfällen oder gegenüber chemischen und anderen gefährlichen Stoffen zu begrenzen ist. Umweltschutz am Arbeitsplatz ist nicht nur Unfallverhütung. Das Problem ist viel umfassender. Wir verstehen darunter alle Faktoren, die mithelfen, im Erwerbsleben Wohlbefinden zu schaffen. Wir können nichts ausschließen, weder den Anteil des Lohnes noch den Schutz des Lebens und der Gesundheit. Umweltschutz am Arbeitsplatz ist ein Bestandteil der Volkswirtschaft. Der Kongreß des Schwedischen Gewerkschaftsbundes im September vergangenen Jahres hätte eigentlich den Titel haben müssen „Kongreß zur Förderung der Umwelt an den Arbeitsplätzen“, wenn man die Übersetzung des Begriffes „Umwelt am Arbeitsplatz“ so benutzt, wie ich es hier machen will.

Ein neues Gesetz zum Schutze des Arbeitnehmers

Der Schutz des Arbeitnehmers ist ein Teil des Ganzen. Laßt mich noch mit einigen Worten bei der neuen Gesetzgebung verweilen, auf die wir warten. Ihr alle, die ihr innerhalb der schwedischen Industrie tätig seid, wißt, welche Mängel unsere Arbeitsplätze aufweisen. Man kann sich sogar recht moderne Arbeitsplätze ansehen, um Mängel festzustellen. Wir können nach Östrand gehen – einem Vorort von Sundsvall (400 km nördlich von Stockholm, d. Red.) – mit einer der größten Zellulosefabriken Europas. Es ist nicht schwierig, die Mängel in einer so alten Industrieanlage zu erkennen. Man kann auch nach Örtviken – einem anderen Vorort Sundsvalls – gehen und die Mängel sehen, die es in der modernen Umwelt gibt, in der so viele Menschen ungefähr ein Drittel ihres Lebens verbringen müssen.

Manchmal fragt man sich, warum wir so viele Sorgen gehabt haben, warum wir so viele haben und warum wir so viele haben werden, die Arbeitsplätze innerhalb der schwedischen Industrie besetzen zu können. Dafür gibt es mehrere Gründe, aber einer dieser Gründe ist der Mangel an Wohlbefinden, den die Fabriken und Werkstätten des Landes aufweisen.

Stolz auf den Beruf?

Es gibt Berufe innerhalb der Holzverarbeitenden und innerhalb der mechanischen Industrie, die eine Ausbildungszeit von sieben bis zehn Jahren erfordern, um ein vollwertiger Facharbeiter zu werden. Wir haben eine Reihe von Gewerkschaftsmitgliedern, die derartige Arbeitsplätze einnehmen.

Es ist fraglich, ob diese Menschen den Stolz auf ihren Beruf besitzen, der durch eine derartig lange Berufsausbildung entstehen könnte. Man muß wohl feststellen, daß dem nicht so ist.

Es hängt damit zusammen, daß man unter widrigen Verhältnissen arbeiten muß, daß der Lohn der Arbeit nicht im entsprechenden Verhältnis zur Dauer der Berufsausbildung steht. Dadurch hat die Arbeit eines Industriearbeiters einen niedrigen Status erhalten.

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir hier in Sundsvall oder in einem anderen Gebiet des Landes Gewerkschaftsmitglieder mit einer langen gediegenen Berufsausbildung und mit einem Beruf, auf den die Industrie nicht verzichten kann, fragen: „Wilst du, daß dein Sohn in deine Fußstapfen tritt?“, wird die Antwort in den meisten Fällen lauten: „Nein.“ Diese qualifizierten Facharbeiter sehen es lieber, daß der Sohn – oder die Tochter – in einem Büro sitzt, um die einfachsten Arbeiten zu verrichten, statt ein qualifizierter Facharbeiter innerhalb der schwedischen Industrie zu werden.

Dies alles hat mit Umwelt und mit Wohlbefinden zu tun, nämlich mit der inneren Umwelt, mit der Welt der Arbeit. Es geht nicht nur um Schutz vor physischen Unfällen, Schutz vor ätzenden Säuren oder anderen Stoffen. Wir erwarten deswegen eine völlig neue Gesetzgebung zur Arbeitsumwelt. Entsprechend den Ankündigungen wird zum Jahresende ein Regierungsausschuß einen Gesetzentwurf zur Änderung der bestehenden Gesetze vorlegen, auf jeden Fall den ersten Teil eines Entwurfs.

Es gibt auf diesem Gebiet so viel zu tun, daß eine Gesetzesänderung nicht ausreicht. Es gibt Gründe, über eine neue Gesetzgebung zu sprechen. Aber wenn man auch die allerbesten Schutzvorrichtungen gegen gesundheitsschädliche Stoffe oder chemische Produkte und wenn man auch noch so angenehme und gedeihliche Arbeitsplätze wie nur möglich schafft, es werden immer noch Arbeitsplätze bleiben, die weniger attraktiv sind als andere. Es gibt bestimmte Zweige innerhalb unserer Produktion, die nicht ansprechender zu gestalten sind. Es bleiben anstrengende Arbeitsplätze – mit einer Umwelt, in der die Menschen sich nur ungern bewegen und sich gar weigern werden zu arbeiten.

Erfüllen die Arbeitgeber unsere Forderungen?

Das ist eine der Fragestellungen, die auf dem Gewerkschaftskongreß aktuell waren. Es ist natürlich auch das reale Problem der Umwelt. Aber dazu will ich noch sehr viel mehr hinzurechnen. Dazu gehört die Frage nach der Demokratie innerhalb der schwedischen Industrie. Diese Frage machte der Gewerkschaftskongreß zu einer im sehr hohen Maß aktuellen Frage.

Der Gewerkschaftskongreß wurde deshalb im nachhinein von vielen Kommentatoren als ein radikaler Kongreß dargestellt. Er war insofern radikal, als man ein Arbeitsprogramm und sehr umfassende Arbeitsaufgaben für die kommende Kongreßperiode auf-

stellte. Man kann in Zweifel ziehen, ob die Organe des Gewerkschaftsbundes die Wünsche und Beschlüsse des Kongresses verwirklichen können. Dazu gehört auch die Demokratisierungsfrage.

Wir stehen jetzt in den Anfängen der Wirtschaftsdemokratie – und diese gehört auch zur Umwelt, zur Welt der Arbeit. Zu Beginn haben wir uns die Vertretung der Arbeitnehmer in den Vorständen der Betriebe vorgenommen. Wir haben mit der Arbeitgebervereinigung drei Verhandlungsphasen durchgeführt. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, aber möglicherweise wird die Arbeitgebervereinigung akzeptieren, daß Arbeitnehmer in den Vorständen der Betriebe vertreten sind. Ich sage möglicherweise, weil wir noch weit von der Zustimmung der Arbeitgeber entfernt sind. Gewisse Zeichen deuten darauf hin, daß sie es akzeptieren werden. Das bedeutet, daß im gesamten Land die einzelnen Organisationsgliederungen für alle Betriebe, die eine bestimmte Mindestanzahl Arbeitnehmer haben, Vertreter für die Betriebsvorstände vorschlagen müssen. Es entsteht die Frage, ob wir dieses schaffen können, ob die Beschäftigten das bewältigen können. Diese Frage ist mir in vielen lokalen Gliederungen gestellt worden. Man sagt, daß wir nicht die Ausbildung hätten, die erforderlich sei, um an einer derartigen Arbeit in einem Betrieb beteiligt zu werden.

Selbstverständlich gibt es große Mängel in der Ausbildung. Aber ich bin davon überzeugt, daß es praktisch in jedem Betrieb eine Anzahl Arbeiter gibt, die gut qualifiziert sind, und daß diese sich mit den Vorstandsmitgliedern, die es in den Betriebsleitungen gibt, gut vergleichen können. Das macht mir keinen Kummer. Die Frage ist nur, wie wir die Arbeitgeber dazu bekommen, dies zu akzeptieren, und daß wir anfangen dürfen, das zu verwirklichen.

An und für sich sollten wir die Bedeutung der Vorstandsvertretung nicht überschätzen. Auch wenn sie nicht ganz ohne Bedeutung ist, so sollte man doch nicht zu viel Gewicht in die Tragweite legen. Sie ist ein wichtiger Aspekt zusammen mit den übrigen Fragen, die wir nach und nach in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf den Tisch legen werden. Dies wird unseren Mitmenschen die Möglichkeiten geben, viel besser als früher und als es jetzt möglich ist, auf die Entwicklung im eigenen Betrieb einzuwirken.

Wenn ich sage, es sei möglich, daß die Arbeitgeber annehmen werden, so dürft ihr nicht glauben, das sei möglich, weil die schwedische Arbeitgebervereinigung dieses für notwendig erachtet. Nein, dazu kann man sie nicht bewegen. Sie werden vielleicht unsere Forderungen akzeptieren. Wenn sie es tun, so nur deswegen, weil sie wissen, daß im anderen Fall die Reformen, die der Gewerkschaftskongreß gefordert hat, auf dem Weg der Gesetzgebung verwirklicht werden.

Rechnet nicht mit der Hilfe der bürgerlichen Parteien!

Könn't ihr euch vorstellen, daß die politischen Ver-

hältnisse in diesem Lande sich so verändern, daß wir in Zukunft nicht mehr den entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung des Landes ausüben? Falls wir 1973 vor dieser Situation stehen, so dürfen wir nicht damit rechnen, daß wir uns an unsere bürgerlichen Freunde – wenn sie im Reichstag in der Mehrheit sind – um Hilfe bei der Lösung unserer Probleme wenden können. Vor allem, wenn es um rein gewerkschaftliche Fragen geht, die im Rahmen der Gesetzgebung zu regeln sind.

Ich glaube kaum, daß es all unseren Mitgliedern bewußt ist. Man denkt einfach nicht über die Situation nach, die entstehen könnte, wenn die Wahl 1973 unglücklich für uns verlief. Ich muß aber darauf hinweisen, daß eine Wahlniederlage für die Sozialdemokratie eine mindestens ebenso große Niederlage für die Gewerkschaften ist. Weil das, was vor uns zur Durchführung liegt, unsere Lebensfragen betrifft, unsere gewerkschaftlichen Probleme, die wir auf dem Wege der Verhandlungen und auf dem Wege der Gesetzgebung lösen wollen. Wir haben viele Probleme in der Zukunft.

Ich möchte meine gewerkschaftlichen Freunde auf dieser Konferenz – das sind wir fast alle – auffordern, über diese Situation nachzudenken. Sie ist sehr schwierig und ich habe es aus der Sicht des Standes der Verhandlungen gesagt, die mit der schwedischen Arbeitgebervereinigung laufen.

Die Mängel in der Wirtschaftspolitik

Der Gewerkschaftskongreß war – wie ich schon erklärte – ein Kongreß zur Förderung der Umwelt an den Arbeitsplätzen im umfassendsten Sinn. Das galt auch für Fragen der Wirtschaftspolitik. Ich glaube, wir sind uns innerhalb der Arbeiterbewegung darin einig, daß wir – das trifft für die Partei und für die Gewerkschaften zu – noch keine glückliche Hand gehabt haben mit dem, was wir als Wirtschaftspolitik bezeichnen. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit einen neuen Ausschuß für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik eingesetzt. Ich glaube, wir müssen zu gemeinsamen fortschrittlichen Ergebnissen kommen. Ich will nicht vorwegnehmen, wie wir unsere Probleme lösen könnten. Aber alles, was uns bei dem Begriff „Norrandproblem“ aufstößt, hängt direkt mit der Wirtschaftspolitik, die wir betreiben haben, oder mit den Mängeln dieser Wirtschaftspolitik zusammen.

Die Wirtschaftspolitik hängt mit der Arbeitsmarktpolitik zusammen. Ich betone, daß für die Gewerkschaftsbewegung die Arbeitsmarkt- und die Vollbeschäftigungspolitik die wichtigsten innenpolitischen Fragen sind. Die Frage der Schaffung und der Sicherung der Arbeitsplätze war seit Anfang der 30er Jahre – ja, seitdem Per-Albin Hansson die Regierung bildete – die dominierende innenpolitische Frage. Das muß sie auch weiter bleiben, da uns die Politik der Vollbeschäftigung in Zukunft am meisten Kopfschmerzen bereiten wird. Das zeichnet sich ganz deutlich ab vor dem Hintergrund der gewaltigen

Veränderungen und Umschichtungen, die wir in der Struktur des schwedischen Wirtschaftslebens und der schwedischen Gesellschaft als ganzem zu erwarten haben.

Die Lohnbewegung des Jahres 1973

Es ist nur natürlich, daß die Gewerkschaften die Vollbeschäftigungspolitik unterstützen. Wir erleben heute eine Arbeitslosigkeit, die uns sehr viel Kummer bereitet. Es hilft wenig, Fortschritte auf dem Gebiet der Einkommensumschichtung zu machen, da eine Depression der Art, wie wir sie zur Zeit haben, bedeutet, daß wir einen wesentlichen Rückschritt in Kauf nehmen müssen. Anschließend dauert es sehr lange, bis man den früheren Entwicklungsstand wieder eingeholt hat.

Ich will hiermit nur darauf hinweisen, daß wir innerhalb der Arbeiterbewegung — dieses gilt genauso für den politischen wie für den gewerkschaftlichen Teil — die Vollbeschäftigungspolitik als die wesentliche Frage ansehen müssen, da sie jeden einzelnen Menschen angeht.

Um auf den Gewerkschaftskongreß zurückzukommen: Die Lohnpolitik möchte ich auch zur Umweltfrage zählen. Der Lohn hängt im hohen Maße mit der Zufriedenheit am Arbeitsplatz zusammen. Der Kongreß legte die Lohnpolitik fest, die wir führen werden. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes und die Vorstände der Einzelgewerkschaften erhielten außerdem durch Beschluß des Kongresses den Auftrag, mit einer Politik fortzufahren, die in erster Linie die Niedrig-Entlohten innerhalb des schwedischen Wirtschaftssystems bevorzugt. Ja, zu welchem anderen Beschluß hätte der Kongreß kommen können? Das wäre einer Antwort wert, wenn man einen anderen Beschluß gefaßt hätte. Die Politik der Hilfe für die gering Entlohten bedeutet, daß sie als eine der Hauptfragen bei der Festlegung der Richtlinien für die Lohnbewegung des Jahres 1973 herausgestellt wird.

Eine Tragödie für Schweden

Es droht die Gefahr, daß zwischen den einzelnen Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger die Gegensätze durch die Verhandlungen 1973/74 über neue Tarifverträge in einem noch höheren Maß als zuletzt — 1971 — aufreißen werden. Man kann sich sehr wünschen, daß es ruhiger zugehen möge. Der Gewerkschaftsbund wünscht das, die TCO (die Gewerkschaft der höheren Angestellten und Beamten) wünscht das, alle wünschen das. Ich bin mir aber nicht sicher, ob dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird. Sollte es zu schaffen sein, dann darf es nicht auf Kosten derer gehen, die den niedrigsten Lohn erhalten.

Es besteht die Gefahr, daß es zu starken Gegensätzen zwischen den einzelnen Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger kommt. Ich möchte darauf hinweisen, daß es für dieses Land eine Tragödie bedeuten würde, wenn wir eine Lohnpolitik akzep-

tierten, in der das soziale Moment nicht mehr berücksichtigt würde. Wir können nicht einer Gruppe den Vorstoß erlauben, ohne zu berücksichtigen, ob sie schon gut versorgt ist oder nicht. Wir müssen daran denken, daß es in diesem Streit — so ist es in der Praxis — die auf der untersten Stufe der Lohnskala Stehenden am schwersten haben, sich auch während der Verhandlung Gehör zu verschaffen. Es würde für unser Land eine soziale Tragödie bedeuten, wenn es zu einem Streit käme. Die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterbewegung können eine derartige Entwicklung nicht akzeptieren.

Bessere Stellung in den EWG-Ländern

Das sind meine Gedanken und Bedenken, wenn ich über die Politik der Einkommensumschichtung spreche. Die 70er Jahre müssen verstärkt von einer besseren Einkommensumschichtung innerhalb der schwedischen Gesellschaft geprägt werden, als es bislang geschehen ist. Damit meine ich, daß in erster Linie den Schlechtergestellten innerhalb der Gesellschaft geholfen werden muß. Dazu gehören nicht nur die mit einem niedrigen Lohn, sondern auch die anderen Gruppen, die der gemeinsamen Stütze und Hilfe der Gesellschaft in ihrem Kampf ums Dasein bedürfen.

Ein Glied dieser Kette ist die Sicherheit des Arbeitsverhältnisses (Kündigungsschutz), die wir noch vermissen. Auch auf diesem Gebiet sind wir tätig. Durch die Initiative des Gewerkschaftsbundes wurde eine Regierungskommission mit dem Auftrag eingesetzt, vor Jahresende einen Vorschlag für einen besseren Kündigungsschutz vorzulegen. Dieser Schutz muß zuverlässiger werden. Wir gehören noch lange nicht zu den fortschrittlichsten Ländern, wenn es um Kündigungsschutz und Sicherheit des Arbeitsplatzes geht. Ich muß feststellen, daß bestimmte EWG-Länder einen wesentlich besseren Kündigungsschutz vorweisen können, als wir ihn in diesem Lande haben. Wir sehen in der derzeitigen Konjunktursituation, wie es sich wirklich mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes verhält. Auch wenn wir geringe Verbesserungen für die Älteren und für andere Gruppen schaffen, damit sie in jedem Fall in ihrem Leben keine Not leiden müssen, so bleibt trotzdem die Sicherheit des Arbeitsplatzes äußerst mangelhaft.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Kampforganisation

Die Mittel, die uns künftighin zur Verfügung stehen, werden nicht ausreichen, um die anstehenden Bedürfnisse zu befriedigen. Nach und nach werden die Forderungen der verschiedenen Gruppen von Mitbürgern, die unter recht beschwerlichen Verhältnissen leben, wachsen. Die Fragen, die ich hier angeschnitten habe, gehören alle zu den Fragen der inneren Umwelt. Wer wagt zu behaupten, daß die Lohnpolitik nichts mit der Umwelt am Arbeitsplatz zu tun hat? Wer will behaupten, daß die Demokratisierung der Arbeitswelt nichts mit der Umwelt am

Arbeitsplatz zu tun hat? Es gehört alles dazu, wenn man die Harmonie, den Willen zur Zusammenarbeit und den Geist der Zusammenarbeit schaffen will, den wir in einem fortschrittlichen Wirtschaftsleben benötigen.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß die Gewerk-

schaftsbewegung in Zukunft mit ihrer ganzen Kraft kämpfen muß, um die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Die Gewerkschaftsbewegung ist von Anfang an eine Kampforganisation gewesen. Sie wird es auch künftig sein.

(Übersetzung: Jens-Peter Burmaster)

Verlag Neue Gesellschaft bringt:

Willy Brandt	Reden und Schriften des Friedensnobelpreisträgers 1971	
Frieden	176 Seiten · 17 Seiten Fotos Snolli-Broschur	9,80 DM
Heinz Kühn	Beiträge zu gesellschaftlichen Fragen und persönlichen Begegnungen	
Den Staat menschlicher machen	250 Seiten · 9 Seiten Fotos Snolli-Broschur	9,80 DM
Willy Eichler	Biographische Aufsätze*	
	<small>*Hans Fabritius, Ernst, Eike Prosser, Karl Popper, Leonard Wilson, Karl Oskar von, Karl Schmalzer, Klaus Specht</small>	
Sozialisten	146 Seiten Snolli-Broschur	12,- DM
Willy Eichler		
Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus	136 Seiten Snolli-Broschur	12,- DM
Gerhard Halberstadt	Eine Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 Einleitung von Bundesminister Walter Arendt	
Das neue Recht der Betriebsräte	240 Seiten Snolli-Broschur	10,- DM

Verlag
Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg 1 · Kölner Straße 149

Dokumentation

Heinz Fischer

Politische Strategie

Probleme des Regierungssozialismus in Österreich

Auch in Österreich regiert eine sozialdemokratische Partei. Diskussionen über das Wünschbare und Mögliche sind in der SPÖ an der Tagesordnung. Der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Heinz Fischer hat sich Gedanken um die Probleme des Regierungssozialismus gemacht, die wohl nicht nur für unser Nachbarland bedeutungsvoll sind.

Manche Konservative vermehren bereits die Meilensteine auf dem Weg in ein sozialistisches Österreich zu erkennen. Manche der progressiven Köpfe unseres Landes fragen sich, warum von Meilensteinen auf dem Weg in ein sozialistisches Österreich trotz des Wahlergebnisses vom 10. Oktober 1971 so wenig zu sehen ist. Und alle anderen fragen sich: Wie sozialistisch ist eigentlich die Politik, die in diesem von Sozialisten regierten Land gemacht wird, beziehungsweise wie sozialistisch kann und wird sie sein?

Die Vorfrage, die in diesem Zusammenhang naheliegenderweise gestellt werden muß, lautet: Was ist eigentlich sozialistische Politik aus der Sicht einer erfolgreichen sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die in einem hochindustrialisierten Land mit stark ausgebauter Sozialgesetzgebung und großem staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft den Konsenswettbewerb gegen eine konservative Partei knapp gewonnen und von 50,04 Prozent der Wähler einen Regierungsauftrag für vier Jahre erhalten hat?

Auf diese sehr konkrete und sehr präzise Frage kann es keine ebenso konkrete und präzise Antwort geben, weil sich das Wesen des Sozialismus nicht in jederzeit gebrauchsfertige Definitionen fassen läßt und weil auch einzelne Maßnahmen, wenn man sie will, nicht mit dem Stempel sozialistisch oder nichtsozialistisch versehen werden dürfen, sondern nur im Konnex mit der politischen Situation und im Gesamtzusammenhang der Entwicklung beurteilt werden können.

Konservative Politiker, die an uns Inquisitorisch die Frage richten, ob wir nun auf dem Boden der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung stünden oder nicht, sind meist nicht zufrieden mit der einzig möglichen Antwort: Ja und nein. Ja insofern, als die bestehende Gesellschaftsordnung die vorgefundene Realität ist, deren Bestandteil auch wir sind und an deren Spielregeln wir uns halten. Nein insofern, als wir die bestehende Gesellschaftsordnung

nicht als endgültig akzeptieren und sie auf demokratischem, evolutionärem Weg weiter- und höherentwickeln wollen, um den Prinzipien des Humanismus, der Solidarität und der Gleichwertigkeit aller Menschen, denen die bestehende Gesellschaftsordnung Schranken setzt, die von den Konservativen als naturgegeben hingenommen werden, neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

Sozialdemokratische Politik kann sich nicht damit begnügen, ein fortschrittliches Programm zu entwickeln und für dessen Verwirklichung einzutreten, weil eben die Fixierung auf ein konkretes Programm mit dessen zunehmender Realisierung eine zunehmende Identifizierung mit dem Erreichten und zugleich eine abnehmende Distanziertheit vom Bestehenden zur Folge hätte. Die Sozialdemokratie muß vielmehr dem Fortschritt der Gesellschaft jeweils mit Fortschritten in ihren Zielsetzungen vorangehen: Der Abstand sozialistischer Zielsetzungen vom Schwerpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung darf nicht kleiner werden.

Mit anderen Worten: Zunehmende Übereinstimmung zwischen dem, was ist, und dem, was wir wollen, ist nur auf den ersten Blick erfreulich, langfristig aber alarmierend. Denn nur aus der Spannung zwischen dem, was wir wollen, und dem, was ist, entspringt die Kraft zur Veränderung der Gesellschaft.

Dieses Modell der dem Fortschritt voranschreitenden sozialistischen Bewegung hat in der Praxis mit sehr handfesten Problemen zu kämpfen:

Die Tatsache, daß viele Ideen der Sozialisten allmählich zu Ideen der ganzen Gesellschaft wurden, hat zur Folge, daß auch Menschen von diesen Ideen erfaßt werden, die durchaus nicht von vornherein an einer sozialistischen Entwicklung unserer Gesellschaft interessiert sind; die Tatsache, daß jene Ideen, die gestern nur von progressiven Minderheiten vertreten wurden, heute die in der Gesellschaft vorherrschenden Ideen sind, bedeutet, daß auch jene Ideen, die der Gesellschaft von morgen selbstverständlich sein werden, heute nur von progressiven Minderheiten vertreten werden.

Da aber in der parlamentarischen Demokratie – aus Gründen, die hier nicht zur Diskussion stehen, die wir aber uneingeschränkt bejahen, nicht Ideen gewogen, sondern Stimmen gezählt werden, entsteht die permanente Versuchung, ja die Notwendigkeit, eine Politik des maximalen Konsens und eine Politik der optimalen (zukunftsweisenden) Konzeption ge-

geneneinander abzuwägen. Ganz besonders sinnfällige wird die hier aufgezeigte Problematik, wenn einer sozialistischen Partei die Führung der Regierung anvertraut wurde, wenn sie nicht nur im Staat, sondern für den Staat tätig ist, den Machtapparat des Staates verwaltet, für Ruhe und Ordnung verantwortlich ist und einen Wählerauftrag verwirklichen soll, der von überzeugten Sozialisten und von kritischen Wechselwählern in gleicher Weise auf die Kurzformel des Stimmzettels gebracht wurde.

Otto Kirchheimer hat die Tendenz der Entwicklung von der Klassenpartei zur Volkspartei — er nennt sie Allerweltpartei — plastisch beschrieben: Die Klassen- und Massenpartei forme sich im Zuge der Entwicklung zu einer Allerweltpartei, zu einer echten Volkspartei um:

„Sie gibt die Versuche auf, die Massen geistig und moralisch einzugliedern, und legt ihr Augenmerk in stärkerem Maße auf die Wählerschaft; sie opfert also eine tiefere Ideologische Durchdringung für eine weitere Ausstrahlung und einen rascheren Wahlerfolg. Die Perspektive einer mehr begrenzten politischen Aufgabe und des unmittelbaren Wahlerfolges unterscheidet sich wesentlich von den früheren, umfassenden Zielen; heute werden die Ziele von früher als erfolgsmindernd angesehen, weil sie Teile der potentiell die ganze Bevölkerung umfassenden Wahlklientel abschrecken.“ (Otto Kirchheimer)

Offenbar bedarf es heute einer besonderen Strategie der Sozialdemokratie, um einerseits diesen Tendenzen entgegenzuwirken und nicht zu einer Allerweltpartei, zu einer Bewegung des Status quo zu werden, andererseits aber auf eine Wiedererteilung des Mandats hinzuwirken.

Zunächst sei außer Streit gestellt, daß die Inhabung staatlicher Machtpositionen in einem bestimmten Rahmen für die Verwirklichung sozialistischer Zielsetzungen günstig und nutzbringend sein kann: Es ist geradezu eine klassische Aufgabe sozialdemokratischer Regierungstätigkeit, gesellschaftliche Nachziehverfahren einzuleiten und durchzuführen, das heißt reformbedürftige Bereiche des gesellschaftlichen Oberbaues dem Stand der inzwischen vor sich gegangenen Entwicklung anzupassen.

Die Änderung der gesellschaftlichen Strukturen als solche ist aber kein bloßes Nachziehverfahren. Diese Aufgabe ist nicht von vornherein vereinbar mit dem Ziel einer Maximierung von öffentlichem Konsens, ja nicht einmal mit dem defensiven Ziel einer Erhaltung der Mehrheit. Die Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen der Gesellschaft in Richtung des Gleichheitsprinzips, die Bereitschaft, autoritäre Bereiche zu demokratisieren, die Bereitschaft, die Verteilung unseres gesellschaftlichen Reichtums seiner Erzeugung anzupassen oder diesen Reichtum auf internationaler Ebene zu teilen, die Bereitschaft, sich weitende Bereiche der menschlichen Existenz von den Sachzwängen der Rentabilität und einer zweidimensionalen Kosten-Nutzen-Betrachtung zu befreien, ist nicht von vornherein gegeben.

Alle diese Ziele können nicht mit sofortiger Zustimmung rechnen, sobald sie nur artikuliert und formuliert sind. Im Gegenteil: je mehr konkrete politische Zielsetzungen über das Bestehende hinaus in die Zukunft weisen, um so stärker sind die Gegenkräfte. Auch in der SPD diskutiert man das Problem, daß zwischen langfristigen sozialistischen Zielsetzungen und dem, was kurzfristig populär und durchsetzbar ist, vielfach eine Chinesische Mauer steht. So schreibt beispielsweise Erdmann Linde, der frühere Vorsitzende des sozialdemokratischen Hochschulbundes: *„Die Funktion der Sozialisten in der SPD kann nicht darin liegen ..., die Mitglieder und Wähler der SPD mit magischen Radikalismen zu konfrontieren, die den falschen Eindruck einer ausgereiften Vorstellung über ein ‚neues System‘ erwecken. Solche Propaganda würde nur weiter an jener Chinesischen Mauer bauen, die zur Zeit in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten ohnehin zwischen den legitimen Tagesinteressen der Lohn- und Gehaltsabhängigen einerseits und den weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits steht.“*

Neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden nicht von actu geboren und akzeptiert; sie entspringen nicht fix und fertig dem Kopf sogenannter großer Männer wie weiland Athene dem Haupt des Zeus. Neue politische Strukturen sind das Ergebnis eines schrittweisen, widersprüchlichen Prozesses, der von der techno-ökonomischen Entwicklung (Unterbau der Gesellschaft) in Verbindung mit der gestaltenden Kraft des Menschen geprägt wird. Was zuerst nur wenige denken und noch weniger artikulieren können, nimmt allmählich Gestalt an, wird zunächst zum Programm einer Minderheit, das oft angefeindet, ausgelacht und als Utopie bezeichnet wird.

Viele dieser Forderungen, dieser Utopien sind in der Tat nicht zukunftsfruchtig; aber auch jenen, die sehr wohl zukunftsfruchtig sind, die sich zur Realität von morgen und zur Selbstverständlichkeit von übermorgen entwickeln können, bleibt dieser Spießbratenlauf durch die Geschichte nicht erspart. Der historische Fortschritt hat sich noch immer diesen Weg bahnen müssen.

Als Sozialisten haben wir die Aufgabe, dabei Hilfestellung zu leisten, auch wenn es oft nicht leicht ist, progressive Außenseiterideen von sterilen Außenseiterideen zu unterscheiden, und auch wenn es nicht leicht ist — vor allem für eine Mehrheitspartei nicht leicht ist —, sich am Beginn solcher Diskussionen meist in einer Minderheitsposition zu befinden, so wie dies auch in der Vergangenheit mit den meisten sozialistischen Zielsetzungen der Fall war, die sich in der Zwischenzeit längst durchgesetzt haben.

Da sich aber eine Regierungspartei, die Regierungspartei bleiben will, nicht permanent in Minderheits- und Außenseiterpositionen begeben kann — auch wenn nicht übersehen wird, daß die Wirkung einer

politischen Bewegung nicht nur von der Anzahl ihrer Wähler und Mandate, sondern auch von der Reichweite und Zukunftsträchtigkeit ihrer Konzeptionen abhängt —, muß innerhalb der Spannweite der sozialdemokratischen Bewegung für eine Arbeitsteilung, eine Art Doppelstrategie Platz sein.

Was eine Regierung, eine Parteiführung um so weniger kann, je größer das Ausmaß an Konsens ist, das sie anstrebt — nämlich bestehende Verhältnisse radikal in Frage stellen, Anstoß zu neuen Denkprozessen geben, neue Modelle zur Diskussion stellen —, das können progressive Gruppen und Minderheiten, die nicht unter dem Zwang einer Maximierung des Konsenses für ihr Programm und die auch nicht unter dem Zwang zur sofortigen Realisierung stehen. Was aber progressive Gruppen um so weniger können, je konsequenter sie ihre Funktion erfüllen, je heftiger sie mit jenen in Konflikt geraten, die an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sind, je mehr Vorurteile gegen sie mobilisiert werden, das kann eine Regierung oder Parteiführung: nämlich Durchbrüche zu einem veränderten Bewußtsein abzusichern und zu erweitern, das bereits Durchsetzbare durchzusetzen, den neuen Modellen eine faire Chance zur Entwicklung zu geben und anderes mehr.

Ganz konkret gesprochen: Ein sozialistischer Justizminister kann nicht über den Schatten des gegenwärtigen vorherrschenden Rechtsempfindens springen. Seine Reformgesetze müssen dem derzeitigen Stand des gesellschaftlichen Bewußtseins entsprechen und stellen im wesentlichen ein Nachziehverfahren dar. Dennoch ist es eine legitime Aufgabe, die Diskussion über Fragen des Strafrechtes oder des Strafvollzuges voranzutreiben und Denksätze zu formulieren, die nicht sogleich Chance auf Verwirklichung haben, sondern die sich erst in der Auseinandersetzung mit konservativem Gedankengut bewähren müssen.

Ein sozialistischer Baudenkmälerminister muß wissen, wie gefährlich der Klang des Wortes Enteignung ist. Aber wer hindert einzelne Gruppen daran, die Fragen der städtischen Entwicklung und Erneuerung einmal ohne Rücksicht auf die bestehende Eigentumsordnung zu durchdenken und die Möglichkeiten, die wir heute in technischer, technologischer und ökonomischer Hinsicht haben, nach allen Richtungen hin zu durchleuchten?

Bei den Fragen der Mitbestimmung stoßen wir zur Zeit dort auf unüberwindbar scheinende Barrieren, wo durch die Mitbestimmung angeblich ein effizientes Management und das maximale wirtschaftliche Wachstum gefährdet ist. Wer aber sagt, daß dieser Wachstumsfetischismus für alle Zeit das Grundprinzip des Wirtschaftens sein muß?

Oder ganz allgemein ausgedrückt: Die Sozialdemokratie als eine in die bestehende Gesellschaft integrierte politische Bewegung kann nicht ihr eigener linker Flügel sein. Sie kann aber auf gesellschaftskritische, systemtranszendente Ansätze nicht verzich-

ten. Sie kann dem großen Druck der an der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems Interessierten nur dann ohne Deformierung standhalten, wenn sie sich dem Druck progressiver Minderheiten, dem Druck kritischer Fragen und dem Druck aus der Konfrontation mit den eigenen langfristigen Zielsetzungen und Utopien nicht verschließt.

Eine Politik, die zwei so unterschiedlichen Aufgaben gerecht werden soll, nämlich der Verwaltung des Staates einerseits und der Veränderung der Gesellschaft andererseits, eine Politik, die den Prinzipien der Effizienz einerseits und den Grundprinzipien des Humanismus andererseits verpflichtet ist, eine Politik, die sich gewissenhaft an einen erteilten Wählerauftrag halten, aber gleichzeitig die Voraussetzung für einen erweiterten Auftrag schaffen will, kann nur in einer Arbeitsteilung bestehen zwischen jenen, die ohne Rücksicht auf Opportunismus die Schwächen der bestehenden Gesellschaft aufzeigen und damit neues Problembewußtsein schaffen und jenen, die das Ergebnis der auf diese Weise entstandenen Diskussion zusammenfassen und den gesellschaftlichen Überbau den neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten anpassen.

Insgesamt muß die Grundformel unserer politischen Strategie also lauten: Maximierung des Produktes aus sozialistischer Substanz unserer Politik, mal dem Ausmaß an Konsens, das wir für diese Politik mobilisieren können. In dieser Strategie ist für politische Grundsatztreue ebenso Platz wie für Toleranz, Lernbereitschaft und Konsens.

„Der zeitgemäße Sozialismus muß davon ausgehen, daß es der Natur des Menschen entspricht, unvollkommen zu sein. Der Mensch verfolgt seine persönlichen Interessen stärker als die der anderen. Aber er muß zur Einsicht gebracht werden, daß keinem einzelnen und keiner Institution ein Absolutheitsanspruch zugestanden werden kann. Gerade deshalb wollen die Sozialisten eine der Menschenwürde optimal entsprechende Ordnung der Beziehungen der Menschen zueinander schaffen.“ (Karl Blecha, Abgeordneter zum Nationalrat, in „Rote Markierungen“, Europa Verlag, Wien 1972)

Leserbriefe

Zu: Helmut Gollwitzer: Politik aus „christlicher Verantwortung“

Lieber Herr Gollwitzer, Ihren Brief und Ihren Artikel über mich in der „Neuen Gesellschaft“ (2/72) habe ich erhalten und bedacht.

Zunächst räume ich gern ein, daß ich in der Appel-Runde meine Auffassung zur Wirtschaftspolitik nicht in jeder Richtung ausgebreitet und begründet habe. Ich wurde nach dem Nutzen des Durchstartens gefragt und dazu habe ich die Meinung geäußert, die ich unverändert für richtig halte, daß erst das nötige Vertrauen zum investieren hergestellt werden muß, damit ein Durchstarten auch sein Ziel erreicht. In der Sendung habe ich lediglich hinzugefügt, daß nur auf diese Weise alle Menschen die positiven Folgen eines Durchstartens zu spüren bekämen.

Nicht ausdrücklich in der Appel-Runde, dafür aber z. B. zehn Tage vor der Appel-Runde, nämlich am 4. 12., habe ich in der Süddeutschen Zeitung das folgende geschrieben: *„Einem stark gesteigerten privaten Wohlstand steht eine Ebbe in den öffentlichen Kassen gegenüber. Das erschwert die Finanzierung nötiger staatlicher Aufgaben wie Verteidigung, Umweltschutz, Bildung und Städtesanierung. Deshalb gibt es bei allen Parteien Überlegungen, wie die öffentliche Finanzkraft gestärkt werden kann.“*

Den Grundgedanken von der öffentlichen Armut, die es zu beheben gilt, vertrete ich seit Jahr und Tag öffentlich. Und jeder, der nur über den Willen verfügt, dies zu wissen, weiß es auch. Deswegen bin ich auch innerhalb der Appel-Runde danach gar nicht weiter gefragt worden.

Ihrem Beitrag entnehme ich, daß ich auch in dieser Appel-Runde mein ständiges Bekenntnis von der Notwendigkeit hätte wiederholen müssen, daß der öffentlichen Armut abgeholfen werden soll. Ich verbinde dieses Bekenntnis freilich immer mit der Überzeugung, daß man der öffentlichen Armut nicht abhelfen kann, wenn man im Grunde genommen gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft eingestellt ist, weil man sie für ungerecht hält. Über gewisse zusätzliche Steuerprogressionen im einzelnen kann man natürlich reden. Im Prinzip aber werden wir so lange eine öffentliche Armut behalten und noch weiter steigern, als wir weiterhin nicht mit den Unternehmensgewinnen, sondern mit dem generellen und durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn und -gehalt in so großen Sprüngen nach oben gehen wie bisher und außerdem gleichzeitig ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit in der Form der Steuervorschläge der SPD zu befriedigen suchen. Die SPD muß sich entscheiden, was sie will. Man kann nicht gleichzeitig ein marktwirtschaftliches Prinzip aufrechterhalten, die Löhne überproportional steigen lassen, die Gerechtigkeit durch überproportionale Progression zu Lasten der Reichen verwirklichen und mit dem allen die öffentliche Armut beseitigen wollen.

Nun zu Ihrer Darstellung in der „Neuen Gesellschaft“. Es ist zwar nicht Ihre, sondern meine Schuld, daß ich mich in der Appel-Runde nicht so viele Diskussionsminuten erboxt habe, um mich in der Ausführlichkeit wie oben auszudrücken. Aber das bißchen, was ich gesagt habe, bot jedenfalls die Möglichkeit, meine Meinung richtig zu verstehen und zu interpretieren. Sie selbst haben darüber hinaus sowohl den Verstand wie den Apparat und, das bildete ich mir jedenfalls bisher ein, aufgrund unserer mancherlei, wenn auch mühsamen, so doch gemeinsamen Unternehmungen in der Kirche die persönliche Veranlassung, sich ein Bild über meinen Standort zu machen, bevor Sie mich öffentlich in einer Weise angreifen, wie es bisher kein einziger Politiker anderer Parteien getan hat. Für jemanden, der sich gern in fairer Weise mit mir streiten möchte, habe ich jedenfalls keinen Anlaß geboten, mir nachzusagen, ich plädierte dafür, man müsse eine hausgemachte Krise fabrizieren, um weiterhin ein Steuereldorado für reiche Leute in der Bundesrepublik zu erhalten. Lieber Herr Gollwitzer, das Gegenteil ist wahr. Und wenn Sie nur gewollt hätten, so hätten Sie es auch wissen können.

Bleiben die Stilfragen. Auf Ihr Vergnügen über „dieses Paar“ zweimal zu sprechen, könnte ich eigentlich, wenn ich so wäre, wie Sie mich offenbar sehen, nur mit Schiller antworten: „Das freut sich das entmenschte Paar.“ Sie werden den Zusammenhang dieser Ballade kennen. Inhalt und Stil Ihrer Angriffe sind einfach unter dem Strich, über welchem ich Sie immer vermute.

Es fällt mir schließlich etwas schwer, auch noch auf Ihre Bemerkungen über den Mißbrauch des Christlichen einzugehen. Keiner von uns wird das Faktum beseitigen können, daß es eine christlich-demokratische Union in der Bundesrepublik gibt und daß sie eine der großen Parteien ist. Aber einige von uns haben die Möglichkeit, mit Überzeugung und Argumenten und mit der Aussicht, gehört zu werden, über die großen Gefahren des Mißbrauchs des Christlichen in der Politik zu sprechen. Ich gehöre zu denen, die das in den letzten Jahren wiederholt massiv öffentlich getan haben. Es sind alles öffentlich zugängliche Äußerungen. Man kann natürlich der Meinung sein, daß dieser Weg zu wenig nütze und daß man folglich eine Partei, die diesen Namen behält, nur von außen bekämpfen könne. Ich bin mit Entschiedenheit anderer Meinung. Für die CDU wäre es aus politisch-taktischen Gründen heute viel geschickter, das „C“ durch etwas anderes zu ersetzen. Die Nachteile, die sie wegen manchen tatsächlichen früheren Mißbrauchs teilweise zu Recht heute dafür einsteckt, sind deutlich größer als der Vorteil, es nun beim einmal eingeführten Namen zu belassen. Aber, wie gesagt, darüber läßt sich streiten. Die Art, in der Sie mir dies nun öffentlich vorwerfen, zeigt mir nur dies: Daß Sie selbst glauben, aus christlicher Verantwortung so handeln zu müssen, bezweifle ich nicht im geringsten. Aber daß Sie mit dieser Mental-

tät je die Politik wirklich beeinflussen werden, bezweifle ich nachhaltig. Sich um diesen Einfluß zu bemühen, gehört freilich auch und erst recht zur christlichen Verantwortung.

Sie wollten, daß ich das Recht Ihres heftigen Protests, wie Sie das nennen, prüfe. Was soll die Prüfung, wenn Sie, bevor Sie sie von mir erbitten, Ihre Breitseiten auf dem Wege über die Öffentlichkeit auf mich abfeuern?

Natürlich muß man Kritik ertragen können. Meistens lernt man aus Kritik, sogar mehr als man zugibt, manchmal auch mehr, als man gleich merkt. Meine Meinung in zwei Sätzen ist: Ich war mir nicht darüber im klaren, daß wir uns so weit auseinander gelebt haben. Sonst hätte mich Ihr Angriff, den ich weder sachlich noch persönlich gerechtfertigt finde, nicht so überrascht, obwohl ich Sie in Ihrem besonderen Engagement doch Immerhin zu kennen glaubte.

Wie es „Die Neue Gesellschaft“ mit solchen Sachen zu halten pflegt, weiß ich nicht. Wenn Sie diesen Brief dort zusammen mit Ihrem veröffentlichen wollen, bin ich damit einverstanden. Wenn Sie es freilich nur mit einer zusätzlichen Erwiderung tun wollen, wäre dies, ohne daß ich dazu wiederum vorher Gelegenheit zur Stellungnahme kriege, nicht in Ordnung.

Mit guten Wünschen und Grüßen

Ihr Richard von Weizsäcker

Antwort der Redaktion der NG an Herrn von Weizsäcker

Obwohl es sich bei dem Brief von Herrn von Weizsäcker um ein persönliches Schreiben an Helmut Gollwitzer handelt, hat die Redaktion der Veröffentlichung dieser persönlichen Stellungnahme auf Bitten von Herrn Gollwitzer und Herrn von Weizsäcker zugestimmt.

Die Diskussion kann nicht unendlich ausgedehnt werden. In seinem Brief meint Herr von Weizsäcker, er stimme der Veröffentlichung nur zu, wenn Herr Gollwitzer auf eine Antwort verzichte, es sei denn, daß er die Antwort vorher kenne und wiederum Stellung beziehen könne.

Der Redaktion der „Neuen Gesellschaft“ sei es jedoch gestattet, folgendes festzustellen: Auch aus dem Antwortbrief von Herrn von Weizsäcker an Helmut Gollwitzer geht hervor, daß er von vielen Zuschauern der Appel-Runde richtig verstanden worden ist, denn viele hatten den Eindruck, daß Herr von Weizsäcker den Standpunkt der Unternehmer vertrat. Was anderes kann dieser Satz bedeuten: *„Im Prinzip aber werden wir so lange eine öffentliche Armut behalten und noch weiter steigern, als wir weiterhin nicht mit den Unternehmern gewinnen, sondern mit dem generellen und durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn und -gehalt in so großen Sprüngen nach oben gehen wie bisher und außerdem gleichzeitig ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit in der*

Form der Steuervorschläge der SPD zu befriedigen suchen. ... Man kann nicht gleichzeitig ein marktwirtschaftliches Prinzip aufrechterhalten, die Löhne überproportional steigen lassen, die Gerechtigkeit durch überproportionale Progression zu Lasten der Reichen verwirklichen und mit dem allen die öffentliche Armut beseitigen wollen.“

Deutlicher gehts nimmer. Es ist selbstverständlich das Recht von Herrn von Weizsäcker, primär die Interessen der Unternehmer, die Interessen der Reichen zu vertreten und sie mit der Marktwirtschaft zu identifizieren. Ob er dem Gedanken der Marktwirtschaft durch eine solche Identifizierung einen Dienst erweist, mag Herr von Weizsäcker selbst entscheiden. Aber es gehört ebenso zu den Rechten in der Demokratie, die Worte eines Politikers so zu nehmen, wie sie gemeint sind. Herr von Weizsäcker darf also nicht erstaunt sein, wenn seine Worte des Beiwerks entblößt und die Dinge beim Namen genannt werden.

Etwas anderes sei in diesem Zusammenhang hinzugefügt: Früher oder später wird die Debatte über die Ostverträge zu Ende gehen. Die Rolle, die Herr von Weizsäcker in dieser Debatte gespielt hat, wird dabei genauestens zu prüfen sein. „Die Neue Gesellschaft“ wird dies noch in diesem Jahr tun.

„Konservatismus“

Franz-Josef Neuhoofs Diskussionsbeitrag in der „Neuen Gesellschaft“ (3/72) gibt mir Anlaß, mich mit einem Leserbrief an Euch zu wenden.

Neuhoff schreibt: *„Geht man von dem Grundsatz aus, daß der Schutz des menschlichen Lebens ein unabdingbares Rechtsgut ist und der § 218 diesem Schutz dienen soll, dann erscheint die ... Tötung menschlichen Lebens ... kein geeignetes Mittel zu sein.“*

Das Leben beginnt mit der Geburt (nach BGB-Definition). Die Abtreibung ist demnach keine Tötung menschlichen Lebens, der § 218 dient nicht dem Schutz desselben. Die Argumentation Neuhoofs ist dem Mordgezeiter ultrarechter Kreise verwandt und ebenso wie das Geschreib des „Bayernkurier“, der „Neuen Bildpost“ und des „Passauer Bistumsblattes“ gefährliche Demagogie.

Die Legalisierung der Abtreibung ist ein Beitrag zur Strafrechtsreform und somit zur Änderung der Bewußtseinsstruktur der Bevölkerung. Es gilt, einen mündigen Staatsbürger zu erziehen, der in der Lage ist, eigenständig, ohne die Bevormundung der Kirche, Entscheidungen zu treffen. Das Ziel ist die Emanzipation, die nur über das Aufbrechen erstarrter, konservativer, ängstlicher und Veränderungs scheuender Mentalität zu erreichen ist. Die psychische Diktatur des Konservatismus ist zu zerschlagen.

Der Konservatismus weiß sehr genau, daß sein Bestand an die ständige Wiederverzeugung eines autoritären Menschentyps gebunden ist. Der jedes eigenständige Nachdenken, jede Initiative scheuen-

de Untertan, dem schon der Gedanke an eine Veränderung ein Horror ist, gewährt am besten den Fortbestand etablierter Herrschaftsstrukturen. Dieser Untertan läßt sich dadurch am wirksamsten steuern, daß man ihn auf existentiellen, grundlegendem Gebiet unterdrückt. Ein grundlegendes Gebiet im Leben des Menschen ist die Sexualität. Mit dieser wiederum hängt die Abtreibung eng zusammen. Eine Lockerung dieses Verbots bedeutet, vor allem im Zusammenhang mit sonstigen Reformen, einen entscheidenden Funktionsverlust der konservativen Manipulation. Nur in diesem Zusammenhang ist es zu verstehen, wenn die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt: „Eher ist es wahrscheinlich, daß Franz Josef Strauß der Kommunistischen Partei beitrifft, als daß die katholische Kirche einer Freigabe der Abtreibung zustimmt.“

Neuhoff, der kaum aus Zufall im Ministerium des konservativen Leber Dienst tut, macht sich bewußt oder unbewußt zum Helfer der Reaktion. Wenn die SPD nicht die Verdummung, sondern die Emanzipation des Menschen anstrebt, muß sie als erstes innerhalb der eigenen Reihen dafür sorgen, daß konsequent auf diese Emanzipation hingearbeitet wird. Ein falsches Verständnis der Volkspartei darf nicht dazu führen, daß dem Konservatismus Einfluß eingeräumt wird.

Wolfgang Zahn

§ 218

Ich begrüße außerordentlich, daß die NG (1/72) sich des Themas § 218 angenommen hat. Vollständig befriedigt haben mich die Aufsätze aber nicht. Um es gleich zu sagen, ich bin für die Fristenlösung. Ich fand aber, daß es sich Frau Jochimsen ein wenig zu einfach machte. Sehr geschickt stellte sie zwei „Hauptargumente“ der Gegner der Fristenlösung auf und setzte sich mit ihnen auseinander. Das sogenannte erste Hauptargument aufzugreifen, halte ich für unnötig. Fristen sind in der Gesetzgebung selbstverständlich, dies auf zwei Spalten zu sagen, war Platzverschwendung. Hätte Frau Jochimsen, dies wäre fruchtbarer gewesen, sich näher mit dem tatsächlichen und in der ernsthaften Diskussion auch einzig relevanten Argument auseinandergesetzt: Die angebliche Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz! Es war gut, daß das Argument mit dem Artikel 2.2 GG durch einen längst notwendigen Blick in die Protokolle des Parlamentarischen Rates entkräftet wurde. Ich meine aber dennoch, daß sich ethische moralische und ethische Bedenken gegenüber einer Freigabe der Abtreibung durch kein Argument zerstreuen lassen. Man muß aber denen, die sich auf jene Bedenken stützen, eine andere, ebenso schwerwiegende Tatsache vor Augen halten: die Prägung. Ein werdendes Kind wird durch die Reaktionen der Mutter, durch ihr Verhalten nicht nur beeinflusst, sondern eben geprägt. Diese psychologische Prägung beginnt sehr früh. Dies bedeutet, daß Mütter, die ihre Kinder zur Welt bringen müssen, diese aber

innerlich ablehnen, diese Ablehnung auf ihre Kinder übertragen. Verhaltensgestörte, der Umwelt feindlich gegenüberstehende Menschen sind die Folge.

Der „unsittliche Zustand“ (Herbert Wehner), der durch jenen unmenschlichen Paragraphen geschaffen wurde, muß beseitigt werden! Auch parteipolitische Überlegungen dürfen nicht vernachlässigt werden. Wenn wir Sozialdemokraten den Frauen zeigen, daß wir Vertrauen zu ihnen haben, werden auch sie uns ihr Vertrauen schenken.

Hand in Hand mit der Fristenlösung müssen andere Punkte gehen, um eine hohe Effektivität zu erreichen, d. h., um die Abtreibung zum letzten noch möglichen Mittel zu machen.

Diese Punkte sind:

1. eine umfassende Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet der Sexualkunde;
2. die Möglichkeit, chemische Ovulationshemmer über den Krankenschein zu beziehen. Diese Möglichkeit müssen auch Mädchen vom 16. Lebensjahr an haben; auch gegen den Willen der Eltern.
3. die Möglichkeit der Sterilisation vom 25. Lebensjahr an. Hier liegt der Beitrag des Mannes zur rationalen Familienplanung.

An den Ausführungen Gerhard Jahns ist nichts auszusetzen, die Sachlichkeit ist zu loben, das standhafte Festhalten an dem Indikationsmodell gäbe zur Kritik kaum Raum. Nur, Gerhard Jahn ist Sozialdemokrat!

Die Sozialdemokraten haben sich in Sachen § 218 bereits entschieden: Für die Fristenlösung nämlich.

Michael Angrick

§ 218 — typisch deutsch

Es gibt Millionen von Menschen, die das Abtreibungsproblem nicht haben. In ihren Ländern sind nämlich Ärzte und Priester der Meinung, daß das Kind erst dann ein eigener Mensch ist, wenn es mit dem ersten Schrei die eigene Lunge in Betrieb gesetzt hat. Dabei haben sie auch Embryonen im Mutterleib beobachtet und sind keineswegs dümmer als deutsche Ärzte. Solange das Kind vom Atem der Mutter abhängt, ist es ein Teil der Mutter. Und damit gehört es ihr. Daß die Belange der Volksgemeinschaft gewahrt werden — zu deutsch: daß es genug Versicherte gibt, um die Renten auszuzahlen — hat mit diesem Problem nichts zu tun. Das läßt sich auch auf andere Weise meistern.

Wir übernehmen gedankenlos ein Dogma, das aus einem völlig anderen Sinnzusammenhang entstanden ist. Zwar wird die nationalsozialistische Version — wonach eine Frau zugunsten des Kindes getötet werden kann — heute abgelehnt. Aber als Mord wird nur die Abtreibung gebrandmarkt; die Tötung der Frau oder ihre körperlichen oder öffentlichen Nachteile stehen überhaupt nicht zur Diskussion. Durch den Entwurf Bundesminister Jahns soll letzteres zwar gemildert werden. Der Sinnzusammenhang ist damit aber nicht zerrissen: Die Lehre von dem eige-

nen Wesen im Mutterleib hat ihre Ursache im Herrschaftsanspruch des Mannes. Hier zeigt sich das Patriarchat unverhüllt. Wenn der Mann schon keine Kinder zur Welt bringen kann, dann will er wenigstens über sie bestimmen. Und wenn es in der Form der Indikationen ist.

Seit wann ist der Fruchtknoten der Apfelblüte bereits ein Apfel? Ist eine Raupe bereits ein Schmetterling? Seit wann ist ein lebendes Huhn ein Hühnerbraten? Ist ein Mensch bereits ein Genie, weil das in seinen Erbanlagen eine Möglichkeit ist? Das sind doch völlig andere Aggregatzustände! Hier ist doch ein Dogma gewollt zusammengebogen worden.

Wem soll das Gesetz nützen, das Bundesminister Jahn aus der Taufe heben will? Wird ein Gutachterapparat vor der 3-Monatsgrenze fertig? Denn danach ist eine Operation Gefahr für die Frau. Was ist dann, wenn der Arzt nein sagt? Werden die Frauen, gewitzt durch ihre bisherigen Erfahrungen, sich wirklich von den angebotenen Indikationen zur Untersuchung anlocken lassen? Werden sie sich nicht lieber — wenn sie das Geld haben — im Ausland operieren lassen und jeden § 218 zu einem 2-Klassen-Paragrafen machen?

Wir haben uns in der BRD in einem pessimistischen Trend gefangen, der von dem Wunsch nach Todesstrafe für die anderen bis zur Drogenabhängigkeit als eigener Todesstrafe geht. Damit kann man keinen Staat erneuern. Das Rückwärtssehen und Jammern ist ebenso gefährlich wie das Vorwärtsbrüllen. Nehmen wir uns an der ruhigen festen Hand Willy Brandts und seinem Aufruf zur Solidarität ein Vorbild, wie Neues geschaffen werden kann. Zu all den Verbesserungen wie z. B. Kindergeld und kostenfreier Kindergarten gehört vor allem die bewußte Einstellung auf gewollte Kinder. Das bietet das Gegengewicht zur — späteren — Freigabe des § 218.

Es ist erfreulich zu sehen, wie kinderlieb die heutigen jungen Ehen sind. Wenn auch die antiautoritären Kindergärten ein Unsinn in sich sind, so zeigen sie doch, daß man sich Sorge um seine Kinder macht. Und alles Zukunftsweisende sollte man als erfreulich werten. Und nicht immer gleich alles ablehnen, wenn es Wildwuchs ist. Das Leben duldet kein Kleben an Theorien. Das betonen wir lauthals, wenn es die anderen betrifft. Aber wir sind — typisch deutsch. Wir können nun einmal den Pragmatismus nicht leiden, und darum werden unsere Frauen weiter in den Fesseln des alten oder neuen § 218 schmachten und keine Gleichberechtigung haben.

Hilde Radusch

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich Engels 1820–1970

Referate — Diskussionen — Dokumente

Internationale wissenschaftliche Konferenz
in Wuppertal vom 25.–29. Mai 1970

Redaktion: Hans Pelger,

Karl-Marx-Haus, Trier

376 Seiten, Ganzleinen, 40,— DM

Am 28. November 1970 jährte sich zum 150. Mai der Geburtstag von Friedrich Engels. Aus diesem Anlaß hat die Stadt Wuppertal im Mai 1970 eine internationale wissenschaftliche Engels-Konferenz veranstaltet. Die auf dieser Konferenz von deutschen und ausländischen Wissenschaftlern vorgetragenen Referate werden in diesem Band vorgelegt. Die Themen waren:

Der junge Engels / Engels als Geschäftsmann und Wirtschaftswissenschaftler / Engels und die Militärwissenschaft / Engels und die deutsche Arbeiterbewegung / Engels und die internationale Arbeiterbewegung / Engels' Weltanschauung und Geschichtsauffassung.

Ergänzend wird jeweils ein Kurzbericht über die Diskussion der in einzelnen Sessionen gehaltenen Referate gegeben. Zusätzlich zu den auf der wissenschaftlichen Engels-Konferenz vorgetragenen Referaten wird im Teil „Dokumentation“ eine Reihe von Korrespondenzen und bisher unveröffentlichten Dokumenten von, an oder über Engels publiziert.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Spartakus

von Karl Retzlau

Verlag Neue Kritik

Frankfurt/Main 1972, 500 S., DM 25,-

Wäre das Buch so schlecht wie der Druck, in dem es angeboten wird, so würde es der Rezensent nach der Lektüre von 20 Seiten aus der Hand gelegt haben. Aber dazu kam es nicht. Zu fesselnd erzählt der Autor von der elenden Lage der Arbeiterschaft in der guten alten, der kaiserlichen Zeit, von den Jahren des Ersten Weltkrieges und von den Anfängen des Spartakusbundes. Die spärliche Literatur über jene Jahre bereichert er ebenso, wie seine Darstellung neues Licht auf die Gründung der KPD und die ihr folgenden Ereignisse wirft. Die Schilderung dieser Ereignisse verleiht der Autor mit eigenen Erlebnissen, wodurch seine Erzählung an Authentizität gewinnt.

Authentisch schreibt der Autor auch über die Stärke der KPD in der revolutionären Phase der zwanziger Jahre. Er schafft Klarheit über Vorgänge, die bisher mehr oder weniger im Dunkel lagen: über die Entstehung des Nachrichtenapparates und anderer Geheimorganisationen der KPD und über die Hintergründe der für die Geschichte der KPD so bedeutsamen katastrophalen Märzaktion von 1921. Der Autor kann die Geschichte des Scheiterns des Hamburger Aufstandes plausibel machen. Wer wäre dazu besser legitimiert als er, der damals Leiter des N-Apparates der KPD war. Dieser Leiter, hieß zwar Karl Gröhl, aber der Autor verhehlt nicht, daß „Retzlau“ nicht sein Geburtsname ist.

Das Schicksal des Autors jedoch läßt sich anhand seiner Geschichte zuverlässig nachzeichnen: es war bitter. Da er sich gegen die Gründung des Roten Frontkämpfer-Bundes ausgesprochen hatte, fiel er bei Thälmann in Ungnade, verlor die Leitung des N-Apparates, was ihm, nebenbei bemerkt, das Leben gerettet hat. Die Schicksale Kippenbergers und Leo Fliegs sprechen da eine deutliche Sprache. Der Autor fand nun Beschäftigung im Verlagswesen bei Willy Münzenberg. Politisch-ideologisch aber wandte er sich Leo Trotzki zu, den er schon in Moskau getroffen hatte und später in der Emigration wieder sah. Trotzki war eine faszinierende Persönlichkeit, das bestätigt „Retzlau“, ein hervorragender Redner, ein brillanter Schriftsteller. Außerdem konnte er organisieren und befehlen. Was Wunder, daß der Autor von ihm eingenommen war und die wunden Punkte in Trotzki's Leben übergeht. Die Tatsache, daß Trotzki den Angriff der Roten Armee auf die meuternden Kronstädter Matrosen befahl, würdigt „Retzlau“ nicht. Auch die merkwürdige Passivität seines Helden gegenüber Stalin im Kampf um die Macht nach Lenins Tod hätte der Autor kommentieren sollen.

„Retzlau“ hatte anderen Interessanten selbst erlebten „Stoff“ zu bewältigen: Den Kampf um die Abstimmung an der Saar (1935), die Volksfrontpläne

in Frankreich (1936), den spanischen Bürgerkrieg, den Kriegausbruch von 1939 und das Schicksal der deutschen Emigranten. Sein eigenes Schicksal, das Hungerdasein des heimatlosen Linken, hat der Autor, so muß man ihm attestieren, heroisch getragen.

Wie rote Fäden ziehen sich zwei Themen durch sein Buch: Der Haß auf den deutschen Militarismus und die scharfe Kritik an der Sozialdemokratischen Partei. „Retzlau“ meint, Stalin habe als „Hauptfeind“ Trotzki statt Hitler behandelt. Dabei übersieht er aber, daß bei allem Haß auf Trotzki für Stalins Politik und für den Weg Hitlers zur Macht die Behandlung der Sozialdemokratie als Hauptfeind durch Stalin und die kommunistischen Parteien bedeutsamer war. Schließlich stellten die Trotzkiisten einschließlich der 1938 gegründeten IV. Internationale in allen Ländern nur einflußlose Gruppen dar. Diese Gruppen brachten zwar, gestützt auf Trotzki's Erfahrungen und Schriften, fundierte Kritik an Stalin und seiner Politik vor. Am Lauf der Dinge haben weder sie noch die Sozialdemokraten – trotz ihres Rückhaltes in der Arbeiterschaft – etwas ändern können. Denjenigen, die etwas hätten ändern können, den deutschen Militärs, spricht der Autor den Charakter einer echten Opposition gegen Hitler ab. Wenn man von einer verschwindenden Minderheit absieht, haben ihm die Ereignisse Recht gegeben. F. Sch.

Thesen zur Stadt der Zukunft

von Alexander Mitscherlich

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Frankfurt a. M. 1971, kart., 150 S., DM 5,-

Städte für alle

Entwurf einer Städtepolitik

von Martin Neuffer

Christian Wegner Verlag

Hamburg 1970, kart., 226 S., DM 16,-

Städte im Wandel

von Hans-Jochen Vogel

W. Kohlhammer Verlag

Stuttgart 1971, kart., 120 S., DM 12,80

„... umbrüllt von Lärm, im Schlaf wie bei der Arbeit, leben wir in ihnen, leben unter der Dunstglocke von Abgasen, pendeln über verstopfte Straßen in unsere Städte hinein ...“ Leider noch zu wenige Stadtbürger zeigen sich kritisch und empört über das, was hier Alexander Mitscherlich prägnant über die barbarische Wirklichkeit der Stadt von heute schreibt. Dennoch ist zu vermuten, „daß ein bewußtseinsmäßiger Durchbruch der Städtepolitik bevorsteht“ (Martin Neuffer).

Vielleicht können die drei vorliegenden Bücher bei der Bewußtseinsbildung der Städter ein wenig mit-helfen, denn die Analysen verdeutlichen eindringlich die bedrohliche Entwicklung. In vielen Punkten und Zielsetzungen für eine humanere Stadt stimmen die Autoren überein. In einigen Lösungsvorschlägen

gehen sie auseinander, bei der Problembeseitigung sind sie mal mehr, mal weniger durchgreifend. In mehreren Aspekten ergänzen sie sich sinnvoll, weshalb die Lektüre aller drei Veröffentlichungen zu empfehlen ist.

Die Schwerpunkte sind verschieden: Der Psychologe Mitscherlich setzt sich z. B. vorrangig mit den Bedürfnissen der Menschen auseinander und räumt deshalb dem Psychoanalytiker bei der Städteplanung eine allzu dominierende Rolle ein („... nicht einfach als ein neuer Fachmann zu den anderen Fachleuten hinzutritt. Er vertritt vielmehr das kritische Bewußtsein ...“). Schließlich fordert aber auch er, wie Neuffer, eine umfassende konzentrierte Großforschung für ein menschengerechteres Zusammenleben – unter Mitwirkung aller Fachleute. Gegen dogmatische Manifeste ist er schon gar, denn „wir bewegen uns ... immer zwischen unvollkommenen Lösungen, da es keine endgültige und beste Menschenordnung gibt und geben wird“.

Dieser Erkenntnis des Psychologen dürfte sich auch der scheidende Münchener Oberbürgermeister, Hans-Jochen Vogel, nicht verschließen, der nach Beurteilungsmaßstäben sucht, „an denen wir unsere Entscheidungen messen können.“ Diese Maßstäbe dürften aber etwas zu vage sein, wenn diese sich nur aus Vorstellungen ableiten lassen, „die der Beurteilende vom Wesen des Menschen, vom Sinn des menschlichen Daseins und von der richtigen Ordnung der menschlichen Gesellschaft besitzt.“ Es fehlt auch nicht der Hinweis auf das Grundgesetz, aber der Sozialdemokrat Vogel hätte ruhig das Godesberger Programm erwähnen können. Bei der Bedürfnisermittlung hätte ein klein wenig Mitscherlich nicht schaden können.

Beurteilungsmaßstäbe und Auseinandersetzungen mit den Bedürfnissen kommen beim Verwaltungschef von Hannover, Martin Neuffer, zu kurz. Der Stadtplaner brilliert in seinem „außergewöhnlich vielseitig fundierten Buch“ – wie Mitscherlich zu Recht hervorhebt – mit detaillierten Vorschlägen. Bis zur Pferdendroschke und Prostitution ist alles durchorganisiert, „der Rest ist Politik“.

Diesem engen eher technokratischen Politikbegriff stimmen Mitscherlich („Städte sind politische Räume“) und Vogel („Städte sind stiegewordene Gesellschaftspolitik“) nicht zu. Politik u. a. als auf die Gesellschaft gerichtetes Handeln, alle gesellschaftlichen Räume umfassend, verstanden, kann nur bedeuten, daß auch die Stadtplanung – in den menschlichen Lebensbereich unmittelbar eingreifend – in die politische Entscheidung einzubeziehen ist. Und im Sinne der Mitbestimmung, einer immer weitergehenden Demokratisierung, kann man da nur mit Vogel fordern: Mehr Durchsichtigkeit der Planung und Beteiligung der Öffentlichkeit schon im Stadium der Zielsetzungsdiskussion.

Trotz aller Unterschiede deuten die drei Stadtexper-ten gleichermaßen auf erstrangig wurde Punkte hin:

Lärm und Schmutz, Unterprivilegierung der Kinder, Alten und Hausfrauen. Die Gastarbeiter wurden merkwürdigerweise vergessen; haben sie keinen Platz – oder welchen – in der Stadt der Zukunft? Des weiteren wird der Primat des Privatverkehrs angegriffen und eine eindeutige Orientierung zum öffentlichen Verkehrsmittel gefordert.

Die Grund- und Bodenproblematik wird stark herausgestrichen, eine etwaige Kommunalisierung mit unterschiedlichem Engagement und Ausmaß angestrebt. Allerdings hält auch Mitscherlich nichts von einer uneingeschränkten Enteignung. Der Frankfurter Psychologe irrt jedoch sehr, wenn er behauptet, daß „selbst“ in sozialdemokratischen Parteigremien die Bodenfrage nicht zur Diskussion stünde. Auf dem Kommunalpolitischen Kongreß der SPD 1971 wurde leidenschaftlich darüber debattiert, das Städtebauförderungsgesetz bildet schon einen Fortschritt und schließlich zeugt Vogels Buch vom Gegenteil.

Leider nur am Rande erwähnt wird die „starke Abhängigkeit von der Gewerbesteuer“ (Neuffer) und damit von privaten Unternehmungen. Nicht wenige städteplanerische Fehlentwicklungen und Auswüchse sind aus dieser Tatsache abzuleiten. Neuffer wäre sicherlich deutlicher geworden, wenn sich der skandalöse Fall IBM (Hannover erschloß mit Steuergeldern unter großem Aufwand ein wertvolles Gelände, der Konzern aber ließ die Stadt sitzen) vor der Niederschrift ereignet hätte. Dieser Aspekt der ökonomischen, d. h. in vielen Beziehungen von Profitinteressen abhängigen Stadt erscheint bei allen Autoren allzu unterbelichtet.

A. I.

Das deutsche Dilemma

Leidenswege der politischen Emanzipation
von Karl Dietrich Brachers
R. Piper & Co. Verlag
München 1971, 470 S., Leinen, DM 32,-

Das vorliegende neueste Buch Karl Dietrich Brachers beruht überwiegend auf bereits in verschiedenen Fachzeitschriften publizierten Untersuchungen des Verfassers, die leicht überarbeitet wurden. Wann der Band dennoch nur unwesentlich mit dem bei solchen Sammlungen üblichen Charakteristikum des Zufälligen behaftet ist, dann spricht das vor allem für die systematische Kontinuität der Arbeit des Bonner Politologen, der sich immer wieder bemüht hat, jene Abschnitte der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts zu analysieren, ohne die die derzeitigen politischen Konstellationen schlechterdings unverständlich bleiben müßten. So dient auch dieses Buch vornehmlich dem Ziel, die historischen Komponenten des deutschen Dilemmas – dessen zentrales Problem stets „das Mißverhältnis zwischen Außenpolitischer Machtpolitik und innenpolitischer Emanzipation, zwischen ökonomischer Modernisierung und sozialem Konservatismus, zwischen oblig-

keilichem Staatsbegriff und verdrängtem, schwindendem Demokratieverständnis" war – transparent zu machen.

Als größtes Hindernis auf dem Wege zu einem substantiellen Demokratieverständnis bezeichnet Bracher – wie mir scheint: zu Recht – die seit dem Frühliberalismus die deutsche Geschichte wie ein roter Faden durchziehende ambivalente Auffassung von Demokratie und Staat, die im Staat eine jenseits der Parteien das historische Kontinuum bewahrende, vermeintlich unpolitische und übergesellschaftliche Verwaltungs- und Ordnungsmacht sieht. Zu dieser Hochschätzung des Staates parallel lief die Antipathie gegenüber den Parteien als den Trägern demokratischer Willensbildung: wie denn auch sollte bei einer derart obrigkeitgläubigen, weil konfliktfreien Staatsidee die Einsicht in das Wesen der Demokratie als Gesellschaft im permanenten Konflikt, der allein durch Übereinkunft und Kompromißbereitschaft zu regeln ist, reifen? Der Idee des Staates war die Realität gesellschaftlicher Auseinandersetzungen nicht gewachsen.

Daß diese Staatsidee noch heute nicht überwunden ist, sondern immer noch ihre Anhänger hat und findet und weiterhin gelehrt wird (z. B. von Ernst Forsthoff und Werner Weber), zeigt auch und gerade unter dem Aspekt der ungebrochenen Tradition des Anti-Parteien-Affekts, daß von einer endgültigen politischen Emanzipation der Deutschen noch keine Rede sein kann. So lange die Parteien nicht als „die *Conditio sine qua non* sowohl des modernen Parlamentarismus wie der modernen Demokratie" begriffen werden, steht die Emanzipation zur Disposition. In der Tat bleibt uns deshalb „als Hauptaufgabe nicht die Verstaatlichung der Demokratie, sondern die Demokratisierung des Staates aufgegeben“.

Brachers Buch ist als ein engagiertes Plädoyer für die stets unvollkommene, konfliktgeladene parlamentarische Demokratie und als deutliche Absage an alle „einlinigen Idealkonstruktionen“ vollkommener, konfliktfreier Staatswesen zu werten. Es ist im Geiste eines liberalen, aber sozial verpflichteten Demokratieverständnisses geschrieben. H. B.

Strafrecht

von Helmut Ostermeyer

Reihe Hanser

München 1971, 129 S., kart., 7,80 DM

Wenn es der aggressive Titel noch nicht gesagt hat, der merkt es spätestens auf der ersten Seite des Vorworts: Hier richtet einer über die Regeln, nach denen hierzulande gerichtet wird. Autor Ostermeyer beginnt seine Beweisführung dort, wo die Strafrechtsreformen enden. „Das Strafrecht ist nicht reformierbar, wenn es sich auf eine Schuld gründet,

die es nicht gibt. Die Schuld des Täters besteht in den Versäumnissen der Gesellschaft. Die Gesellschaft dichtet ihr Versagen in die Schuld des Täters um, damit sie ein gutes Gewissen zum Strafen hat . . . Eine solche Strafe ist verkappte Rache. Rache wirft den Gestrauchten nieder, statt ihn aufzurichten. Kein Strafvollzug kann das Gift der Rache in die Arznel der Resozialisierung verwandeln, und unser auf Isolierung statt auf Sozialisierung angelegter Vollzug schon gar nicht.“

Das sind gewiß schmerzende und radikale Worte. Nun ist Helmut Ostermeyer aber beileibe kein theoretisierender Elferer; er hat vielmehr unmittelbar dort mit der Kriminalität zu tun, wo man gemeinhin die hartnäckigsten Reformkritiker vermutet. Helmut Ostermeyer ist Richter in Bielefeld. Seine Berufskollegen dürften denn auch dieses mit nüchterner Leidenschaftlichkeit geschriebene Buch am meisten treffen. Unzulänglich ausgebildet und hauptsächlich von einem guten Glauben beseelt, der sich auf „einer abenteuerlichen Unkenntnis gesellschaftlicher und seelischer Tatbestände“ gründe: So sieht Richter Ostermeyer die rund 15 000 bundesdeutschen Richter, die obersten „Bediener der Gerechtigkeitsmaschine“. Der Wunsch, sich diesen guten Glauben zu erhalten, „ist der Vater der instinktiven Abneigung des juristischen Richters gegen jede nähere Bekanntschaft mit den anthropologischen Erfahrungswissenschaften, die die wahre Natur der Straffjustiz enthüllen. Soziologie und Psychoanalyse: sie sind der Gottseibeiuns der Juristen.“ Mithin fehlten dem Richter die Grundlagen für „richtige Urteile“; außerdem erliege er am laufenden Band der Gefahr persönlicher und kollektiver Ressentiments.

Diesem Richterbild konfrontiert Helmut Ostermeyer das Bild des neuen Strafrichters, der ein moderner Erfahrungswissenschaftler mit einem humanitären Ethos, dem Angeklagten also Mitmensch sein soll. Zunächst müßte freilich ein neues Ethos der Strafe geschaffen werden, das frei von jeglichem Etikettenschwindel. Ostermeyer fordert zu Recht Menschlichkeit, die nicht auf schwärmerischen Ideologien baut, sondern auf der Sachlichkeit kritischer Vernunft. „Diese Vernunft deckt die Ursachen des Verbrechens auf, die soziale Untüchtigkeit des Kriminellen, und weist den Weg zu ihrer Bekämpfung, seine soziale Erziehung“.

Ostermeyer weiß freilich bei aller Entschiedenheit zu differenzieren und einzuschränken. So weist er unter anderem ausdrücklich daraufhin, daß Kriminalität nicht nur aus gesellschaftlichen Mißständen, sondern immer auch aus individuellen Fehlentwicklungen entsteht. Er nennt auch die Konditionen der Strafrechtspflege, die gesellschaftliche Funktion habe und deren Charakter stets vom Charakter der Gesellschaft bestimmt werde, und er gesteht, daß er zum Teil utopische Bilder entworfen habe. „Aber Utopie ist kein unreichbares Ideal, sondern eine bindende Verpflichtung.“ Stz.

afrika heute

ist ein **AKTUELLES MAGAZIN**, das die sich schnell verändernde Szene in und um Afrika spiegelt und damit grundlegende Informationen für jede Afrika-bezogene Arbeit liefert.

- Auf einen Blick** übersehen Sie die wichtigen Ereignisse der letzten 14 Tage und Ihre Resonanz.
- Aktuelle** Berichte und Interviews verdichten Informationen zu den wichtigsten Ereignissen und machen politische Zusammenhänge deutlicher.
- Im Blickpunkt** Jeder Ausgabe wird der Hintergrund eines zentralen Themas durchleuchtet.
- BRD – Afrika** Vorhaben und Ereignisse, Reisen und Reden.
- Afrika im Parlament** in der Deutsch-Afrikanischen Parlamentariergruppe.
- Medienkritik** Buchbesprechungen.
- Ihr Diskussionsforum** **Cabora-Bassa:** Erstveröffentlichung der Stellungnahme der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. **Uran in Namibia, Südnier, Wirtschaftsstrategien:** Im südlichen Afrika, **Rassismus** auf den Olympischen Spielen: 1936 Applaus–1968 Skandal–1972? **England in der EWG: Afrikas Dilemma.** **Korruption in Afrika?** **Projektanalysen:** Wem nützt Entwicklungshilfe? **Kunst in Afrika:** Interview mit W. Fagg.
- (Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an.)

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Herwig Roggemann:

Die Verfassung der DDR

Entstehung – Analyse – Vergleich – Text

C. W. Leske Verlag

Opladen 1970, 247 S., kart., DM 16,-

Seit zwei Jahrzehnten entwickeln sich die beiden deutschen Staaten nach unterschiedlichen Rechtsverfassungen. Roggemanns Vergleich von DDR-Verfassung und Grundgesetz dürfte nicht nur zu einem differenzierteren Verständnis der Rechtsordnung der DDR verhelfen, sondern auch den Weg zu einer kritischeren Betrachtung des Grundgesetzes öffnen.

Elke Ballerstedt:

Soziologische Aspekte der innerbetrieblichen Partnerschaft

Das Ahrenburger Modell

R. Piper & Co. Verlag

München 1971, 120 S., kart., DM 19,80

Der Verfasser untersucht am Beispiel eines metallverarbeitenden Unternehmens in Ahrenburg, dessen partnerschaftliches Konzept in einer bisher in keinem anderen Partnerschaftsbetrieb erreichten Konsequenz verwirklicht wurde, inwieweit die Partnerschaftsides ihren eigenen Ansprüchen gerecht wird bzw. gerecht werden kann.

Michael Hereth:

Die Reform des Deutschen Bundestages

C. W. Leske Verlag

Opladen 1971, 137 S., kart., DM 9,80

Nach einer Kritik an anti-parlamentarischen Ideologien in Deutschland untersucht Hereth die wesentlichen Defekte des Deutschen Bundestages. Ansatzpunkt der Kritik ist die geringe öffentliche Wirkung und Reputation des westdeutschen Parlaments.

Klaus Hübner/Jens Naumann:

Bildungsplanung: Ansätze, Modelle, Probleme

Ernst Klett Verlag

Stuttgart 1971, 365 S., kart., DM 32,-

Die Aufsetsammlung soll den Zugang zu den Problemen der Bildungsplanung eröffnen. Sie bietet einen Überblick über die internationale Diskussion der mit Bildungsplanung verbundenen Fragen, in die die Einleitung unter Verknüpfung der in den Einzelbeiträgen entwickelten Gesichtspunkte einführt.

Die Polizei

Soziologische Studien und Forschungsberichte

Herausgegeben von Johannes Feset und

Rüdiger Lautmann

Westdeutscher Verlag

Opladen 1971, 206 S., kart., DM 16,-

Seit etwa zwei Jahren finden an mehreren Orten der Bundesrepublik sozialwissenschaftliche Untersuchungen mit dem Thema „Polizei“ statt. Der vorliegende Band gibt Einblick in diese Studien. Im Mittelpunkt stehen: die selektive Strafverfolgung durch die Polizei, der Beruf des Polizeibeamten und das Verhältnis zwischen Polizei und Öffentlichkeit.

Mitarbeiter dieses Heftes

Herbert Wahner

Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion; Stellv. Vorsitzender der SPD

Holger Bömer

Bundesgeschäftsführer der SPD

Drs. W. K. Norbert Schmelzer

Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Niederlande

Prof. Dr. Carlo Schmid

SPD-MdB; Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Dr. Franz Klüber

O. Professor für katholische Gesellschaftslehre, Regensburg

Dr. Bernd Weber

Dozent; freier Mitarbeiter

Rolf Menzel

Hörfunkkorrespondent der ARD in Washington

Hans-Jürgen Fink

Wiss. Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Peter Christian Ludz

Professor für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bielefeld; z. Z. Gastprofessor in New York

Klaus Harpprecht

Freier Schriftsteller

Dr. Horst Heidemann

Stellv. Geschäftsführer und Leiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Generalsekretär der Kommission Langzeitprogramm beim SPD-Parteivorstand

Dr. Ferdinand Wiebecke

Referent der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik

Erich Rumpel

Landesgeschäftsführer der SPD Hamburg, Betriebsorganisation

Anne Gejer

Vorsitzender des schwedischen Gewerkschaftsbundes

Dr. Heinz Fischer

Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat; Sekretär des Klubs der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte